

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 halbjährlich 6,50 Mk., für ins Ausland
 eingeschickte Exemplare 5 Mk. Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 nummeriert 1,10 Mk. pro Monat. Post-
 eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigten Spalten-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Anzeigen
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. (ein-
 gedruckt) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengelände und Schließ-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. März 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein japanischer Sozialist über den Geheimprozeß in Tokio.

Der schändliche Ausgang des Tokioter Geheimverfahrens gegen 26 japanische Sozialisten und Anarchisten und die Vollstreckung des unmenslichen Mordurteils ist schon vor einiger Zeit gemeldet worden. Die Art des Prozeßverfahrens, die den Angeklagten jegliche Rechtsgarantie entzog, die der Öffentlichkeit jeden noch so flüchtigen Einblick in den Tatbestand, der die angebliche Straftat ausmachen sollte, aufs rigoroseste verbar, war das ungewollte Eingeständnis, daß hinter verschlossenen Türen ein gräßlicher Justizmord vorgenommen werden sollte und verübt worden ist. Die ängstlichen Vorichtsmaßnahmen, die die gesamte Justizbehörde getroffen hat, um die Geheimhaltung der Verhandlungen — die Urteilsbegründung mit einbegriffen — zu sichern, zeigen, wie sehr sie das Bekanntwerden des Tatbestandes zu fürchten hat, wie jämmerlich es um den Vorwand für das Mordurteil bestellt ist. Die überkommene asiatische Barbarei und die neuen Raubtierinstinkte, die der junge Kapitalismus in der herrschenden Klasse des Landes der aufgehenden Sonne geweckt hat, haben zusammengewirkt, um das Verbrechen zu vollenden. Daß die heuchlerische Prozeßfarce nichts als ein Mittel war, oder vielmehr sein sollte, den Sozialismus, der trotz der annoch geringen Zahl seiner Anhänger im Lande der herrschenden Klasse große Furcht einjagt, zu zerschmettern, ihn bei den unaufgeklärten Massen zu verdächtigen, das geht in aller Deutlichkeit schon aus der Tatsache hervor, daß das empörende Urteil zwar der schlimmste, aber nicht der einzige Justizmord ist, den eine feile Massenjustiz zurzeit in Japan an Sozialisten verübt. Sozialisten sind heute freiwillig im „Preußen des Ostens“. Wie frech sich die japanischen Behörden bei dieser Verfolgung über Recht und Gesetz und über die elementarsten Gebote der Menschlichkeit hinwegsetzen, wie sie dabei die Barbarei Asiens mit dem Raffinement der kapitalistischen „Zivilisation“ zu verquickeln verstehen zu einem entsetzlichen Gemisch, das zeigt der Brief eines japanischen Genossen, der uns aus Tokio zugeht. Er ist noch während der Tagung des Geheimprozesses geschrieben, besondere Umstände haben seine Ankunft und die Veröffentlichung verzögert. Aber er bleibt trotz dieser Verspätung ein wertvolles Dokument, ein bedeutsamer Beitrag zur Beurteilung der von oberflächlichen Beobachtern übers Bohnenlied gepriesenen japanischen Zivilisation. Wir entnehmen dem Schreiben die folgenden wesentlichen Ausführungen:

nicht weniger als 200 Polizisten, verstärkt durch 50 Gendarmen, waren anwesend, um die 26 Gefangenen zu bewachen. Es wurde keine Mühe gespart, um eine vollständige sichere Absperrung herzustellen. Jede der 150 zugelassenen Personen wurde körperlich untersucht und dabei fast entkleidet, bevor sie in den Gerichtssaal eintreten durfte. Und dabei geht das Gerücht, daß die Mehrheit der 150 aus Geheimpolizisten bestand, so daß wirkliche Zuschauer sehr dünn unter ihnen gesät waren. Außerdem wurden sämtliche Sozialisten im Lande und besonders in der Hauptstadt daran verhindert, sich dem Gerichtsgebäude zu nähern.

Die Gefangenen wurden mit ganz außerordentlichen Vorichtsmaßnahmen in den Saal gebracht. Niemand hatte die Möglichkeit, sie zu sehen, ehe sie dort eintraten. Dann erst wurden sie von den Handschellen und Ketten befreit. Sofort nach der Feststellung der Personalien erklärte der Präsident die Öffentlichkeit für ausgeschlossen und dieser Ausschluß dauert bis zum Ende der Verhandlung. Die Tagesblätter konnten lediglich berichten, daß der Prozeß begonnen habe, aber über ihre Meinung zur Sache und den Gegenstand der Verhandlungen erfuhren man nichts von ihnen. allerlei wilde Gerüchte über die Vorgänge gingen um, aber verbürgte Tatsachen sind niemandem bekannt geworden. In den Zeitungen waren nichts als Beschimpfungen und gehässige Äußerungen über die Angeklagten zu lesen. Es besteht ein Gesetz, das es verbietet, einem angeklagten Gefangenen Hilfe zu leisten und dieses Gesetz wird so ausgelegt, daß die Behörde jegliche Veröffentlichung zu Gunsten der Angeklagten verhindern dürfte.

In den Familien der Verhafteten haben sich zum Teil fürchterliche Tragödien abgespielt. Die Frau des Angeklagten Ominga, eines alten Liberalen, der zehn oder mehr Jahre schon wegen liberaler Agitation im Gefängnis zugebracht hat und nun aber wieder in dieser Sache verhaftet wurde, wurde krank und verarmte und starb schließlich allein und verlassen, während ihr Mann im Gefängnis saß. Kotoku, der Führer der Verhafteten, wie man behauptet, hat auf Tosa, einer der Inseln des Südens, eine alte Mutter. Sie machte sich auf nach Tokio, besuchte ihren Sohn im Gefängnis und sprach ihm Mut zu. Sie zeigte den harten Geist einer römischen Mutter und vergoß keine Träne. Es ist erschütternd, daß die alte siebzehnjährige Frau, nachdem sie auf ihre Insel zurückgekehrt war, sich aufs Sterbebett legte. Am 28. Dezember verabschiedete sie. Telegramme melden, daß sie sich getötet habe, möglich auch, daß sie an Verweiflung gestorben ist, denn sie hatte keine Aussicht, ihren geliebten Sohn noch einmal außerhalb des Gefängnisses zu sehen. Kotokus Frau Chigo, die ihm eine treue und tapfere Gefährtin war, wurde von ihrer Familie und ihren Verwandten gezwungen, ihren Mann zu verlassen, weil er Freidenker und Anarchist geworden war. Sie wurde bei ihrer älteren Schwester untergebracht, die einen Untersuchungsrichter zum Manne hat. Als Kotoku indes verhaftet und unter die fürchterliche Anklage gestellt wurde, ward seine Frau aus dem Hause ihres Schwagers verwiesen. Sie wurde Köpferarbeiterin und fristete ihr Leben, indem sie Chinowaren bewalzte. Aber die Sorge, der Kummer und die Arbeit gränzten ihren Körper, sie erkrankte an der Schwindsucht und mußte ins Hospital zu Tokio gebracht werden, wo sie voraussichtlich nicht mehr lange leben wird.

Morichika, ein Agrarwissenschaftler, der seines Regierungspostens entsetzt wurde, weil er Sozialist war und mit uns für unsere Sache viele Jahre lang arbeitete, hat eine Frau und drei Kinder. Die Frau ist mehrere Jahre schon krank, die Kinder sind schwächlich. Er wurde verhaftet und nun mag seine Familie am Hungertuch.

Dr. Oishi hat in Amerika und Europa studiert. Seine Frau und sein Kind kamen mit zwei Verwandten nach Tokio, um den Gatten und Vater im Gefängnis zu sehen. Die Frau wurde durch Geheimpolizisten verfolgt, überall wartete ihrer ein kalter Empfang und in Tokio wurde sie unter irgend einer nichtsliegenden Beschuldigung verhaftet und ohne Prozeß zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Das ist das Los der Familien der Gefangenen, die in dem Geheimprozeß verwickelt sind.

Es ist übrigens eine seltsame widersprüchliche Politik der gegenwärtigen Regierung, daß sie alle sozialistischen Bücher in fremden Sprachen unbehindert verbreiten läßt, während Bücher über Sozialismus in japanischer Sprache samt und sonders verboten werden, selbst wenn sie vor zehn oder zwanzig Jahren schon veröffentlicht wurden und inzwischen viele Auflagen erlebt haben. Das wird dem Sozialismus sicherlich weite Verbreitung in den gebildeten Schichten verschaffen. Dabei ist die Regierung offenbar sehr in Achtung ob der Tatsache, daß der Sozialismus unter den Studenten vielen Anklang findet. Alle japanischen sozialistischen Schriften sind aus den Schulen und Bibliotheken zurückgezogen und den Lehrern ist verboten worden, sie zu lesen.

Die Dezemberausgabe unserer „Sozialist Revue“ wurde verboten und beschlagnahmt, weil sie einen Bericht über den Internationalen Sozialistkongreß in Kopenhagen gab. Wahrscheinlich hat der Umstand den Anstoß zu der Maßregel gegeben, daß der Bericht auch die Resolution gegen die Sozialistenverfolgung in Japan enthielt.

Ueber die Entscheidung, die der Gerichtshof gegen die angeblichen Hochverräter fällen wird, läßt sich nichts vorhersehen. Aber der Artikel 73 des japanischen Strafgesetzbuchs sieht nur eine Straftat, die Todesstrafe vor. Werden die Angeklagten schuldig gesprochen, so ist keine Wahl, sondern das Todesurteil gemiß. Ob man aus dem Urteil etwas Näheres über die angebliche Straftat der Angeklagten erfahren wird, steht noch dahin. Es ist möglich, daß auch die Begründung so geheim gehalten wird, wie das ganze bisherige Verfahren. Die Regierung hat jedenfalls Grund, jede Aufhellung des Tatbestandes zu fürchten.

Soweit der Briefschreiber. Seine düstere Voraussicht hat sich erfüllt. Die Opfer saulen im Grabe und noch heute weiß die Welt nicht, welches ihr Verbrechen gewesen sein soll, welches der Rechtsvorwand ist, auf den hin man sie gemordet hat. Die japanische Regierung triumphiert vorerst — aber auch sie wird einst erkennen müssen, daß aus den Gebeinen ihrer Opfer die Rächer erstehen.

Inzwischen geht die Sozialistenhefte in Japan in schlimmster Weise weiter. Heute trifft das folgende Telegramm ein:

Tokio, 24. März. (Meldung der Pres-Zentrale) Der Sozialist Tazuharu Kofu ist gestern in Tsu, einer Stadt der Provinz Ise, verhaftet worden, weil in seinem Hause Explosivkörper gefunden wurden. Man beschuldete, daß man einen neuen Versuchsweg auf die Spur gekommen sei. Der Angeklagte erklärte, daß er die Explosivkörper von einem Soldaten eines Infanterieregiments aus dem Nagasack-Distrikt gekauft hätte.

Das an der Beschuldigung wahr ist, wird die Welt wahrscheinlich nie erfahren — wenn nicht alles trägt, bedeutet die Meldung die Einfädelung eines neuen Geheimprozesses.

Eine neue Wendung im Kampfe gegen die freie Jugendbewegung.

Die Auflösung der Jugendorganisationen — bestehender und nicht bestehender — genügt der preussischen Polizei nicht mehr. Sie ist offenbar entschlossen, die freie Jugendbewegung, die sich erstreckt, auch nach den Auflösungen der Organisationen weiterzuzustieren, ganz totzuschlagen und sie ist anscheinend der festen Überzeugung, daß ihr Korporalstab dazu vollkommen ausreicht. So hebt sie ihn denn jetzt gegen die Jugendheimvereine. Heute ging dem Genossen Rosenfeld, dem Vorsitzenden des Berliner Vereins „Arbeiterjugendheim“, die folgende Verfügung zu:

Der Polizeipräsident. Berlin O., den 2. März, 1911.
 Tages-Nr. 294. VII. 4. 11.

Den Vorstand des Vereins „Arbeiterjugendheim“ hier selbst fordere ich hierdurch unter Bezugnahme auf §§ 3 und 18¹ des Reichsvereinsgesetzes auf, binnen acht Tagen von Zustellung dieser Verfügung ab, die Vereinsauftragungen sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes hierher einzureichen.

gez. Jagow.

Dies Ansuchen ist indes nicht das erste dieser Art. Schon einige Zeit vorher wurde dasselbe Verlangen an den Genossen Klemm, dem Vorsitzenden des Vereins „Jugendheim“ in Lichtenberg gestellt. Genosse Rosenfeld erhob dagegen als juristischer Beistand des Genossen Altem Beschwerde, worauf ihm jetzt folgender Bescheid zugeht:

Berlin, den 20. März, 1911.
 Tages-Nr. 272. VII. 4. 11.

Die von Ihnen in Vollmacht des Herrn Alfred Altem gegen den Polizeipräsidenten in Lichtenberg wegen Unterstellung der Vereinigung „Jugendheim“ in Lichtenberg unter das Vereinsgesetz vom 3. März 1911 erhobene Beschwerde weise ich als unbegründet zurück.

Die Vereinigung ist in einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen öffentlich-politischen Versammlung am 1. Februar 1910 gegründet. Die Anmeldung der Versammlung trug den Stempel „Sozialdemokratischer Wahlverein, Kreis Niederbarnim, Bezirk Lichtenberg“.

Zur Agitation für die Vereinigung ist bereits im Dezember 1909 ein Flugblatt verbreitet, dessen Inhalt deutlich auf die sozialdemokratische Tendenz der Vereinigung hinweist. Es wird in dem Blatte auf die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages in Nürnberg und des Hamburger Gewerkschaftskongresses Bezug genommen, es wird von der preussisch-deutschen Volksschule als von dem Werkzeug der herrschenden Klasse gesprochen und es wird mit der auf der Volksschule erhaltenen „Büchereibildung“ die Notwendigkeit weiterer Aufklärung der arbeitenden Jugend über ihre gesetzlichen Rechte und Pflichten betont. So ausgestattet würden dann der junge Arbeiter und die junge Arbeiterin zu treuen stummen Kameraden im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse heranreifen.

Nach dem „Vorwärts“ vom 14. Dezember sind Anmeldungen zur Mitgliedschaft an den „Genossen“ Klemm zu richten. Nach den Schanungen bildet den Vorstand der Vereinigung der auf Grund der Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages in Nürnberg

Dieser Hochverratsprozeß ist wahrscheinlich der bisher größte seiner Art in Japan. Ueber die Unterlage des Verfahrens, das in der ganzen Welt so großes Aufsehen gemacht hat, ist hier nichts Sicheres bekannt, weil es in tiefstem Geheimnis gehüllt ist. Nur jene, die am Prozeß selbst beteiligt sind, wissen etwas darüber. So die Rechtsanwältin, denen die Verteidigung übertragen ist. Aber sie stehen unter dem Gebot strengster Geheimhaltung. Es heißt, daß auch einige Richter und Offiziere zur Verhandlung zugelassen worden sind. Aber sie stehen alle auf der Seite der Regierung und keiner von ihnen wird etwas über den Verlauf der Dinge vertrauen lassen. Am 28. Dezember war der deutsche Gesandte nach Presberichten in der Prozeßtagung zugegen, aber da er nicht ein Wort von der Verhandlung verriet, so kann er schon darum darüber nichts mitteilen. Er hat Gefangene gesehen und eine Anzahl unverständliche Worte gehört. Die Regierungspresse freilich behauptet, daß Japan ein mit allen Garantien versehenes Prozeßverfahren habe. Für den Fremden wird es Interesse haben, zu erfahren, was man unter solch einem regelrechten Verfahren in Japan versteht. Die Regierungsorgane, insbesondere ein in den fremden Sprachen erscheinendes Blatt, bemühen sich sehr, der Welt begreiflich zu machen, daß das Verfahren im gegenwärtigen Falle durchaus einwandfrei ist und daß in Japan überhaupt immer ansündliche Justiz geübt worden ist. Warum sind diese Blätter so eifrig, das zu versichern? Welt Japan lange Zeit zu kämpfen hatte, um die konsulargerichtbarkeit für die Fremden zu beseitigen. Die Mächte sehen dieser Forderung durch fast ein halbes Jahrhundert den Einwand entgegen, daß die japanischen Gesetze grausam und die japanischen Gerichtshöfe nicht unabhängig seien. Um diese Einwände zu beseitigen, hat Japan seine Gesetze nach europäischem Muster umgestaltet und seinen Richtern und Rechtsanwältinnen angeblich eine Stellung gegeben, die sie bei den europäischen Nationen haben. Danach hat das Land die Abschaffung der konsulargerichtbarkeit erreicht. Bei dieser Geschichte unserer Justiz ist es kein Wunder, daß die Regierung sich bemüht, der Welt durch die ausländische Presse und durch die Gesandten und Konsule zu erklären, daß in Japan für die Sozialisten ein regelrechtes Prozeßverfahren besteht. Aber diese Versicherungen der Unterdrücker des Volkes verdienen keinen Glauben, das anhängende Verfahren in diesem Falle ist ein Musterbeispiel der Niederträchtigkeit und des Rechtsbruchs.

Es ist jetzt ein halbes Jahr her, daß der erste der in diesem Prozeß Angeklagten verhaftet wurde. Während zweier Monate ging die Verfolgung weiter. Im Ganzen wurden 100 Personen verhaftet und noch jetzt sind über 70 in den Gefängnissen. Von diesen sind jetzt 26 unter der Anklage des Hochverrats vor Gericht gestellt, und zwar vor das höchste Gericht des Reiches, gegen dessen Entscheidung es keine Berufung gibt. Seit ihrer Verhaftung sind sie von jeder Verhaftung mit der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Die Isolierung wurde mit äußerster Strenge durchgeführt. Und nicht einmal ein Rechtsanwalt durfte die Gefangenen sehen. Unter solchen Bedingungen wurde die Voruntersuchung geführt. Sie endete damit, daß die Richter der Voruntersuchung das Todesurteil empfahlen und mit diesem Entschluß die Angeklagten vor den Gerichtshof sandten, der sie nun ebenfalls im Geheimen aburteilen soll. Ein ausländisches Prozeßverfahren!

Am 10. Dezember wurde der Prozeß eröffnet. Die Regierung hatte dafür ganz besondere Vorichtsmaßnahmen getroffen. Nur 150 Personen durften der Eröffnungsverhandlung beiwohnen und

Die Dichterin gebürtige Jugenddichterin. In der Gründungsversammlung war ein Sozialdemokrat Referent, für die Gründungsfeier ein solcher als Vortragender ausersehen, auch in der Mitgliederversammlung vom 28. Juni 1910 sprach nach dem „Vorwärts“ Genosse H. Schulz.

Der „Vorwärts“ war es auch, der unter dem 7. Januar auf die tags darauf stattfindende Eröffnung des von der Vereinigung eingerichteten Jugendheims hinwies und es als Pflicht der Eltern und Vormünder der arbeitenden Jugend bezeichnet, die Jugend auf das Heim aufmerksam zu machen und sie zum Besuch desselben anzuhalten.

Nach diesem tatsächlichen Material ist als erwiesen anzusehen, daß die Vereinigung „Jugendheim“ für Lichtenberg-Friedrichsfelde ihrem ganzen Wesen und Wirken nach eine Einrichtung ist, die völlig im Dienste der sozialdemokratischen Partei steht, deren Bestrebungen ganz mit denen jener Partei zusammenfallen. Der nachgewiesene enge Zusammenhang mit einer politischen Partei verleihet der Vereinigung selbst politischen Charakter und es rechtfertigt sich durchaus, auf die Vereinigung diejenigen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes anzuwenden, die für „politische“ Vereine Geltung haben.

Um die Gründe für die neue Maßregel ist es, wie dieser Bescheid des Herrn v. Jagow zeigt, sehr schwach bestellt. Denn selbstverständlich kann ein Verein nur wegen der Tätigkeit, die er selbst entwickelt, für politisch erklärt werden, nicht aber wegen des politischen Charakters anderer Organisationen, die sich für ihn interessieren. Und ebensowenig macht ihn die Tatsache, daß Sozialdemokraten in den Räumen, die er unterhält, Reden halten, zu einem politischen Verein, denn auch Sozialdemokraten können unpolitische Reden halten und ihnen kann der Polizeipräsident nicht verwehren, sich unpolitisch zu betätigen. Ganz abgesehen davon hat der Herr ganz vergessen zu prüfen, inwieweit der Verein „Jugendheim“ überhaupt mit diesen Veranstaltungen irgend etwas zu tun hat. Selbstverständlich wird sowohl gegen die Entscheidung des Herrn v. Jagow in diesem Falle wie gegen seine Verfügung wider den Berliner Verein sofort weitere Beschwerde geführt. Und so wenig Vertrauen wir im allgemeinen zu der preussischen Verwaltung haben, wir glauben doch annehmen zu dürfen, in ihr werde noch soviel Einsicht vorhanden sein, um die Unzulässigkeit dieser Maßregeln anzuerkennen.

Sollte es nicht sein, so wird die Jugendbewegung auch damit sich abzufinden wissen — das hohe Ziel, das sich die Polizei gesteckt hat, wird sie auch auf diesem neuen Wege nicht erreichen!

Die Todesmarter der brasilianischen Meuterer.

Als der Telegraph die seltsame Nachricht vom dem Erstickungstod brachte dem die — wie man weiß amnestierten — Meuterer der brasilianischen Kriegsmarine zum größten Teil zum Opfer gefallen waren, mußte der Verdacht sofort rege werden, daß sich hinter diesem anscheinenden Zufall ein schreckliches Verbrechen verstecke. Wie wohl begründet dieser Verdacht war, zeigt der nachfolgende Bericht, den ein brasilianisches Blatt, der „Correio da Manhã“, am 14. Januar dieses Jahres veröffentlicht hat und den die Pariser „Temp Nouveaux“ übersetzt wiedergeben:

Die Strafe, die an den auf der Cobras-Insel gestorbenen Marinesoldaten vollzogen wurde, übersteigt alles, was die Phantasie an Grausamkeit auszusinnen vermag. Die „Solitarios“ sind ganz kleine Zellen, die bestimmt sind, einen einzigen Häftling aufzunehmen. Ihre Dimensionen sind so klein, daß der unglückliche Gefangene nicht einmal die Möglichkeit hat, sich der Länge nach auszustrecken. Im oberen Teil der Eingangstür befindet sich ein kleines Gitter, das eben noch groß genug ist, um etwas Luft durchzulassen. Im Innern der „Solitarios“ herrscht selbst mitten am Tag volle Dunkelheit. In zwei dieser Zellen wurden nun je 12 und 14 Häftlinge gemordet. Die letzten Anwürmlinge wurden mit der Tür hineingeworfen, die auf solche Art in ein Rortierinstrument verwandelt wurde. Aneinandergepreßt, unfähig, sich zu rühren, empfanden die Unglücklichen bald den Schrecken der Situation. Sie begriffen, daß da eine neue Form des Mordes auf sie angewendet wurde. Es war etwa 8 Uhr abends, als man aus dem Innern der „Solitarios“ Rufen und Angstschreie zu vernehmen begann: „Um unserer Rache willen, der wir immer treu gedient haben! Haben Sie Mitleid mit uns, Herr Kommandant! Um Ihres Glüdes willen! Um des Glüdes willen aller derer, die Sie lieben, haben Sie Erbarmen!“ Und die demütigen Bitten der Unglücklichen, die mit Frauen ihre letzte Stunde nahen sahen, dauerten inmitten der höllischen Qual fort. Später traten an die Stelle der erloschenen Bitten heftige Vermahnungen, Rufe der Revolte, Ausbrüche des Jorns: „Freiengel! Ihr seid geflohen, als wir Kanonen hatten und unsere Rechte verteidigten. Habt Ihr und die Amnestie bewilligt, um uns leichter töten zu können?“ Ein diensthabender Offizier, der alles gehört hatte, wandte sich an den Kommandanten Marquis da Rocha und stellte ihm die fürchterliche Situation der Eingeschlossenen dar. Er erhielt aber die Antwort: „Hassen Sie die Dinge, wie sie sind! Oeffnen Sie die Türen der „Solitarios“ nicht! ... Gegen Mitternacht hörte die Rufe auf. Als man gegen 8 Uhr morgens die Zellen öffnete, fielen die Leichen zu Boden. Die Unglücklichen, die vom Kongreß (Parlament) eine vollständige Amnestie erhalten hatten, waren erstickt. João Canabido und einige andere waren noch nicht tot. Sie wurden aus den „Solitarios“ herausgezogen und gerettet.“

Die Beerdigung der Märtirer fand am 27. Dezember, um 9½ Uhr abends, auf dem Friedhof von Capu statt. Knapp nach 9 Uhr kam eine große vollbeladene Barke mit ausgebildeten Patrouillen an den Strand. Ein Sergeant des Schiffsbataillons stieg aus und wandte sich an den Friedhofsvorwarter, dem er eine Anzahl Papiere, Kolonien und Quittungen für angekaufte und vorausbezahlte Gräber übergab. Der Vorwarter, der sich gewöhnlich zu dieser Zeit in seiner Wohnung aufhält, schenken den Besuch erwartete zu haben. Nach einer kurzen Besprechung mit dem Sergeant, befahl er, die Haken anzuzufügen, um die Leichen vom Boot in die Friedhofskapelle zu tragen. Der Sergeant widersetzte sich und berief sich auf seine Instruktionen, die vorschrieben, daß alles ohne Licht vor sich gehen sollte, um keinerlei Aufsehen zu machen. Derart wurden die Leichen nach der Kapelle gebracht. Die Sergeanten und seine Begleiter entfernten sich erst nach dem Gottesdienst. Vor dem Verlassen des Friedhofs benachrichtigte der Sergeant den Vorwarter, daß er ihm am nächsten Tage weitere zehn Leichen bringen würde. Einige Minuten später fuhr das dunkle Boot rasch ab. Am nächsten Morgen wurden die 10 Leichen in die Gruft gesetzt, ohne daß jemand an ihrem Grabe eine Blume niederlegte. . . .

Bemerkenswert ist, daß der Mord am 27. Dezember vollbracht wurde, die kurzen Nachrichten aber, die die brasilianische Regierung dem Ausland zu geben für gut fand, erst am 7. Januar deponiert wurden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. März 1911.

Kolonialpolitik.

Aus dem Reichstag, 24. März. Der Rest des Kolonialrats wurde heute in sechsstündiger Sitzung erledigt. Im allgemeinen versärferte sich die Debatte in Einzelheiten, die wenig Interesse beanspruchten konnten. Die Sozialdemokraten beschränkten sich auf kurze Ausführungen zu dem Zweck, der Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen in den Kolonien entgegenzuwirken. Genosse Rodek wies besonders nach,

wie die Eingeborenen in Kamerun durch die Kaufschuldenordnung drangsaliert werden. Zwischen dem Genossen Ledebour und dem Freikonserwativen Dr. Arendt kam es zu einem scharfen Zusammenstoß, da Arendt sich beikommen ließ, die Selbstbeschränkung der Sozialdemokraten in der Debatte als ein Eingeständnis zu denken, daß sie gegen die Kolonialpolitik ernstlich nichts mehr vorzubringen hätten. Herr Arendt schneit auch sonst nicht besonders rühmlich ab, da er seine in der Kommission gegen den Gouverneur v. Nechberger von Ostafrika vorgebrachten Verdächtigungen nicht zu beweisen vermochte.

Bei Südwesafrika machte auch der Zentrumsmann Schwarz eine verunglückten Versuch, sich an der Sozialdemokratie zu reiben. An den Staatssekretär v. Lindequist richtete Genosse Ledebour die Frage, ob er das Verbot der Großviehhaltung aufheben wolle oder nicht, ferner wie er es eigentlich begründen wolle. Um die Beantwortung beider Fragen suchte sich Herr v. Lindequist mit einigen verlegenen ironisch sein sollenden Redensarten herumzubriden.

Am 7 Uhr ging die Verhandlung zu Ende. Nächste Sitzung ist Dienstag. Auf der Tagesordnung steht der Reichseisenbahnetat.

Staatsberatung.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die dritte Beratung des Etat fort und erledigte, abgesehen von einigen kleineren Etats, den Etat der Bergverwaltung, den Etat für Handel und Gewerbe und den des Ministeriums des Innern.

Zum Etat der Bergverwaltung kam als erster Genosse Hoffmann zu Worte, der gründliche Abrechnung mit den Feinden der Bergarbeiter hielt und seine dreistündigen Ausführungen vom Montag abend durch eine Fülle interessanter Materialien ergänzte. Zwar bemühten die Herren Imbusch (Z) und Girsch (Fen) (natl.) sich nach Kräften, sich als Arbeiterfreunde auszuspielen und die Sozialdemokratie zu verunglimpfen, aber der Liebe Rache war vergebens. Hoffmann fertigte dies sonderbare Paar, den Arbeitervertreter des Zentrums und den nationalliberalen Sachwalter des Grubenkapitals, die Arm in Arm das Jahrhundert in die Schranken forderten, in schlagender Weise ab und hatte schließlich die Lächer auf seiner Seite.

Wohn Handelsetat stellte Leinert, indem er gleichzeitig einen in der zweiten Lesung gegen den Abg. Grafen Henkel von Donnermarkt erhobenen Vorwurf als ertümelich zurücknahm, die Tatsache fest, daß Zentrumsadgeordnete, die im Landtage im angebliden Interesse des Mittelstandes die Warenhäuser bekämpfen, selbst an Warenhäusern finanziell beteiligt sind. Also auch hier zeigt sich wieder, daß das Zentrum den Grundsatz befolgt: Geld stinkt nicht.

Recht lebhaft ging es bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu. Nachdem Abgeordneter Cassel (Sp.) gegen eine Behauptung eines konservativen Redners, daß die Sozialdemokratie mit den Freikämigen ein Bündnis geschlossen hätten, protestiert und Abg. Seyda (Fen) Vorwürfe gegen die Sozialdemokraten gegen Polen vorgetragen hatte, kam Genosse Girsch zu Worte, der in kurzen, aber scharfen Zügen ein Bild der Reichlosigkeit der Sozialdemokratie in Preußen gab und die Behandlung der Ausländer abfällig kritisierte. Den Schluß seiner Rede bildete ein Rückblick auf die Moabiter Vorgänge. Seine Aufforderung an den Minister, endlich wenigstens jetzt, wo das schriftliche Urteil vorliegt, der Wahrheit die Ehre zu geben und seinen Irrtum über das Verhalten der Polizei einzugehen, fiel auf unfruchtbaren Boden. Im Gegenteil, noch wärmer als früher nahm sich Herr v. Dallwitz seiner Beamten an, und selbst für die Mörder des unglücklichen Arbeiters Herrmann fand er kein Wort der Scharfung. Ja, seine Rede konnte sogar den Eindruck erwecken, als ob er die Sozialdemokratie für den Mord verantwortlich mache. Die Rechte jubelte Beifall, einen so reaktionären und brutalen Minister bekommt sie so bald nicht wieder.

Am Montag soll die dritte Lesung des Etats beendet werden.

Ein Protest des preussischen Städtetages.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages richtet an das Preussische Abgeordnetenhaus einen Protest dagegen, daß durch das Einführungsgezet zu dem Reichszwachssteuergezet den Gemeinden die Veranlagungslosen der Steuer abgezogen werden sollen, daß ihnen also nicht die vollen 40 Proz. der Steuer zustehen würden, die ihnen durch den § 58 des Reichszwachssteuergezes zugesichert sind. In dem Protest heißt es:

Wenn der § 58 des Gezeses hinsichtlich der den Bundesstaaten zugewiesenen 10 Proz. abweichende landesgesetzliche Bestimmungen zuläßt, so können solche Bestimmungen doch nur über diese 10 Proz. und die dafür den Staaten auferlegte Gegenleistung anderweitige Verfügungen treffen, etwa in der Weise, daß sie die 10 Proz. unter Uebernahme der entsprechenden Gegenleistung oder einen Teil dieser 10 Proz. gegen Uebertragung eines entsprechenden Teils der Gegenleistung einer anderen Stelle, z. B. den Gemeinden überweisen, nimmermehr aber dürfen sie entgegen den Bestimmungen des Reichsgesetzes den Gemeinden die ihnen reichsgesetzlich zustehenden 40 Proz. der Steuer durch Uebertragung des den Staaten obliegenden Veranlagungsgezes ohne Entschädigung verkürzen und den Staat unter unerkämpfter Belastung der ihm zugewiesenen 10 Proz. der Steuer von der ihm als Gegenleistung obliegenden Veranlagung befreien.

Charakteristisch ist dabei, daß der Entwurf den Kreisen im § 4 Nr. 2 für die Besorgung des Veranlagungsgezes volle 10 Proz. der Steuer, allerdings nicht aus dem Anteil des Staates, sondern aus dem der Gemeinden zuweist.

Das hohe Haus der Abgeordneten bitten wir dringend, dem § 1 Nr. 1 des Entwurfs eines Ausführungsgezes zum Reichszwachssteuergezet die verfassungsmäßige Zustimmung zu verweigern.

Es ist in der Tat ein starkes Stück, daß jetzt im Wege der einseitigen Gesetzgebung die den Gemeinden durch Reichsgesetz überwiesenen Einnahmen geschmälert werden sollen!

Der unpolitische Bund der Landwirte.

In der Landesversammlung des Bundes der Landwirte im Königreich Sachsen, die gestern in Dresden stattfand, hat sich Herr Dr. Georg Hertel, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, über die Wahlstatik des Bundes der Landwirte gegenüber den Nationalliberalen geäußert. Herr Hertel fährt aus, der Bund müsse gegen die Nationalliberalen die schärfste Vorfront bilden, sich von ihnen alles kritisch geben lassen und auch dann noch mißtrauisch sein, da sie in Sachsen die Sozialdemokraten bei den letzten Landtagswahlen unterstützt hätten. Daß kein Landhändler bei den Hauptwahlen für einen Freikämigen eintrete, sei selbstverständlich. Auch bei den Städtewahlen sollen sie den Freikämigen nicht gegen die Sozialdemokratie herantreten, sondern wie überhaupt die Konservativen Gewehr bei Fuß stehen.

Werkwirdig, der Bund der Landwirte ist nach der Versicherung seiner Leiter eine völlig unpolitische Vereinigung und die Regierung akzeptiert willig diese Auffassung. Trotzdem gibt die Bundesleitung Wahlparolen heraus, stellt Wahlkandidaten auf, schließt Wahlkompromisse ab, und der Bundesführer, der Abg. Köstler, be-

zeichnet sich offiziell als Ervähler des Bundes der Landwirte. Trotzdem hält die Regierung den Bund für völlig unpolitisch, während sie die tatsächlich unpolitische Jugendbewegung für politisch erklärt. Eine für unsere ehrenwerte Staatsregierung recht charakteristische politische Farbenblindheit!

Reichsverbandsmache.

Aus der Quelle des Reichsverbandes kann eine recht dumme dreiste Weidung stammen, die wir in einigen bürgerlichen Zeitungen finden. Es wird da mitgeteilt, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung möglicherweise Obstruktion treiben könnten, und dann wird heuchlerisch hinzugefügt:

„Die Gründe hierfür liegen in den von der Kommission angenommenen Bestimmungen über die Anstellung der Krankenlastenbeamten. Durch diese Bestimmungen würde es möglich werden, etwa 5000 sozialdemokratische Agitatoren die angenehmen Versorgungsstellen, die sie unter den jetzt geltenden Bestimmungen zum großen Teil sogar auf Grund von unbilligsten Verträgen erlangt haben, und die sie im Interesse der sozialdemokratischen Propaganda mißbrauchen, wieder zu nehmen. Das würde allerdings bei einem Scheitern der Vorlage nicht möglich sein. Andererseits aber käme auch die seit Jahren geplante Hinterbliebenenfürsorge für Witwen und Waisen, die den Bedürfnissen des Arbeiterstandes zugute kommen soll, nicht zustande.“

Die Absicht, die dieser Kotiz zu Grunde liegt, ist doch gar zu offensichtlich. Den Parteien der Rechten ist an der Witwen- und Waisenversicherung gar nichts gelegen, möglich, daß ihnen eine sozialdemokratische Obstruktion sogar recht willkommen wäre. Die können freilich, daß die sozialdemokratische Fraktion zu der Art der geschäftsmäßigen Behandlung der Vorlage noch mit keinem Worte Stellung genommen hat. Allerdings wird sich unsere Fraktion einer Durchpeitschung des Gezeses unter allen Umständen widersetzen. Das könnte den Gegnern passen, wenn ihr arbeiterfeindliches Treiben unaufgedeckt bliebe. Bei einem Geze, das teilweise von tief einschneidender Bedeutung ist, kann und muß die große Mehrheit des deutschen Volkes auf eine gründliche Beratung dringen.

Ein angeblicher Sieg Wassermanns.

Die nichtöffentlichen Verhandlungen des Zentralvorstandes der Nationalliberalen, die am letzten Sonntag in Berlin stattfanden, werden von der nationalliberalen Presse recht verschieden beurteilt; die meisten nationalliberalen Blätter erkliden aber in dem Ergebnis der Aussprache einen entschiedenen Sieg der Richtung Wassermanns. So schreibt beistellweise die „Augsburger Abendzeitung“:

Die Fassungs der mit allen gegen nur fünf Stimmen angenommenen Entschlieung ist zwar reichlich beschwommen, besagt aber für den Wissenden dennoch genug: daß die weit überwiegende Mehrheit des geschäftsmäßigen Ausschusses des Zentralvorstandes mit den Entscheidungen gewisser Wahlkreisorganisationen, wozu wohl in erster Linie die Siegener gehören dürfte, in keiner Weise einverstanden gewesen ist. Daraus deutet auch der mit demonstrativem Jubel aufgenommenen Wassermannsche Satz, daß die Nationalliberalen für die nationalliberale Politik (also insbesondere bei den bevorstehenden Reichstagswahlen) vorgezeichnet seien durch die Haltung des Bundes der Landwirte und deren von diesem abhängig gewordenen konservativen Partei, durch deren der nationalliberalen Partei grundsätzlich feindseliges Verhalten und durch deren immer enger werdenden Anknüpfung an das Zentrum. Das heißt also mit anderen Worten: für einen Kandidaten, der mit dem Bund der Landwirte und dem Zentrum aufs engste liierten konservativen Partei können die nationalliberalen Wähler nicht stimmen. Damit ist ein Anknüpfung der nationalliberalen Partei an die fortschrittliche Volkspartei überaß da, wo die erstere nicht selbständig auftreten und siegen kann, von selbst gegeben. In einem allgemeinen nationalliberal-fortschrittlichen Wahlbündnis kann und wird es nicht kommen. Denn würden sich, ganz abgesehen von Hessen, wo der Zug nach rechts ja am stärksten ausgeprägt ist, auch die Nationalliberalen in Westfalen und in Schleswig-Holstein widersetzen, wie schon die Opposition der fünf im Zentralvorstand deutlich gezeigt hat. Immerhin geht unverkennbar durch die nationalliberale Partei im großen und ganzen der Zug nach links, wie auch die Tatsache beweist, daß der Widerspruch der Jungliberalen gegen die Reichsparteileitung immer mehr einer unbedingten Zustimmung und Vertrauensstellung getrieben ist. Man hat auch von irgendeinem jungliberalen Widerspruch gegen die Wassermannsche Ausführungen im Zentralvorstand nichts vernommen. Vielmehr hat derselbe Führer, der noch vor kurzem der entschiedenste Gegner der jungliberalen Bewegung war, an dieser jetzt allem Anschein nach seine beste Stütze gegenüber den nach rechts strebenden Elementen innerhalb der Partei gefunden.

Möglich, daß in der Sitzung die antiagrarische Wassermannsche Gesellschaft das Uebergewicht hatte; aber welchen Wert hat eine solche Zufallsmajorität, zumal in einer Partei, die, wie der Gleichenen Stimmwählerwechsel von neuem bewiesen hat, kein politisch einheitliches, diszipliniertes Gebilde ist, sondern lediglich ein Gemengel ganz verschiedenartiger örtlicher Gruppen, die nur die gleiche politische Tendenzbezeichnung und die gleiche Prinzipienlosigkeit verbindet.

Wie im Siegener Wahlkampf geschwindelt wurde.

In dem nun beendeten Städtewahlkampf im Kreise Siegen haben Antifemiten und Reichsverbändler selbstverständlich auch die blöde Behauptung, daß es uns gar nicht um die wirkliche Wahrung der Arbeiterinteressen zu tun sei, wiederholt und die Ältesten alten Ramellen sind in der alten Aufmachung wieder ausgedoben worden. Es lohnt wirklich nicht, sich darüber aufzuregen und längst wiederlegte Schwindeleien nochmals zu widerlegen, wenn die Liste unserer angebliden Sünden nicht durch eine neue Nummer erweitert worden wäre. In dem vom Wahlausschuß der Antifemiten zur Städtewahl herausgegebenen Flugblatt heißt es nämlich:

„Die Sozialdemokratie stimmt gegen die Anwendung von vier Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabakarbeiter.“

Da diese von den antifemitenischen Frecklingen aus den Fingern gelogene Behauptung auch anderwärts wiederholt werden wird, so erscheint eine knappe Richtigkeitstellung an der Hand der Reichstagsdrucksachen geboten. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte unterm 30. Juni 1909 (Reichstagsdrucksache 1827), den arbeitslos werdenden Tabakarbeitern und Arbeiterinnen eine mindestens 500 M. betragende Entschädigung zu zahlen. Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 2. Juli mit 298 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein erst am gleichen Tage eingebrachter Antrag Herberichs mit 361 gegen 19 Stimmen angenommen, der nicht soweit ging, wie der sozialdemokratische Antrag, sondern nur allgemein verlangte, daß den Landesregierungen je nach dem Bedürfnis aus den Einnahmen der Tabaksteuer entsprechende Beträge überwiesen werden sollten. Für diesen Antrag haben selbstverständlich auch unsere Parteigenossen gestimmt. Dagegen haben aber außer zehn Konservativen auch die beiden Zentrumsadgeordneten Schäler und Rehter votiert.

Zur dritten Lesung brachte nun das Zentrum auf Nummer 1599 der Drucksachen einen Antrag ein, wonach die zu leistende Unterstützung auf die Höchstsumme von vier Millionen Mark festgesetzt werden sollte. Gegen diesen Antrag, der leider angenommen wurde, haben unsere Parteigenossen selbstverständlich gestimmt, denn wäre derselbe abgelehnt worden, so würde der in der zweiten Lesung angenommene Antrag, welcher die Beschränkung auf die vier Millionen und die Verschlechterung, daß die Unterstützung nicht über die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gezes auszuweihen sei, nicht entfiel, auch in der dritten Lesung angenommen worden sein. Also, um eine Verschlechterung eines bestehenden Beschlusses zu verhindern, stimmten unsere

Genossen gegen den Zentrumsantrag. Dieses Verhalten soll nun in ein Verbrechen an den Proletariern umgeschwunden werden. Höher geht es nimmer mit der Verlogenheit!

Eine interessante Landtagswahl

Im Landtagswahlkreise Steinach-Lansham (Sachsen-Meinungen) fand am Donnerstag eine Erstagwahl für unseren verstorbenen Genossen Weigelt statt, der 1909 mit 1853 Stimmen gegen 862 Stimmen für den fortgeschrittenen Reichstagsabgeordneten Waders gewählt wurde. Bei der Erstagwahl am Donnerstag verzichteten die Fortschrittler auf eine Kandidatur, dagegen nahmen die Demokraten Weigelt als Kandidat an. Dr. Eichhorn als Kandidat aufstellte. Dr. Eichhorn erhielt 700 Stimmen; gewählt ist Genosse Viktor Weigelt, der Sohn des verstorbenen Genossen Karl Weigelt, mit 1807 Stimmen.

Zentrumskrüftungen für die Reichstagswahl.

Um für die nächsten Reichstagswahlen besser gerüstet zu sein, will die Zentrumspartei einen „Reichsausschuss der deutschen Zentrumspartei“ schaffen, dem die oberste Leitung der Partei, insbesondere die Feststellung der Parteisatzungen, zustehen soll. Dieser Reichsausschuss soll bestehen aus: 1. den Mitgliedern des Vorstandes der Zentrumsfaktionen des Reichstages und der Landtage; 2. den ersten Vorsitzenden der Landesauschüsse und je zwei weiteren vom Landesauschuss aus seiner Mitte zu wählenden Mitgliedern; soweit die ersten Vorsitzenden schon nach Ziffer 1 dem Reichsausschuss angehören, ist an ihre Stelle vom Landesauschuss ein drittes Mitglied aus seiner Mitte zu wählen. Außerdem sollen durch Weimahl des Reichsausschusses zu Mitgliedern berufen werden: 3. Vertreter der Parteipresse; 4. Vorsitzende von Parteivereinen oder Parteiverbänden, welche für das Gebiet des Reiches eine hervorragende Bedeutung haben; 5. Parteimitglieder aus Ländern, in welchen ein Landesauschuss der Partei nicht besteht; 6. Parteimitglieder aus Berufsständen, die unter den nach Ziffer 1-5 berufenen Mitgliedern des Reichsausschusses eine genügende Vertretung nicht gefunden haben.

Der Vorstand des Reichsausschusses soll aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen. Der erste Vorsitzende des Zentrumskreises des Reichstages ist zugleich erster Vorsitzender des Vorstandes des Reichsausschusses. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes werden vom Reichsausschuss gewählt.

Die unpolitischen Kriegervereine.

Folgendes anmutig stilisierte Werbeschilder ist uns auf den Redaktionstisch geflogen:

Landwehr-Verein
Preussisch Vorne. Preussisch Vorne, 6. März 1911.
(Stempel.)

Sehr geehrter Herr Kamerad!

Der unterzeichnete Vorstand beehrt sich, Sie hierdurch zu seinem am 18. März stattfindenden Vergnügen im Schützenloale einzuladen, und möchte Ihnen nahelegen, nach eingetretener Prüfung unsern Verein als Mitglied beizutreten. Jeden vom Truppenteil entlassenen Reservisten erwarten in seiner Heimat die Kriegervereine und die Sozialdemokratie. In den Kriegervereinen pflegen die alten Soldaten die Liebe zum Vaterlande, die Treue zum Landesherren und echte Kameradschaft, weil sie wissen, daß das Vaterland auch von seinen Bürgern Treue fordert, und daß ein Volk nur dann stark und groß ist, wenn es in einmütiger Treue bereit ist, sein Leben für Ihn und Reich einzusetzen; ein treuloses Volk aber ist das Verderben des Vaterlandes. In der Sozialdemokratie dagegen wird Hoß, Unfriede, Unaufrichtigkeit gepredigt, zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse aufgereizt und das Herz vergiftet; der Sozialdemokrat wendet sich ab vom Vaterland und verfolgt in verblicher Missetat seine selbstsüchtigen verwerflichen Ziele. Das weiß jedes Kind.

Können Sie, geehrter Herr Kamerad, da noch Zweifel haben, wo Ihr Platz ist? Sie haben Ihrem Landesherren im bunten Rock gehuldet und den Eid der Treue geleistet, der niemals erlischt, weil Ihre Pflichten gegen das Vaterland nie aufhören können, wofür denn, so dienen Sie jetzt in der Armee im schwarzen Rock weiter, d. h. werden Sie einer der Unfrigen. Rein von jedem Schandfleck, stolz und erhaben, Ehre gebietend und erheischend weist uns unsere Fahne voran, und stolz sind wir in dem freiwillig übernommenen Dienst für Kaiser und Reich. Dieser Stolz schneidet die Brust, und wir sind einig, stark und treu durch die Liebe zum Vaterlande und durch unerschütterliche Kameradschaft über das Grab hinaus. Als Mitglied haben Sie selbstverständliche Pflichten, aber mit diesen auch viele, viele Rechte, wie zum Beispiel Unterstützung mit Rat und Tat bei Notlagen, Sterbegelder, Fürsorge für Witwen und Waisen und dergleichen mehr.

Wohin geht Sie nun Ihr Herz? Wägen Sie den Feinden des Vaterlandes fernbleiben und die Treue bewahren! Sollten Sie dennoch zu denen gehören, die den abhässlichen Weg wählen, so gilt unser Verbot Ihnen nicht, unser Schreien kam dann an die falsche Adresse. Im anderen Fall freuen wir uns, Sie unter uns begrüßen und willkommen heißen zu können.

Mit kameradschaftlichem Gruß:

Der Vorstand des Landwehr-Vereins,
gez. Klotz, 1. Vorsitzender, gez. Hütge, 2. Vorsitzender.

Ob die hiesigen Kriegervereinsvorsitzenden sich wirklich einbilden, mit solch kindischem Phrasengebimmel der Sozialdemokratie Abbruch tun zu können?

Oesterreich.

Auflösung des Reichsrats?

Wien, 21. März. Die Obstruktion der slavischen Parteien im Budgetauschuss nimmt ihren Fortgang. Nachdem der Antrag auf Verhandlung des Budgetprovisoriums angenommen und Abgeordneter v. Wittel zum Referenten gewählt war, gab Conel namens der Italiener den Schmerz über das Schicksal der italienischen Fakultät Ausdruck. Als der tschechisch-meritale Vater Schilling hierauf eine kurze Rede hielt, glaubte man an eine Besserung der Situation, indessen meldete sich Schilling sofort wieder zum Wort, außer ihm noch 15 Mitglieder der Obstruktionparteien. Unter diesen Umständen hält man die Auflösung für höchst wahrscheinlich.

Frankreich.

Eine Spaltung.

Paris, 21. März. In der Kammergruppe der Progressiven (gemäßigte Republikaner) ist eine erste Spaltung eingetreten. Gegen vierzig Mitglieder derselben, darunter der Edmann Thierry, dürften heute noch aus der Gruppe austreten und eine neue Partei unter dem Namen Union Républicaine bilden. Die Progressivengruppe würde dann nur etwa 85 Mitglieder zählen, die schon seit langem mit der katholisch-konservativen Gruppe Action Libérale sympathisiert haben.

Entlassung von Eisenbahnern.

Paris, 21. März. Die Anklagekammer hat die vorläufige Freilassung der sechs Eisenbahnbeamten und der beiden Schriftsteller angeordnet, die während des Eisenbahnauflandes festgenommen worden waren.

Die streifenden Gemeinden.

Troyes, 20. März. Bisher haben die Gemeindefollegien in 121 Gemeinden wegen der Ausschließung des Departements Luze aus dem gesetzlich festgelegten Champagnerweindaubezirk ihre Komittees niedergelassen.

Italien.

Bissolati und der König.

Rom, 21. März. (V. S.) Die gesamte Presse kommentiert den gestrigen Empfang des Sozialisten Bissolati durch den König. Bissolati hatte sich, wie „Tribuna“ mitteilt, geweigert, in einem Gehrock oder einem Zylinderhut nach dem Quirinal zu gehen. Seine einzige Konzeption war, daß er Handhabe anlegte. „Giornale d'Italia“ zufolge wurde Bissolati, der seinen grauen Schläpphut im Vorzimmer zurückließ, sofort in das Kabinett des Königs geführt, wo dieser bereits anwesend war. Der König reichte ihm die Hand und nötigte ihn, neben ihm auf dem Sofa Platz zu nehmen. Das Blatt stellt in der Besprechung dieses ungewöhnlichen Vorganges fest, daß es lange her sei, daß Bissolati gerufen habe: „Nieder mit dem König!“ Das sozialistische Organ „Avanti“ erklärt, Bissolati habe als Bedingung für seinen Eintritt in das zu bildende Kabinett die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gestellt. Ein anderes Organ betrachtet den eventuellen Eintritt von Sozialisten in das neue Kabinett als ein Zeichen der Degeneration der Monarchie.

Wir werden auf diesen neuen und sicher seltsamsten Anfall von Ministerialismus zurückkommen, bis ausführliche und genaue Angaben vorliegen.

Die Sozialisten im Kabinett.

Rom, 21. März. Zur Bildung des Kabinetts Giolitti bemerkt die „Tribuna“, die Inhaber der technischen und der militärischen Ministerien würden größtenteils im Amte bleiben, ebenso wahrscheinlich der Marschese di San Giuliano. Die Sozialisten würden ein Portefeuille und zwei Unterstaatssekretärstellen erhalten.

England.

Veränderungen im Kabinett.

London, 20. März. Oberst Seeley ist zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Lord Lucas zum Unterstaatssekretär im Kolonialamt ernannt worden. Kriegsminister Balfour ist als Viscount in das Oberhaus berufen worden.

Der Minister des Auswärtigen über die Bagdabbahn.

London, 21. März. In der gestrigen Unterhausdebatte sagte Sir Edward Grey über die Bagdabbahnfrage folgendes: Ich wünsche keine lange Rede über die Frage der Bagdabbahn zu halten. Soweit ich es beurteilen kann, hat die Rede, die ich gehalten habe, die Atmosphäre nicht zu einer ungünstigen für Verhandlungen zu einer Beilegung gemacht. Ich wünsche die Atmosphäre in diesem Augenblick zu einer, wie ich sie nennen möchte, besseren zu gestalten, denn die türkische Regierung hat gewisse Vorschläge gemacht, die in diesem Stadium als vertraulich angesehen werden müssen. Ich wünsche über das, was jetzt in Konstantinopel unterzeichnet worden ist, nichts zu sagen als dies. Obwohl die Vereinbarung der Türkei nicht ganzlich freie Hand gibt, nämlich frei von allen Bedingungen der allen Konzeption bezüglich der Straße von Bagdad nach dem Golf, so ersieht sie doch die Frage einer Fortsetzung der Linie von Bagdad nach dem Golf weiteren Verhandlungen und ein Verhandlungsgebiet, das nicht offen war, solange die Türkei durch die Bestimmung der ursprünglichen Konzeption gebunden blieb. Es ist zu früh, zu sagen, welches die Folgen der Verhandlungen sein mögen. Ich wünsche ehrlich ein Abkommen zu sehen. Denn, wenn ein Abkommen erreicht wird, das die Türkei, uns und Deutschland befriedigt, so würde es auf alle Fälle eine mögliche Ursache politischer Reibung entfernen. Wenn das Abkommen ein solches sein soll, das die öffentliche Meinung Großbritanniens befriedigt, so muß es dafür sorgen, daß der britische Handel nach Vollenendung der Bagdabbahn nicht unterschiedlichen Abgaben unterworfen wird und daß wir nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis in den Stand gesetzt werden, die Bagdabbahn oder ihre Abzweigungen als Arterien des britischen wie jedes anderen Handelsverkehrs zu betrachten. Dann wird eine große Besorgnis und eine Quelle politischer Reibung entfernt werden. Wir haben politische und strategische Interessen am persischen Golf. Lord Lansdowne legte in seiner im Jahre 1903 gehaltenen Rede große Wichtigkeit darauf, daß eine Gefahr daraus entstehen könne, wenn sich eine besetzte Stellung am Golf in den Händen irgendeiner anderen Macht befinden sollte und als Plankstelle zu unserer Stellung in Indien benutzt werden könnte. In jedem Abkommen mit der Bagdabbahn-Gesellschaft muß dies ausreichend sichergestellt werden. Ich glaube nicht, daß dies irgendwelche Schwierigkeit machen wird. Ich glaube, es kann eine Vereinbarung erreicht werden auf der Grundlage, daß die Bagdabbahn ein rein kommerzielles Unternehmen sein möge. Wenn ich aufgefordert werde, genau zu erklären, was wir fordern werden, bevor wir einer Erhöhung der Höhe zustimmen, so kann ich nur im allgemeinen feststellen, daß es die erwähnten beiden Punkte sind, die wir sicherzustellen suchen. Es ist unsere Absicht, bei jeder Gelegenheit eine absolut gerechte Behandlung des britischen Handels zu fordern. Wir werden alles tun, um aktive Teilnehmer wenigstens an einem Teil der Bagdabbahn zu werden. Wir werden dann in der Lage sein, nicht lediglich passiv beiseite zu stehen, bis irgendeine Verletzung dieser Artikel stattfindet, sondern wir werden in der Lage sein, Vorsorge zu treffen, daß keine Verletzung erfolgt.

Dänemark.

Die Abschaffung der Prügelstrafe.

Kopenhagen, 21. März. Der Reichstag hat heute endgültig die Vorlage betreffend Änderung des Strafgesetzes angenommen, durch die die Prügelstrafe als Zusatzstrafe abgefast wird.

Rußland.

Reibt Stolypin?

Die Ministerkrise ist noch immer nicht beendet und es ist auch heute noch nicht sicher, ob der Zar die Demission Stolypins annimmt oder nicht. Momentan steht die Sache so, daß der Zar die Demission Stolypins noch nicht angenommen hat. Der Hauptgrund, der den Zaren bewegen hat, Stolypin zum Weiben aufzufordern, dürfte darin zu sehen sein, daß der Zar, nach der Meldung der offiziellen „Nowoje Wremja“, Bedenken trug, die von Kofowzew geforderte Neubefestigung von vier Ministerposten vorzunehmen. Eine genügende Anzahl von Handlangern scheint nicht auf Lager gewesen zu sein, und so zog es denn der Zar vor, nachdem er seiner Ungnade gegen den am Ende seiner Karriere angelangten „russischen Bismarck“ unverhohlen Ausdruck verliehen hatte, Stolypin vorläufig im Amte zu behalten. Es wird jetzt von den Offiziösen mit besonderem Nachdruck auf die Intrigen hingewiesen, die die Reichsratsmitglieder Trepow und Durnowo gegen Stolypin geführt hatten. Sie sollen dem Zaren vertraulich Mitteilung gemacht haben, daß die „Deputation“ aus dem Westgebiet, die im vorigen Herbst anlässlich einer Audienz beim Zaren um die von Stolypin befürworteten „nationalen“ Kurien in der Landwirtschaftsverordnung gebeten hatten, aus

Stolypinschen Beamten bestanden. Diese Intrige, verbunden mit der Ablehnung des Entwurfes über die „nationalen Kurien“ im Reichsrat habe Stolypin veranlaßt, seine Demission einzureichen.

Um sich aber künftighin vor solchen Angriffen zu sichern, stellt Stolypin weitgehende Bedingungen. Er selbst will zum Kanzler ernannt und in den Grafenstand erhoben werden, und seine Hauptgegner kaltgestellt wissen. Diese Bedingungen zu erfüllen, scheint aber der Zar Bedenken zu tragen und so dauert die Krise fort, ein Zeichen der Verworrenheit, die an den obersten Regierungsstellen Rußlands herrscht.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Beratung des Kolonialetats wurde am Freitag unterbrochen, um den Etat der Reichseisenbahnen zu erledigen. Der Vorsitzende v. Camp verfuhr durch den Hinweis, daß der Abg. Webel im Senatskonvent sich ebenfalls sehr scharf mißbilligend über die langen Reden in der Kommission ausgesprochen habe, einen Druck auf die sozialdemokratischen Mitglieder auszuüben. v. Camp gab die Neuerung Webel's dezent wieder, als wenn er sich gegen die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder gerichtet hätte. Abg. Emmel betonte, daß Webel lebhaft bestreite, sich so ausgebrüt zu haben, wie v. Camp wieder behauptet. Im übrigen werden die sozialdemokratischen Mitglieder in der Kommission das sagen, was sie für richtig halten, auch wenn Webel nicht damit einverstanden ist. Nach Erörterung einer Reihe kleinerer Fragen wurde der Etat genehmigt. — Sodann wird in die Beratung des Etats für Neu-Guinea eingetreten. Die Einnahme aus Steuern, Zöllen und sonstigen Einnahmen sind mit 1,8 Millionen Mark in den Etat eingefügt; der Reichszuschuß beträgt 750 000 M. In der Debatte forderte u. a. der Abg. Arendt, daß das Reich viel höhere Opfer bringen müsse, um diese ausgedehnte Kolonie ausfüllen zu lassen. Das war selbst einem Regierungsvizepräsidenten zu viel Opfer, er warnte davor, höhere Summen zu bewilligen, da die Kolonie noch nicht einmal die Ausgaben für die Zivilverwaltung bedarf. In der weiteren Debatte wurde der Etat für Samoa verhandelt. Unter anderem nahm auch der Gouverneur Dr. Solf das Wort, um sich gegen Angriffe auf seine Tätigkeit zu verteidigen.

Die Reichsversicherungsordnungskommission

hat gestern Freitag die 3. Lesung beendet. Sie hat demnach nur noch den Bericht fertigzustellen. Das ist freilich eine sehr schwierige Arbeit, da der Bericht umfangreich und für die Auslegung des neuen Gesetzes wichtig ist, daher sorgfältig durchgesehen werden muß.

Die heute beschlossenen Änderungen waren wiederum meistens nur redaktioneller Natur. Hervorzuheben sind nur die Beschlüsse gegen das Selbstverfahren der Versicherungsanstalten. In der 2. Lesung haben die Kompromissparteien die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung in bezug auf die Leistungen für Selbstverfahren unter die Vormundschaft des Reichsversicherungsamtes gestellt, soweit — was die Regel ist — die Ausgaben für Selbstverfahren oder Invalidenhauspflege 7 Proz. der Beitragseinnahmen überschreiten. Das hat in den weitesten Kreisen böses Blut gemacht. Insofern haben die Kompromissparteien die Beschlüsse der 2. Lesung aufgehoben, dafür aber eine andere Fassung der in Betracht kommenden Bestimmungen angenommen, durch die sie beseitigt werden.

Den Versicherungsanstalten ist das Recht gegeben, Mittel aufzuwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern und durchzuführen. Hierzu fügte die Kompromissparteien jetzt hinzu, daß zu einer solchen Verwendung der Mittel die Genehmigung der Aufsichtsbehörde notwendig ist.

Die Sozialdemokraten bekämpften diesen Zusatz. Die Selbstverfahren namentlich in Wädern und sonstigen Erholungsanstalten haben sich aufs Beste bewährt. Deshalb sei eine Bedormundung der Versicherungsanstalten gerade bei der Durchführung von Selbstverfahren am wenigsten angebracht. Sie sei aber sehr nachteilig, da die Regierungsvizepräsidenten bereits aufs entschiedenste erklärt haben, daß sie die Ausgaben der Versicherungsanstalten für Selbstverfahren einschränken werden. Die Kompromissparteien konnten hierauf zwar nichts erwidern; sie haben ja aber die Mehrheit und benutzen die auch zu dieser unerhörten Schädigung der Arbeiter rücksichtslos aus.

Aus der Partei.

Polizistenende.

Im September v. J. wollte Genosse Sahleisch aus Amersbach in mehreren Versammlungen in Schlesien reden. In Neustadt O. S., Breslau, im Landkreise Breslau, Liegnitz wurde die Genehmigung anstandslos erteilt. In Gagnau wurde dem Genossen Wahleisch anfänglich, weil er bekanntlich Ausländer ist, das Sprechen verboten, später aber gestattet. In Sleg und Neumarkt durfte bursche Wahleisch nicht reden. In Neumarkt wurde sogar eine Mitgliederversammlung, die im Anschluß an die verbotene Versammlung stattfinden sollte und in der Wahleisch sprechen sollte, polizeilich aufgelöst. Mit diesen polizeilichen Maßnahmen und mit einer Neuerung des Bürgermeisters als Rechtsanwalt in einem Prozeß gegen den Genossen Schölich, wonach dieser zu denen gehöre, die immer absichtlich Beamte beleidigen, beschäftigte sich acht Tage später eine öffentliche Volksversammlung in Neumarkt. In dieser wurde das Redeverbot für Wahleisch kritisiert. Auch gegen die bürgermeisterliche Unterstellung, daß Genosse Schölich absichtlich Beamte beleidige, wandte sich dieser mit aller Schärfe. Vor Gericht dünne er dem Bürgermeister nicht die nötige Antwort geben, aber hier, vor diesem Volksgericht, in dieser Versammlung wolle er dem Bürgermeister Rede und Antwort stehen.

Hier wollen nun drei Polizisten, von denen einer in Sleg an der Versammlung unerlaubt teilnahm, gehört haben, daß Schölich gesagt habe, „der Bürgermeister ist zu feige, um in die Versammlung zu kommen“. Vor dem Schöffengericht Neumarkt, wo natürlich nur die dreikronzeugen gehört, die von Schölich namhaft gemachten Zeugen aber nicht vernommen wurden, befragt haben die drei Polizisten, daß sie ganz genau gehört haben, wie Schölich die fragliche Neuerung geäußert habe. Außerdem behaupteten die drei Polizisten, Schölich hätte während des Vortrages in der Mitte des Saales gestanden, während er in Wirklichkeit auf der erhöhten Bühne gestanden hat. Das Neumarkter Schöffengericht kam natürlich auf Grund dieser kläffigen Aussagen zu einer Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe.

Weniger Glück hatten die dreischwärenden Polizisten diesmal vor der Breslauer 2. Strafkammer als Berufungsinstanz. Hier mußten die von Schölich bezeichneten Zeugen vernommen werden. Und hier konnte festgestellt werden, daß einmal Schölich die angeblich beleidigende Neuerung gar nicht getan, daß sie vielmehr aus der Mitte der Versammlung heraus erfolgte und daß Schölich von der Bühne aus gesprochen habe. Trotz der ganz bestimmten, ebenfalls unter Eid abgegebenen Aussagen der Entlastungszeugen, die während des Vortrages in unmittelbarer Nähe des Redners saßen und die angeblich beleidigende Neuerung, wenn sie gefaßt worden wäre, auch gehört haben müßten, blieben die Polizisten bei ihren Behauptungen. Nach langer Beratung kam das Gericht zu einer Freisprechung. Es entfiel, wenn sich die Zeugenaussagen so gegenüberstehen, sei der Vorgang als nicht völlig geklärt anzusehen. Es sei möglich, daß sich die Beamten getäuscht hätten.

Gewerkschaftliches.

Der absolute Arbeitgeber.

Herr Jalousiefabrikant Freese, der ehemalige Prophet des Fabrikkonstitutionalismus, scheint sich immer mehr als ein Scharfmacher erster Güte zu entpuppen. Die Zeiten, da er die freie „Konstitution“ im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vertrat, da er vor den Arbeitern Vorträge hielt über den Wert der Organisation und die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz und auch sonstiges Verständnis für das Streben der organisierten Arbeiter zu haben vorgab, sind längst vorbei. Das alles ist zerplatzt wie eine Seifenblase. Herr Freese steht seinen Arbeitern als ein Kapitalist gegenüber, der ihnen nicht einmal das freie Koalitionsrecht gönnt, das doch gesetzlich festgelegt ist.

Entweder unorganisiert, Hirsch-Dundersch, Christlich — oder man hat keine bleibende Stätte mehr in dem „konstitutionellen“ Paradies Freeses. Der Holzarbeiterverband, die moderne Gewerkschaftsorganisation wird nicht mehr geduldet. Sie soll niedergezogen werden. Am 2. Januar sammeln die Arbeiter Unterschriften und geben Herrn Freese auf diese Weise bekannt, daß sie ihrer alten Organisation treu bleiben wollen. Die Folge sind Entlassungen. Ein Arbeiter ist verunglückt, ist ein halbes Jahr krank gewesen und hat die Krankenunterstützung des Holzarbeiterverbandes bezogen. Mit seiner verletzten linken Hand sieht es so, daß er einen Handschuh darüber tragen muß. Unter diesen Umständen stellt ihn Herr Freese, wie uns berichtet wird, vor die Wahl: Entweder hinaus aus dem Verband, oder Sie können bei mir nicht mehr arbeiten! Wer sich fügt, wer Hirsch-Dundersch oder christlich wird, seine Ueberzeugung verkauft, der kann bleiben und die Wohlthaten der „Konstitution“ weiter genießen. Ein Arbeiter, der 23 Jahre lang bei Herrn Freese tätig war, nach der Beschäftigungsdauer der älteste Arbeiter des Betriebes, wird im Auftrage seiner Kollegen vorstellig im Fabrikkontor. Er hat die langen Jahre auf gutem Fuße mit Herrn Freese gestanden und an das gute Herz dieses Unternehmers geglaubt. Da erhält er plötzlich seine Kündigung. Bald darauf sehen sich die Einseher des Jalousiebetriebes genötigt, die Arbeit einzustellen, weil sie auf dem berühmten konstitutionellen Wege des Herrn Freese nicht zu ihrem Rechte kommen können, und da zieht es auch jener Arbeiter vor, mit ihnen den Betrieb zu verlassen. Er hat seine Kündigungsfrist nicht erst abgewartet, wogegen auch der humane Arbeitgeber nichts einzusetzen hatte.

Das Koalitionsrecht wird mit Füßen getreten, der Fabrikherrenabsolutismus ist obenau und aller konstitutionalismus, alle Humanität erweist sich als eitel Schaumsträger.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Militärschneider

beschäftigte am Donnerstag eine Mitgliederversammlung der Berliner Filiale des Schneiderverbandes, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz füllte. Der Vorsitzende Gebauer berichtete über die bisherige Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Es sind schon fünf Wochen über die Einreichung der Tarifvorlage vergangen, ohne daß es zu den von der Kommission der Arbeitgeber in Aussicht gestellten Verhandlungen gekommen ist. Wie leicht begreiflich, hat diese Verzögerung eine steigende Aufregung in den Kreisen der Militärschneider hervorgerufen. Man befürchtet, daß die Arbeitgeber die Angelegenheit absichtlich zu verschleppen suchen, bis die beste Geschäftszeit, die in der Militärschneiderei mit den am 22. März stattfindenden Besetzungen zu beginnen pflegt, vorbei ist. Dieses Mißtrauen an der guten Absicht der Arbeitgeber scheint den Militärschneidern um so mehr berechtigt, als die Arbeit in den Werkstätten in den letzten Tagen mehr denn je zuvor forciert wird. Herr Kobrecht, der ja auf Seiten der Arbeitgeber die leitende Person ist, wurde von der Stimmung der Militärschneider in Kenntnis gesetzt, und es wurde ihm auch mitgeteilt, daß man, wenn die Verhandlungen mit der Arbeitgeberkommission nun nicht sofort beginnen sollten, es vorziehen werde, den Tarif mit den einzelnen Arbeitgebern abzuschließen. Herr Kobrecht erklärte in einem Schreiben, das die Durchberatung des Tarifs von annähernd 800 Positionen nicht so schnell erledigt werden konnte. Wenn man den Arbeitgebern nicht die dazu nötige Zeit einzuräumen, liege die unfriedliche Absicht auf Seiten der Arbeitnehmer. Letztendlich sei der alte Tarif mit vierjährlicher Kündigung abgeschlossen, und die Kündigung sei bisher nicht erfolgt. Gleichwohl seien die Firmen bereit, vor Ablauf der Kündigungsfrist einen neuen Tarif abzuschließen. Es wurden sodann Verhandlungen zu Anfang dieser Woche in Aussicht gestellt, aber ein Termin war auch am Donnerstag noch nicht festgesetzt, jedoch hatten die Unternehmer zum selben Tage eine Plenarsitzung veranstaltet, um darüber zu beschließen. Was die Kündigung des alten Tarifs anbelangt, so liegt die Sache, wie wir schon früher mitteilten, so, daß ein formgerechter Tarifabschluß seinerzeit überhaupt nicht zustande gekommen ist, weil die Arbeitgeber die betreffenden Schreiben des Schneiderverbandes schließlich unbeantwortet ließen. Der Tarif ist also mit keiner Korporation abgeschlossen, und die Militärschneiderkommission, mit der die Arbeitgeber damals verhandelt hatten, hat sich bereits im Jahre 1907 aufgelöst. Außer dem Schreiben des Herrn Kobrecht lag noch eine ganze Reihe von Antwortschreiben der einzelnen Firmen vor. In einem Teil dieser Schreiben werden die Vertreter der Organisation zu Verhandlungen mit der Firma eingeladen, in einem andern Teil erklären sich die Firmeninhaber bereit, den Tarif, der aus den gemeinsamen Verhandlungen hervorgehen wird, anzuerkennen oder auch selbständig einen Tarifvertrag abzuschließen. Dem Wunsch nach Verhandlungen wird selbstverständlich Rechnung getragen. Im übrigen empfahl der Redner der Versammlung die folgende Resolution:

„Die heute, den 23. März, im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung erkennt nach dem Bericht der Ortsverwaltung über die Lohnbewegung der Militärschneider an, daß alles geschehen ist, was zur Förderung der Verhandlungen mit den Arbeitgebern erforderlich erscheinen konnte. Die Versammlung ist insbesondere mit dem Schreiben der Ortsverwaltung vom 21. März c. einverstanden und erklärt, daß im Falle nicht noch im Laufe dieser Woche die Verhandlungen beginnen sollten, die Ortsverwaltung berechtigt sein soll, alle erforderlichen Schritte zur Durchführung dieser Lohnbewegung einzuleiten und insbesondere Verhandlungen mit einzelnen Arbeitgebern zu pflegen. Das Gleiche soll die Verwaltung übernehmen, wenn sie die Ueberzeugung gewinnt, daß die Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht den gewünschten Erfolg zeitigen. Alle Maßnahmen, welche die Militärschneider für erforderlich erachten, sollen sie der Verwaltung vorher unterbreiten und nur im Einverständnis mit der Verwaltung geeignete oder erforderlich erachtete Schritte übernehmen.“

Es folgte eine lebhafteste Debatte, in der die Erregung über die lange Verzögerung der Lohnbewegung in starken Worten zum Ausdruck kam. Die Resolution wurde schließlich gegen eine Stimme angenommen. Die Militärschneider selbst werden in den nächsten Tagen weiter zu der Sache Stellung nehmen. Im übrigen hielt Rechtsanwalt Dr. Heilmann in der Versammlung einen lehrreichen Vortrag über Koalitionsrecht, Streik, Aussperrung und die §§ 152—153 der R.-G.-O.

Die streikenden Schilderanzmacher und Helfer kamen gestern mittag im Gewerkschaftshaus zusammen, um Stellung zu dem Stand des Berantio, Redakteur: Ubersi Wags, Berlin. Inzeratenteil vergütet: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Streiks zu nehmen. Der Streik dauert nun bereits die dritte Woche. Der Bericht wurde von Fromle von Transportarbeiterverbände in ausführlicher Weise gegeben. Es sind zwölf Firmen, die noch nicht bewilligt haben, und um die es sich nun noch hauptsächlich dreht. Arbeitswillige sind nur in beschränkter Anzahl vorhanden und sind die Stellen der Streikenden noch keineswegs ausgefüllt. Die Firma Wilhelm Bartel, Inhaber Peters, hat die Arbeitswilligen vorgeführt alle entlassen, weil sie in ihren Leistungen zu minderwertig waren. Bei der Firma Grund u. Cie. werden die Annahmearbeiten von Arbeitswilligen ausgeführt. Die Leute, die verwendet werden, haben keinerlei Fachkenntnisse und liegt die Gefahr nahe, daß durch Herabfallen von schlecht angelegten Schildern das Publikum gefährdet wird. Früher hatte die Polizei eine Reihe von Vorschriften, die zu beachten waren, die aber zurzeit völlig außer acht gelassen werden. Die Streikenden haben daher beschlossen, in den nächsten Tagen eine Liste aufzustellen über Schilder, deren Haltbarkeit äußerst mangelhaft ist, um so der Behörde Anlaß zur Nachprüfung zu geben, damit Unglücksfälle vorgebeugt werden kann. Auch wurde beschlossen, eine übersichtliche Aufstellung zu machen und Namen und Wohnung derjenigen Geschäftsleute anzugeben, die anstatt neue alte Schilder montiert erhalten haben.

Berurteilt wurde, daß einige Arbeitgeber, die den Tarif anerkannt haben, diesen aber in manchen Punkten nicht einhalten. Die Streikleitung wurde aufgefordert, in allen Fällen, wo Abweichungen vorkommen, sofort einzugreifen und in Fällen, wo ein Einspruch wirkungslos ist, diese Firmen zu veröffentlichen. Das Streikpostenflehen ist sehr erschwert. Die „Einpegarde“ erweist sich nach wie vor des polizeilichen Schutzes. In manchen Fällen konnte sogar festgestellt werden, daß Kriminalbeamte den Handwagen schieben und während die Annahmearbeiten ausgeführt werden, an den Leitern stehen, damit ein Abrutschen der Leitern verhindert wird. Früher ist von der Polizei ein solches Entgegenkommen nicht gezeigt worden. Es wird erwartet, daß, wenn der Streik sein Ende gefunden hat, die Polizei weiter für Mannschaften sorgt, die ein Abrutschen verhindern.

Anmacher und Helfer, die bei Firmen arbeiten, welche bewilligt haben, müssen im Besitze von Arbeitsberechtigungsarten sein, die von roter Farbe sind. Wer im Besitze einer solchen Karte nicht ist und sich nicht ausweisen kann, gilt als arbeitswillig. Karten, die nicht mindestens einmal in der Woche abgestempelt sind, haben keine Gültigkeit und sind den Inhabern abzunehmen. Die organisierten Arbeiter, sowie die Herren Geschäftsinhaber werden gebeten, hierauf zu achten.

Die Lohnbewegung der Tapezierer.

Von „Ausbreitungen zwischen Streikenden bezw. Aussperrten und Arbeitswilligen“ weiß der „Lokal-Anzeiger“ zu berichten. Vor einzelnen Werkstätten fanden, wie es heißt, Zusammenrottungen von Menschen statt, die eine drohende Haltung gegen die Arbeitswilligen einnahmen; vielfach mußte polizeiliche Hilfe gegen die Belästigungen in Anspruch genommen werden. Wo und wann diese Ausbreitungen stattgefunden haben, wird nicht gesagt; es kann sich dabei nur um die Firma Wirsbaum, Fliederstr. 4, handeln. Dort erregen die antommenden Autos mit den Arbeitswilligen und die Anwesenheit der Polizei viel Aufsehen und ziehen die Neugierigen herbei. Streikende und Aussperrte beteiligten sich an den Ausläufen oder Zusammenrottungen, wenn solche stattfanden, nicht und sind auch nicht für irgendwelche Zwischenfälle verantwortlich zu machen. Die Verhandlungslitung ist stets bemüht, die Mitglieder an ihre Pflichten in dem jetzigen Kampfe zu erinnern sowie daran, daß sie nicht mehr als ihre gesetzlichen Rechte in Anspruch nehmen dürfen. Aufreißung muß es aber wirken, wenn die Polizei diese Rechte nicht respektiert und, wie es vor dem Betriebe „Kunst und Handwerk“, Frankfurter Allee, geschehen ist, die Streikposten sogar von der Promenade dort fortweist und ihnen den Aufenthalt verbietet. Auf dem Verbandsbureau ist keinerlei Meldung über andere Zwischenfälle eingelaufen als die erwähnten in der Fliederstraße und in der Frankfurter Allee und daraus läßt sich nach Recht und Billigkeit keine Nachricht über „Ausbreitungen von Streikenden oder Aussperrten“ fabrizieren, wie sie der „Lokal-Anzeiger“ vom Donnerstagsabend verbreitet, wobei allein schon der Mangel jeder näheren Angabe auffällig ist. Die Arbeitgeber haben, nach demselben Blatte, in einer Sitzung in der Handelskammer beschlossen, die Aussperrung noch bis zum 15. Mai aufrechtzuerhalten. Die Zahl der Streikenden und Aussperrten beträgt zurzeit 1300, so wird dreist und gottesfürchtig behauptet. Jegendeine Grundlage für diese Behauptung fehlt. Dagegen hält die Ortsverwaltung des Tapeziererverbandes ihre früheren Angaben in vollem Umfange aufrecht und erklärt, daß zurzeit die Zahl der Aussperrten, Streikenden und Arbeitslosen zusammen noch nicht 500 beträgt. Für diese Behauptung tritt die Ortsverwaltung gern den Beweis an und stellt es den zweifelnden Unternehmern frei, im Verbandsbureau vorzusprechen und die Belege dafür einzusehen. Täglich ändert sich die Situation in einer für die Streikenden günstigen Weise. Gestern, Freitag, mußten sogar auf dem Arbeitsnachweis einige Stellen unbesetzt bleiben. Wenn einzelne Unternehmer die Aussperrung bis zum 15. Mai aufrechterhalten wollen, so mögen sie es tun; aber sie dürfen nicht glauben, daß sie mit dieser Drohung irgendeine Wirkung ausüben; die Gewerkschaft läßt sich nicht damit schrecken.

Deutsches Reich.

Auf den Bechen „Glück auf Segen“ und „Felicitas“, die eine Gesamtbelegschaft von 2100 Mann haben, ist es am Dienstag zum Streik gekommen. Es waren nur drei Streikbrecher zu verzeichnen. Es gäbe auf diesen Bechen schon lange. Die Arbeiterpresse hatte ständig über Mißstände zu berichten. Die letzte Ursache des Streiks war die Einführung eines neuen Bedingensystems, das von den Vergleuten als Schikaniererei empfunden wurde. Die Vergleute versuchten, die Maßregel durch passive Resistenz abzuwehren. Da die Verwaltung dies merkte, hat sie am Montag eine Anzahl Leute aus der Grube geschickt, darauf ist am Dienstag der Streik erklärt worden. Am Dienstagabend fand eine Belegschaftsversammlung statt, die den Streik endgültig beschloß. Auch auf Beche „Vergmann“ wird noch weiter gestreikt.

Der Arbeiterausschuß berichtete Donnerstag über seine Bemerkungen, den Vergleuten zu bewegen; die Verhandlungen sind aber gescheitert, weil die Forderung der Vergleuten die Verhandlungen ablehnt und verlangt, die Belegschaft solle erst wieder ansfahren. Der Verbandsvorstand empfahl, der Belegschaft zu beraten, ob es unter diesen Umständen nicht besser sei, Freitag wieder anzufahren. Die Belegschaft beschloß aber einstimmig, weiter zu streiken, bis die Verwaltung nachgegeben. Ein Vertreter des christlichen Gewerksvereins erklärte, wenn der Gewerksverein die Macht hätte, würde heute dem Streik das Genick umgedreht. Unter den obwaltenden Umständen wollte er aber seinen christlichen Kameraden die Wiederaufnahme der Arbeit nicht empfehlen, um sie nicht Mißhandlungen aussetzen. Gegen diese Erklärung, die mit Psi aufgenommen wurde, protestierten die anderen Redner energisch.

Die sonstigen Tagesarbeiter, Schmiede und Maschinisten, haben sich jetzt dem Streik angeschlossen.

Der Streik auf Stinnes' Union.

Die verhafteten sechs streikenden Arbeiter der Union mit Einschluß der Streikleitung wurden am Donnerstagabend um 5 Uhr wieder aus der Haft entlassen.

Ueber die Ursache der Bewegung schreibt man uns: Am 7. März hatte der Zentralverband der Maschinisten und Heizer nach einstimmig gefassten Beschlüssen von Betriebsversammlungen der Direktion der Union eine Vorlage zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbreitet, die für die verschiedenen in Frage kommenden Arbeitergruppen Löhne von 8,80 M. bis 6 M. vorsah. Für nicht aus-

drücklich genannte Arbeiter wurde eine Lohnerhöhung von 16 Proz. gefordert. Wenn zweite Maschinisten die Arbeit der ersten verrichten, soll der Lohn gezahlt werden, den die 1. Maschinisten erhalten. Die Arbeitszeit soll einschließlich der fragmentarischen Pausen zwölf Stunden betragen. Ueberstunden bis zehn Uhr sollen mit 25 Prozent, darüber hinaus mit 33 Prozent Aufschlag bezahlt werden, notwendige Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag. Bei Durcharbeit während der Mittagsstunde (wo bleibt da die Hättenarbeitereskueverordnung? Red.) soll eine Ueberstunde dafür bezahlt werden. Ferner fordern die Arbeiter Lieferung von Anzügen und Holzschuhen bei grob schmutzigen Reparaturarbeiten, genügende Wasch- und Badeeinrichtungen und genügende Ventilation in den gesundheitsgefährdenden Gaszentralen. Für Beschwerden soll ein Arbeiterausschuß gebildet werden.

In dem Begleitschreiben an die Verwaltung wurde erwähnt, daß eine Vertretung der Organisation nebst einer Kommission aus den Reihen der Werksarbeiter zu weiterer Begründung der Forderungen und zu Verhandlungen bereit wäre. Die Direktion antwortete, daß sie mit der Organisation nicht verhandele resp. keine Verantwortung dazu hätte; die Arbeiter müßten, daß Wünsche von ihnen jederzeit genau von der Verwaltung entgegengenommen würden.

Die Arbeiter wollten gleich feststellen, ob das nicht bloß eine Finte sei, sie entbanden die Organisationsvertreter mit deren Zustimmung von der Führung und sie wandten sich nun mit einer Kommission, die nur aus Werksarbeitern bestand, erneut an die Verwaltung. Das war am 15. März. Der Betriebsdirektor versprach dann, die Wünsche „wohlwollend“ zu prüfen. Festgehalten zu werden verdient, daß der Betriebsdirektor erklärte, daß es einer Familie mit vier oder fünf Kindern kaum möglich sei, mit 150 M. Monatsverdienst auszukommen. Auch wurde anerkannt, daß die Leistungen der in Frage kommenden Arbeiterkategorien gestiegen seien. Endgültig wollte die Direktion erst am 20. März antworten. Als die Kommission dann wieder vorstellig wurde, zeigte sich, daß den „wohlwollenden“ Worten keine entsprechenden Taten folgten. Eine allgemeine Lohnerhöhung wurde strikt abgelehnt; die Arbeiter sollten — wie schlaun! — einzeln kommen, dann usw. „Bei sehr guter Führung“ (man merkt die Absicht!) wurde dem Personal der Gaszentrale ein Zuschlag von 50 Proz. für Sonntagsarbeit in Aussicht gestellt. Auf diese in der Luft hängenden „Versprechungen“ ließen sich die Arbeiter nicht ein. Sie legten die Arbeit nieder.

Eine Ausdehnung des Kampfes in der Chemnitzer Metallindustrie

brachte der Donnerstag. Zur Ueberrohung der gut beschäftigten Unternehmer legten in verschiedenen Betrieben nicht mit ausgesperrte Arbeiter die Arbeit nieder; einige Betriebe sind dadurch völlig stillgelegt, weil alle Arbeiter herausgingen. In einigen ging ein großer Teil, so daß mit den wenigen zurückgebliebenen die Betriebe nicht lange mehr werden weiterarbeiten können. — Auch die Unternehmer haben zu einem weiteren Schläge ausgedehnt, der aber den Arbeitern nicht unerwartet kam: 400 Modell- und Fabrikarbeiter wurden noch ausgesperrt. Diese hatten sofort nach dem Bekanntwerden des Aussperrungsbeschlusses des Unternehmerverbandes sich mit der so geschaffenen Situation beschäftigt und beschlossen, das Opfer der Aussperrung zu übernehmen, was die Leitung des Holzarbeiterverbandes auch gut geheißen hat.

Von den dem Staate nützlichen Elementen.

Auf dem Kollwerk in Scharleben stehen 400 Arbeiter im Streik. Die Direktion erhielt circa 200 Hingemänner aus Hamburg, die auf dem Werk untergebracht sind und dort freie Verpflegung erhalten. Diese Arbeitswilligen sind mit Revolvern und Mummischnippen bewaffnet und treiben damit allerhand Unfug. In der Nacht zum 18. d. M. haben zwei von ihnen ohne jede Veranlassung 15 Revolverstücke auf Passanten abgegeben; glücklicherweise ist niemand verletzt. Am Kollwerk sind noch heute die Spuren dieser nützlichen Schieberei zu sehen. Am gleichen Tage nachmittags hatte die Kolonne auf dem Markt eine Revolte unter sich, wobei ebenfalls geschossen wurde. Ein Agent wollte einen Hingemann bei der Arbeit antreiben, das ließ sich dieser nicht gefallen, und darauf kam es auch hier zu einer allgemeinen Prügelei. Das ist nun wohl der Behörde doch zu toll geworden. Zunächst entließ das Werk sofort 80 Mann der Hingegarde, 80 Mann reisten davon ab, die anderen vagabundieren in der Stadt umher. Die Polizei hat nach der Revolte sämtliche Strohsäcke nach Waffen untersucht und eine ganze Anzahl Revolver beschlagnahmt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ausland.

Wärstenerstreik in Paris. Seit drei Wochen stehen die Wärstener in Paris im Streik. Unter den Streikbrechern befindet sich auch ein Deutscher, namens Josef Gries. Derselbe bemüht sich abend, durch Briefliche Aufforderungen weitere Arbeitswillige aus Deutschland heranzuziehen. Unter Hinweis hierauf ersuchen wir, jeden Zugang von Wärstenern nach Paris streng fernzuhalten. Internationale Union der Holzarbeiter. Theodor Leipart.

In den Singer-Nähmaschinen-Werken London und Glasgow ist ein Streik ausgebrochen, der gegen 10 000 Personen umfaßt.

Letzte Nachrichten.

Kulturfortschritt in China.

Brüssel, 24. März. (S. W.) Die „Agence d'Extreme d'Orient“ meldet aus Peking: Ein kaiserlicher Erlass beschließt endgültig, die bisherige Sitte der Folterung der Strafgefangenen und Gerurteilten in allen Teilen des chinesischen Reiches abzuschaffen. Trotz vorangegangener Erlasse bestand noch die Folterung in den kleinen Städten und im inneren des Landes fort. Von jetzt ab verfallt jeder Mandarin, der das Foltern nicht verhindert, einer Strafe, einerlei, ob er Vizekönig, Richter oder Polizeichef ist.

Korruption der Verwaltung auf die — Sozialisten geschoben.

Petersburg, 24. März. (S. W.) In der Reichsduma wies Schingarew (Radetzki) auf Mißstände in der Artillerieverwaltung hin und meinte, Rußland würde in kritischer Stunde, angesichts des Feindes nur ungenügende Vorräte vorfinden. Nowikoff und Markow (äußerste Rechte) erwiderten, wenn Mißstände in der Korruption zutage getreten wären, so wäre das daraus zu erklären, daß die Arbeiter durch die Sozialisten aufgewiegelt seien.

Von der mexikanischen Revolution.

New York, 24. März. (S. W.) Wie aus Casasgrandes (Mexiko) gemeldet wird, befinden sich im dortigen Gefängnis siebenhundert Ausländer wegen angeblicher Teilnahme an dem Aufstand in Mexiko, darunter zwei Deutsche.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu & Weisagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

166. Sitzung. Freitag, den 24. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Lindequist.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats der Schutzgebiete, beginnend mit dem Etat für Ostafrika.

Abg. Sommer (Sp.) tritt für eine Aufbesserung der Gehälter der Regierungslehrer in kolonialen Schulwesen ein. Die Regierungsschulen in den Kolonien sollten von konfessionellen Einflüssen befreit werden. (Weilfall bei den Fortschrittlichen.)

Abg. Dr. Arnung (natl.) wünscht, daß den Beamten, die im Kolonialdienst tätig waren, die Anstellung in der Heimat erleichtert werde. Die gestern vom Abg. Roske angeführten Zahlen über Ein- und Ausfuhr seien nicht ganz zutreffend. Der Redner bemängelt dann Einzelheiten in den kolonialen Schulverhältnissen. Die Fortführung der Zentralbahn bis zum Tanganjikasee sei eine alte Forderung der nationalliberalen Fraktion. Es habe sich allerdings gezeigt, daß im Natronsee ungeheure Werte liegen. Die Sozialdemokraten wollten davon nur deshalb nichts wissen, weil sie die Erträge der Kolonien möglichst gering hinstellen wollten. Wenn der Staatssekretär in der Kommission sagte, es bestände Einigkeit zwischen der Verwaltung und den Ansehler, so treffe das leider nicht ganz zu. Die Form, in der die Wünsche der Ansehler abgelehnt worden, habe bei den Ansehler vielfach Erregung hervorgerufen.

Staatssekretär v. Lindequist: Die Lehrer der Regierungsschulen sind jetzt so gestellt, wie die in der Heimat. Sie haben jetzt auch den großen Vorteil der staatlichen Anstellung. Mit der Einführung der Kopfsteuer für die Eingeborenen ist schon in mehreren Bezirken begonnen worden. Die Schulverhältnisse in Dar es Salaam sind sehr schwierig, weil die wenigen Schüler in den verschiedenen Altersstufen stehen und zum Teil Ausländer sind, die erst deutsch lernen müssen. — Der Natronsee hat uns ja die Ueberfischung gebracht, daß wir dort größere Mengen Natron gewinnen können. Im einzelnen ist aber wirtschaftlich und lauffähig die Sache sehr wenig geklärt. Ich kann nur wünschen, daß wenn sich wirklich herausstellt, daß unser See abbaubar ist, sich auch deutsches Kapital zu diesem Zweck findet. Ich fürchte aber, das wird nicht so leicht sein.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Arnung hat gegen mich polemisiert wegen meiner Ausführungen über den Natronsee. Er hat es so dargestellt, als wäre es meinen Freunden sehr unangenehm, wenn in den Kolonien Natronschätze gefunden werden. Das ist natürlich eine völlig unrichtige Auffassung. Wir protestieren nur dagegen, daß die Entdeckung solcher Schätze irgendeinem Kolonialfanatiker Anlaß gibt, so phantastische Rechnungen aufzustellen, wie es Abg. Dr. Dröschler gestern tat. Während nach dem Quantum des Natrons dort auf 72 Millionen Tonnen annehmen, nimmt Dr. Dröschler einfach 100 Millionen an und setzt jede Tonne mit einem Wert von 40 M. an, dem Preis, der dafür in Berlin erzielt wird, um so vier Milliarden ausrechnen zu können. Ich glaube von Ihnen allen mit Ausnahme von Dr. Dröschler so viel volkswirtschaftliche Kenntnisse voraussetzen zu dürfen, daß Sie selbst diese vier Milliarden als bloße Phantasie erkennen. Man kann doch die Tonne dort nicht mit 40 M. berechnen, sondern man muß die Abbaue- und die hohen Transportkosten abrechnen. Es kommt doch alles darauf an, daß sich der Abbau lohnt. Der See ist schlecht zugänglich und die Transport- und Abbaufkosten werden sehr hoch sein. Wie man bei dieser Sachlage einen solchen Luftsturm sagen kann (Unruhe rechts) — ist Ihnen der Ausdruck nicht stark genug? — wie man den Luftsturm sagen kann, daß die Natronschätze vier Milliarden wert sind, das ist mir unverständlich. Es ist nur darauf zurückzuführen, daß die Herren in ihrem Kolonialfanatismus jede ersichtliche Ueberzeugung verlieren und andere Leute begeistern wollen mit solchen Phantasiewaldern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Möglichkeit, daß der Natronsee unter Umständen abbaufähig sein kann, bestreite ich nicht, aber er kann nie den hier genannten phantastischen Wert haben. Wenn bei uns eine Gesellschaft den Abbau in die Hand nimmt, dann muß sie auch die für den Natrontransport nötige Bahn zum Natronsee bauen. Uns soll man nachher nicht mit der Forderung kommen, zur Wahrung der deutschen Ehre die Kosten einer Bahn zu bewilligen, die ausschließlich diesem Zwecke dient. Ich halte es überhaupt für bedenklich, wenn der Reichstag immer wieder den Bau neuer Kolonialbahnen fordert. Die Regierung geht damit schon eifrig genug vor. Ich möchte Herrn v. Rechenberg, den Gouverneur von Ostafrika, hier nicht loben, um ihm nicht zu schaden, (Heiterkeit.) Denn wir wissen aus Erfahrung, wie schädlich das Lob von Sozialdemokraten Staatsbeamten werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen aber, daß Herr v. Rechenberg sich das Mißfallen der Pflanzler zugezogen hat, weil er sich nicht zum willfährigen

Werkzeug ihrer Ausbeuterinteressen hergegeben hat. Die Pflanzlerwünsche nach schrankenloser Ausbeutung der Schwarzen werden natürlich mit dem deutschen Nationalinteresse identifiziert und es finden sich immer Leute hier in Deutschland und auch Reichstagsabgeordnete, die für solche Assimilationen empfänglich sind und sich zum Sprachrohr der pflanzlerischen Ausbeutungswünsche hergeben. Ich bedauere lebhaft, daß der Kollege Arnung, den ich sonst als guten Kenner der Kolonien hochschätze, auch in diese Kerbe zu hauen scheint. Gegenüber den

geheimen Motivationen,

wie sie jetzt wieder einmal im Gange sind, um einen unbequemem Beamten zu stürzen, ist jedenfalls die Aufforderung am Plage: offen heraus mit der Sprache. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Kollege Ledebour hat heute dasselbe vorgebracht, was er gestern eigentlich besser gesagt hat. Dieses sowie die — im guten Sinne — Langweiligkeit der diesjährigen Reichstagsdebatten zeigt, daß den Kolonialgegnern der Stoff an ernsthafter Kritik ausgeht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Redner tritt fobann für die Verlängerung der Ujambabahn bis an den Victoria Nyanza ein. — Es ist allerdings bedenklich, wenn Herr Ledebour den Gouverneur v. Rechenberg lobt, bedenklich, nicht weil Herr Ledebour Sozialdemokrat, sondern weil er Kolonialgegner ist. Es ist nicht gut, wenn ein Kolonialbeamter von einem Kolonialgegner gelobt wird. (Sehr wahr! rechts.) Es zeugt von der großen Lebenskraft der ostafrikanischen Kolonie, daß sie sich entwickelt hat trotz des Systems Rechenberg. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Lindequist: Der Gouverneur v. Rechenberg ist, das wird mir auch der Vorredner zugeben, ein außerordentlich tüchtiger, zäher, hienensfähiger Beamter, dem wir Großes und Vieles verdanken. Es ist auch nicht wahr, daß Herr v. Rechenberg den Ansehler feindlich entgegentritt. — Die „Ostafrikanische Rundschau“, die in der Kommission so oft erwähnt worden ist, bezieht in keiner Weise Staatszuschüsse.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wenn wir unsere Kritik auf einige, allerdings sehr eklatante Fälle beschränken, so geschah das im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses, nicht weil es uns an Material mangelte. Ich sollte denken, diese Selbstbeschränkung sei vom ganzen Hause richtig verstanden. Wenn der Abg. Arendt das anders auffaßt, so kann ich das nicht sehr loyal finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe gestern unsere grundsätzliche Stellung zur Kolonialpolitik so klar dargelegt, daß es jeder mit normalem Durchschnittsverständnis ausgereiften Reichstagsabgeordnete wirklich sapsieren könnte. (Große Heiterkeit.) — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole: wir Sozialdemokraten verwerfen grundsätzlich die Kolonialpolitik, die Ausbeutung fremder Völker zum Zweck der Bereicherung des eigenen Volkes — auch wenn diese Bereicherung eintritt, was bei den deutschen Kolonien bekanntlich noch nicht der Fall gewesen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem aber mit Waffengewalt und sonstwie die Kolonien erworben worden sind, ohne daß wir es haben hindern können, betrachten wir es selbstverständlich als unsere Pflicht, uns an positiven Maßnahmen zum Schutze der deutschen Steuerzahler wie zum Schutze der Eingeborenen zu beteiligen. Wenn Herr Dr. Arendt daraus die Folgerung zieht, daß wir Sozialdemokraten begünstigen, kolonialfreundlich zu werden, und aber scheuen, diese Handlung einzusetzen, so könnte ich das — außerhalb des Hauses — nur als illoyal bezeichnen. Wenn es aber in loyalem Glauben geschah, so kann ich nur den Herrn v. Liebert, der ja Ohrenzeuge gewesen ist, auffordern, dafür zu sorgen, daß die Worte des Herrn Dr. Arendt nicht draußen vom Reichsverband illoyal mißbraucht werden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Was die Angelegenheit Rechenberg betrifft, so hat Dr. Arendt in der Kommission ohne Frage einen weit heftigeren Vorstoß gegen Herrn v. Rechenberg unternommen, als hier im Plenum.

Vizepräsident Dr. Schulz: Herr Abgeordneter, es ist nicht Sitte, hier Namen aus den Kommissionen zu nennen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Sehr wohl. (Heiterkeit.) Ich will also keinen Namen und nicht einmal eine Partei nennen. (Erneute Heiterkeit.) Also Herr Dr. Arendt hat einen gewissen Herrn aus der Kommission, den ich nicht nenne, der ihm aber sehr nahe steht (Stürmische Heiterkeit), in einer Art und Weise im Stich gelassen, die ich wirklich nicht schön finden kann. Der gewisse Herr (Erneute Heiterkeit) hat z. B. über die „Ostafrikanische Rundschau“ Ausführungen gemacht, die in diesem Umfange von Herrn Dr. Arendt nicht wiederholt worden sind. Der gewisse Herr hätte also alle Urteile, außerhalb des Hauses Herrn Dr. Arendt der Kneiferei zu beschuldigen. (Stürmische Heiterkeit. Lebhaftest Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Schulz: Diese Bemerkung war unzulässig. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (B.): Ich spreche hier nicht vom Gouverneur Rechenberg als Person. Mir ist es einerlei, ob in Ostafrika Herr v. Rechenberg oder Herr Dr. Arendt Gouverneur ist. (Große Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum und links.) Herr v. Rechenberg wird angegriffen, weil er für die Eingeborenen gegen die Ausbeutungsgelüste der Pflanzler aufgetreten ist, besonders gegen das Prägelssystem. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen ist auch der Staatssekretär Dernburg aufgetreten. Wöfe Jungen behaupten allerdings, nie sei mehr geprägelt worden, als auf der Reise Dernburgs, allerdings so weit weg vom Lager, daß das Geschrei nicht gehört wurde. (Hört! hört!) Das System Rechenberg bedeutet die Verhütung der Eingeborenen. Ein entgegengelegtes System würde neue Aufstände bedeuten. Schon im Interesse der deutschen Steuerzahler ist nur zu wünschen, daß am System Rechenberg festgehalten wird. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Rechenberg ist nicht angegriffen worden, weil er die Eingeborenen schützte. Selbstredend sind wir alle für Schutz der Eingeborenen, denn die Eingeborenen sind das wertvollste Material der Kolonie. Wogegen wir uns wenden, das ist das Bestreben Rechenbergs, Ostafrika zu einer neuen Eingeborenen- und Handelskolonie zu machen und die Entwicklung zu einer Pflanzerkolonie zu hindern.

Staatssekretär v. Lindequist bestreitet entschieden, daß Herr v. Rechenberg die Entwicklung des Plantagenbaues hindere. Seien doch unter ihm neue Gebiete für den Plantagenbau erschlossen worden.

Abg. Roske (Soz.):

Herr Dr. Arendt treibt ein Spiel mit Worten. Ganz unfraglich entpringen die Angriffe auf Rechenberg aus dem Jorn über den Schutz, den er den Eingeborenen angedeihen läßt. Das Plantagensystem bedeutet eben die Zwangsarbeit der Schwarzen, die Nötigung der womöglich mit militärischer Gewalt herbeigeführten Eingeborenen, für einen Hungerlohn für die Weissen zu radern. Daß wir gegen ein solches System eintreten, entspricht unserem Programm und unserer ganzen Tätigkeit, wie wir sie stets ausgedrückt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist richtig, was der Staatssekretär sagt, daß das Plantagensystem immer weitere Ausdehnung erfährt, es ist aber so, daß die Eingeborenen immer mehr von ihrer eigenen Feldarbeit abgehalten werden. Wir müssen immer wieder betonen, daß wir jene Kolonisationsbestrebungen, für die sich der Abg. Dr. Arendt ins Zeug legt, entschieden bekämpfen müssen.

Abg. Schwarz-Lippstadt (fast unverständlich) scheint auch für Rechenberg einzutreten und polemisiert gegen den Abg. Roske.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Das, was Abg. Arendt zu dem System Rechenberg ausgeführt hat, entspricht durchaus dem, was meine Freunde auch schon ausgeführt haben, daß nämlich dieses System der gesunden Plantagenentwicklung nicht Vorzug leistet, sondern ihr geradezu Schwierigkeiten bereitet. Tatsachen dafür anzuführen, ist ja schwer. („Das können Sie nicht!“) Viele Pflanzler sind verärgert, weil ihnen die Besitztitel noch immer nicht gewährt worden sind.

Abg. Roske (Soz.):

Ich habe im Kolonialverein einen Vortrag des Korvettenkapitäns Baasche über das System Rechenberg gehört, aber auch dort wurden ebensoviele wie hier konkrete Tatsachen angeführt, sondern man beschränkte sich auf allgemeine Beschuldigungen, wie hier.

Abg. Dr. Stresemann (natl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Baasche an. Die Entwicklung der Plantagen werde zu wenig gefördert. Der Gouverneur habe sogar Ansehler vor der Erwerbung von Plantagen zur Baumwollpflanzung gewarnt, weil der Mann dort angeblich sein Geld verlieren würde.

Abg. Erzberger (B.): Dr. Arendt hat die schon öfter vorgebrachten allgemeinen Beschuldigungen wiederholt, ohne Tatsachen anzuführen. Dr. Arendt sowohl wie Dr. Baasche haben in dem Augenblick, wo das Prinzip des Schutzes der Eingeborenen von dem früheren Staatssekretär verfallen wurde, ihre Angriffe gegen das sogenannte System Rechenberg begonnen. Diese Angriffe werden jetzt nach dem Personalwechsel im Staatssekretariat wieder aufgenommen. Wir haben die begründete Vermutung, daß die Angriffe vor allem sich gegen den Schutz der Eingeborenen richten und wir müssen uns deshalb entschieden gegen diese Angriffe aussprechen.

Staatssekretär v. Lindequist: Unter den diesen allgemeinen Beschuldigungen sind jetzt zwei bestimmte Vorwürfe erhoben worden, daß nämlich der Gouverneur mit schwachem Kapital vor dem Ankauf einer Baumwollpflanzung gewarnt habe und daß die Besitztitel nicht rechtzeitig erteilt werden. Ich würde es geradezu für ein Verdienst des Gouverneurs halten, wenn er kapitalarme Leute vor unsicheren Unternehmungen warnt. Auch die angeblich nicht rechtzeitige Ausstellung von Besitztiteln erklärt sich aus den besonderen Schwierigkeiten in der Kolonie und fällt nicht dem Gouverneur zur Last.

Musik.

Der Abart des wenig dramatischen und desto mehr lyrischen Dramas werden sich immer wieder Versuche zu. Das einaktige „musikalische Lustspiel“, das am Donnerstag in der Berliner Volks-Ober seine anscheinend erste Aufführung erlebte: „Jasmin“ von James Rothstein, ist wiederum ein solcher Versuch. Jedenfalls enthält sein von zwei Verfassern gemachter Text, soweit er zu verstehen war, keine belangvolle Handlung. In einer Berliner Mondnacht treibt eine Marquise mit ihren Anbetern ein typisches Liebespiel, bei dem König Ludwig XIV. von dem Marquis verprügelt wird; ein Parsüm von Jasmin wird als eine Art Gegenstück eines Liebesrankes benutzt. Hauptfache ist die lyrische Stimmung. In ihrer musikalischen Ausprägung ist Rothstein der richtige Mann. In Kreisen von Hochmusikern längst durch gefällige Lieder usw. wohl angesehen, hat er hier ein hübsches Büfett von Melodien, von Klavierpielerchen zusammengebracht. Die Ouvertüre kann einmal ein beliebtes Konzertstück werden; die Hauptmelodien lehren häufig, auch in Gestalt von erklärenden „Motiven“ wieder, und die kurze des Gesangs bewahrt vor der neugierigen Gefahr eines leierhaften Eindruckes. Am eigenartigsten entfaltete sich das Können des Komponisten in Kunstgriffen wie z. B. einer Gavotte, die im Hintergrunde während der im Vordergrund spielenden Vorgänge getanzt wird, und besonders in einem Dances und Fliesen von acht verliebten Leuten, das in einem musikalisch reichen Orchester gipfelt.

Derartige stellt allerdings an die Gesangskunst hohe Anforderungen. Zum Teil wurden sie schon diesmal erfüllt; allein eine vollauf zureichende Wiedergabe des im ganzen erfreulichen Werkes würde dem Komponisten doch noch zu gonnun sein.

Notizen.

— Antiquitätenarrheit. Die amerikanischen Millardäre wissen mit ihrem Reichtum, den ihnen mittels ihrer Trustmonopole die infamste Ausbeutung der Arbeiter und Konsumenten mißgeschick in den Schoß wirft, nicht mehr wohin. Weinade wahllos verschleudern sie ihn in Luxusanlagen. Der Stahlmagnat Morgan hat z. B. seine Spezialität darin, die unerhörtesten Preise für Antiquitäten zu zahlen, die er durch einen wohlorganisierten Staff von struppelosen Auskäufern systematisch zusammenzutreiben läßt. Jetzt hat er einige der schönsten und seltensten Renaissanceen an sich gebracht. Dem bisherigen Besitzer, dem deutschen Uhrrennmeister Marsels, zahlte er für 14 dieser Schmuckstücke 800 000 M. Für eine andere Sammlung hat er bereits im vorigen Jahre bloß 1 200 000 M. ausgegeben.

Kleines feuilleton.

Museen fürs Volk. Unsere Museen, wie sie sind, haben für das Volk wenig Bedeutung. Sie sind in ihrer ganzen Anlage für die akademische Gebildeten, ja zumeist nur für die Scholaste da. Der Late kennt sich nicht aus und durchwandert mit einem unbehaglichen Gefühl die Sammlungen. Sie mühten von Grund auf anders gestaltet sein, sie mühten pädagogisch geleitet sein und vor allem Führungen und Vorträge bieten, um wirklich volkstümlich zu werden. Daran ist natürlich vorläufig nicht zu denken, die Bureaukraten haben dafür weder Interesse noch Sinn.

Besonders schlimm sind die Verhältnisse in Berlin, das eine solche Fülle von Museen bietet. Aber sie sind zumeist totes Kapital für die Masse. Vor allem schon, weil manche an bestimmten Tagen Eintrittsgelder erheben oder doch zu ungünstigen Zeiten geöffnet sind. Wir haben ja des öfteren diese Mißstände beklundet. Aber unser Generaldirektor hat dafür kein Interesse, er braucht seine Zeit notwendig für zweifelhafte Anläufe, Intriguen und Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Vielleicht werden unsere alten Klagen besser gehört, wenn sie ein auswärtiges Blatt, das zudem regierungstronm ist, wiederholt. Die „Köln. Zeitung“ beschäftigte sich gelegentlich der Beratung des Kultusetats mit diesem Thema und schrieb da u. a.:

„Die Besuchzeiten schleppen sich wie eine ewige Krankheit fort und es ist nahezu unbegreiflich, daß hier nicht schon längst für eine Verringerung gesorgt worden ist, die verhältnismäßig geringe Kosten verursachen würde, im Grunde aber wichtiger ist als der Erwerb weiterer Kunstgegenstände. Weisen wir das Kunstgewerbemuseum heraus, das mehr als andere anderen Museen dazu bestimmt ist, der Gegenwart Vorbilder und Anregungen zu bieten. Es ist im Winter von 10 bis 3 Uhr, im Sommer eine Stunde länger geöffnet. Nur wenige Leute, die im Kunstgewerbe oder Handwerk beschäftigt sind, haben während dieser Stunden Zeit, das Museum zu besuchen. Warum ist es ihnen nicht auch in den Abendstunden zugänglich? London liefert hier ein beherzigenswertes Beispiel; das South-Kensington-Museum ist dreimal in der Woche bis 10 Uhr abends geöffnet, obwohl die geradezu unheimliche Menge der Räume an Beleuchtung und Ueberwärmung weit höhere Kosten erfordert als das bedeutend kleinere Kunstgewerbemuseum in Berlin. In Berlin ist außerdem die Gepflogenheit, den Abend am häuslichen Herd zu verplaudern, nicht so verbreitet wie in England. Was mancher würde den Abend zum Heil seines Portemonnaies und zur Hebung seiner Kenntnisse, seines Geschmacks gern im Kunstgewerbemuseum verbringen, wenn ihm dazu die Möglichkeit gegeben wäre.“

Auch die Besuchzeiten der anderen Museen lassen viel zu

wünschen. Sie schließen während des langen Winters, der mehr zum Museumsbesuch lockt als der Sommer, durchweg ebenfalls um 3 Uhr. Besonders für die schulpflichtige Jugend existieren die Museen sozusagen nicht. Viele Schulen schließen um 1 Uhr; zieht man das Mittagessen und die meist erheblichen Entfernungen in Betracht, so langen die Kunstschwärmer kurze Zeit vor Schluß im Museum an. ... Wir berufen uns wieder auf Londoner Beispiele: Das Britische Museum ist, abgesehen von einzelnen Galerien, im Sommer und Winter bis 6 Uhr geöffnet, die meisten anderen Museen schließen im Winter wenigstens erst um 4 Uhr. Einige Museen in Berlin behalten den 3-Uhr-Schluß sogar auch im Sommer bei. Nun kann man ja freilich die Leute, die in der Woche keine Zeit zum Museumsbesuch haben, auf den Sonntag verweisen; aber die Museen sind dann erst von 12 Uhr ab einige Stunden geöffnet; ein einigermaßen erschöpfender Besuch erfordert also Verlegung des Mittagessens, und das ist ein Opfer, das eine Hausfrau vielleicht für einen langen Ausflug bringt, aber nicht für einen Museumsbesuch.

Schließlich schlägt das rheinische Blatt vor, in den Museen die Möglichkeit zu schaffen, einen billigen Imbiß einzunehmen, wie das in London und (sagen wir hinzu) u. a. in germanischen Museen in Nürnberg eingeschätzt ist. Alle diese Wünsche freilich sind von der frömmsten Art, d. h. sie haben keine Kraft, solange nicht im Hause der Dreiklassenhande die Interessen des Volkes und der Kultur den Ausschlag geben.

Ein Land, in dem es nur alle 12 Jahre regnet. Ein interessantes Problem für die Meteorologen bildet das Land, in dem es nur alle 12 Jahre regnet. Das ist keineswegs eine Legende, dies regenarme Gebiet ist das südafrikanische Beisuanaland. Der italienische Missionar Pater Forte, der dort für die Verbreitung des Christentums wirkt, macht über diese ungewöhnliche meteorologische Erscheinung in einem Briefe an den „Osservatore romano“ einige interessante Angaben. Es ist wirklich festkam, überall in den Raabbarländern regnet es, nur nicht hier bei uns. In Transvaal und im Basutoland ist der Mais und das Kaffernkorn bereits drei Fuß hoch; hier war es nicht einmal möglich zu säen. Livingstone schilderte bereits vor 55 Jahren das Land als unfruchtbar, und wer 50 Jahre später hierher kommt, wird wiederum staunen müssen. Livingstones Experimente und Beobachtungen haben gezeigt, daß im Beisuanaland nur alle 12 Jahre ein richtiger Regen niedergeht; dann herrscht im Lande eitel Freude, in den Dörfern werden Erntefeste gefeiert, und alles jubelt. Die Wirklichkeit bestätigt diese Angaben des Forschers, und unsere Aufzeichnungen zeigen, daß tatsächlich nur alle 12 Jahre Regen eintritt. Der Vortellungspreis der Eingeborenen ist auch nur von dem einen Problem beherrscht: Regen zu erlangen. Ihre Religion besteht nur aus abergläubigen Wünschen, durch die sie Regen herbeizulocken wollen.

Abg. Dr. Semler (natl.): Jede persönliche Animosität gegen den Gouverneur liegt uns fern. Vor würde es mit großer Freude begrüßt, wenn der Gouverneur vor unwilligen Unternehmungen warnt, denn nichts schädigt die Kolonien mehr, als der Konflikt von Ansiedlern.

Der Etat wird bewilligt.
Es folgt der Etat für Kamerun und Togo.

Abg. Noke (Soz.):
In Kamerun hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, daß den Eingeborenen gegenüber ein Verfahren eingeschlagen wird, das zu den bedenklichsten Folgen führen muß. Von den Plantagenbesitzern werden Koalitionen gegründet, um die Löhne der eingeborenen Arbeiter zu drücken. Wenn die Arbeiter diesem Beispiel folgen und Arbeiterorganisationen gründen, dann läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß diesen Arbeitern gegenüber wieder mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen wird. Das sollte doch vermieden werden. Die Sterblichkeitsziffer der eingeborenen Plantagenarbeiter beträgt 56 Proz. Diese hohe Ziffer ist ein Beweis dafür, daß die Verhältnisse allerlei zu wünschen übrig lassen. Aus Anlaß der Ermordung des Kaufmanns Dreischaider hat wieder eine der üblichen Strafexpeditionen stattgefunden. Es hat sich aber wieder gezeigt, in wie standalös und raffiniert Weise die vorzigen Händler die Eingeborenen drangsalieren und ausnützen. Die Leute werden als Träger mangelhaft oder gar nicht verpflegt

und nach Ablauf ihrer kontraktlichen Arbeitsdauer wird ihnen der Lohn nicht gezahlt, sondern noch ihr weiteres Arbeiten verlangt. Die Leute laufen dann ohne Lohn davon. So war es auch mit den Eingeborenen, die dann in ihrem an sich berechtigten Jura den Kaufmann Dreischaider, der ihnen gerade in die Hände fiel, ermordet haben. In solchen Zuständen trägt die Regierung zweifellos die Schuld, weil sie der unerhörten Ausbeutung der Eingeborenen durch die Händler nicht ein Ende macht. Wir wünschen, daß die Regierung endlich ernsthafte entschiedene wirksame Maßnahmen ergreift, damit diesen Zuständen ein Ende gemacht wird.

Abg. Welker (Sp.) begründet einen Antrag, den für die Bekämpfung der Lepra und der Schlafkrankheit ausgegebenen Betrag um 15 000 M. zu erhöhen.

Der Etat für Kamerun und Togo wird bewilligt, der Antrag Welker angenommen.

Es folgt der Etat für Südwestafrika und für die Schutzgebiete.

Abg. Hankmann (Sp.) bemängelt das Eingreifen der Verwaltung in den schon gestern erörterten Streit um die Nachverfolgung.

Staatssekretär v. Lindequist tritt diesen Ausführungen entgegen. Material sei die Verwaltung im Recht und die Kaufmannschaft im Unrecht.

Abg. Dr. Semler (natl.): Als das System Schudmann ein Ende nahm, habe ich es begrüßt, denn wir haben jetzt in Südwestafrika einen neuen Gouverneur, der wirklich die Bedürfnisse der Kolonie kennt. Als Dernburg Staatssekretär wurde, hoffte man, daß kaufmännischer Geist in die Kolonialverwaltung einziehen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, aber immerhin hat seine Persönlichkeit von sich aus den bürokratischen Zug in der Verwaltung eingebremst.

Abg. Schwarze-Lippstadt (fast unverständlich) scheint die Haltung der Verwaltung in der Frage der Nachverfolgung zu tadeln, während **Abg. Dr. Arning (natl.)** diese Haltung in der Sache für berechtigt hält.

Abg. Ledebour (Soz.):

Nur eine kurze Anfrage. Gedenkt die Kolonialverwaltung die Verbindungen aufzuheben, durch die die am Zustand beteiligten Eingeborenen, also die Herero und einige Hottentotten, in völlige Abhängigkeit von den Farmern gebracht werden? Ich frage namentlich: wird das Verbot der Haltung von Großvieh aufrecht erhalten bleiben? Der Staatssekretär hat uns gestern gesagt: es ist nur den Eingeborenen verboten, Großvieh zu halten, denen es nicht von Gouverneur gestattet ist. Damit drehen wir uns im Kreise herum. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Rum zum Kollegen Schwarz. Er hat behauptet, daß ich die kolonialpolitische Haltung der Fortschrittler nicht scharf anfaße wie sonst. Statt sich zu befassen, daß wir angeblich unsere Kritik zu wenig gegen die Fortschrittspartei richten, läßt Herr Schwarz gut, einmal Auskunft über die eigentlichen kolonialpolitischen Wandlungen seiner Partei zu geben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Warum läßt das Zentrum es ruhig geschehen, daß der Bundesrat die Reichstagsresolution in den Papierkorb geworfen hat, die die Ausstattung der Eingeborenen mit Ländereien, groß genug für Viehhaltung, verlangt? Das Zentrum hat bekanntlich für diese Resolution gestimmt. Warum macht das Zentrum von seiner großen parlamentarischen Macht keinen Gebrauch, um diese der Gerechtigkeit entsprechende Forderung, die es einmals eifrig mit erhoben hat, bei der Regierung durchzusetzen? (Sehr gut! h. d. Soz.) Bitte, Herr Kollege Schwarz, beantworten Sie sich! (Gelächter im Zentrum, Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Goller (Sp.) wünscht Ausdehnung der Selbstverwaltung in Südwestafrika.

Abg. Dr. Wagner (konf.) billigt und rechtfertigt die Haltung der Verwaltung in Sachen des Nachverfolgungstreites.

Abg. Dove (Sp.) polemisiert gegen den Vorredner.

Staatssekretär v. Lindequist: Wir haben in Südwestafrika eher zu wenig als zuviel Polizei. — Es ist doch ein recht bedeutender Unterschied — trotz Herrn Ledebour — ob generell den Eingeborenen verboten ist, Vieh zu halten, oder ob die Viehhaltung an die Genehmigung des Gouverneurs gebunden ist. (Sehr wahr! rechts.) Tatsächlich ist der Viehbestand der Eingeborenen gar nicht so unbedeutend. — Herr Ledebour beruft sich gern auf englische Vorbilder. In der Tat können wir viel von den Engländern lernen. Und da möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß auch in der britischen Kolonie Rhodesia die Eingeborenen nicht ohne Genehmigung des Gouverneurs Großvieh halten dürfen. (Hört! hört!)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Staatssekretär sagte nochmals, es handele sich um kein Verbot. Wenn man aber die Viehhaltung von der Genehmigung des Gouverneurs abhängig macht, so ist das Verbot die Regel und die Genehmigung die Ausnahme. Was würde man sagen, wenn man in Deutschland in ähnlicher Weise die Viehhaltung von der Genehmigung des Landrats abhängig machen würde. Für dieses indirekte Verbot ist auch nicht die Spur einer Begründung geblieben. Es läuft doch prokribisch darauf hinaus, daß die Eingeborenen, denen man das Land genommen hat und die Viehhaltung mit einigen Ausnahmen verbietet, gezwungen werden, bei Farmern in Arbeit zu treten. Das ist doch nichts weiter als Hottentawerei. Sie wünschen doch immer: Deutschland in der Welt voran! In diesem Falle hätten Sie das schlechte englische Beispiel nicht nachahmen sollen.

Staatssekretär v. Lindequist erwidert, die von der Kommission gefälligen Ortsgesetze für die Beamten des Bezirkes Lüderichsbuch in Höhe von 45 000 M. wieder herzustellen.

Abg. Dr. Semler (natl.) tritt für die Ausrechterhaltung der Streichung ein. Die Beamten in Südwestafrika wären ausreichend besoldet.

Das Haus stimmt der Streichung der Ortsgesetze zu.

Der Etat für Südwestafrika und die Schutzgebiete schuld wird bewilligt.

Es folgt der Etat für Neu-Guinea und für Samoa.

Die Etats werden debattelos genehmigt, ebenso das Etatsgesetz und der Hauptetat.

Die Sitzung wird verlegt auf Dienstag, mittags 12 Uhr. (Reichseisenbahnetat, Reichseisenbahnamt, Reichsfinanzamt.)

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung, Freitag, den 24. März, vorm. 10 Uhr.
Am Ministerisch: Sydow

Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Vergeat.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es ist mir verübelt worden, daß ich bei der zweiten Lesung so eingehend zum Vergeat gesprochen habe. Wenn wir hier soviel reden müssen, so sind die Parteien daran schuld, die uns aus fast allen Kommissionen ausgeschlossen haben. Ferner müssen Sie auch bedenken, daß wir über 80 Jahre aus diesem Hause ausgeschlossen gewesen sind. Wenn man darauf hinweist, daß wir nur 8 Abgeordnete sind, so repräsentieren wir doch 589 522 Stimmen,

während die 208 konservativen Abgeordneten nur 418 000 Stimmen

vertreten. Danach hätten wir also eigentlich das Recht, mindestens ebensoviel zu sprechen, wie die gesamte konservative Fraktion. Ferner müssen Sie berücksichtigen, daß die Vermittler der Armen, die wir vertreten, selbstverständlich mehr Beschwerden haben als Ihre Wähler. Das Tempo, in dem der Etat hier erledigt wird, ist ein geradezu polizeiwidriges Automobilt tempo. Wenn ein Redner von uns mal drei Stunden spricht, so hat er noch nicht den 500sten Teil des Materials vorgebracht, das und zugeht. Gehen wir auf die einzelnen Fälle nur kurz ein, so spricht Herr von Pappenheim von „beweislosen Behauptungen“, führen wir aber in jedem Falle einen so Lückenlosen Beweis, wie gestern mein Freund Veinert, so sagen Sie: die Zeit des hohen Hauses — im Hinblick auf den mangelhaften Besuch könnte man es besser hohles Haus nennen (Gellerkeit) — ist zu kostbar. Bewiß, aber noch kostbarer ist

Leben und Gesundheit unserer Arbeiter,

insbesondere der Bergarbeiter. Ich könnte mein Material aus der zweiten Lesung noch ins ungeheure vermehren. Ich will es nicht, sondern will nur erwähnen, daß mir heute noch wieder ein Schreiben zugegangen ist, wo u. a. aus dem Mansfelder Gebiet von einem reichstreuen Sicherheitsmann berichtet wird, in dessen Revier in 3 Wochen 5 Todesfälle und 2 schwere Verletzungen vorgekommen sind, und der sich geweigert hat, zweimal seine Abteilung zu revidieren. (Hört, hört! h. d. Soz.) — Herr Sauer mann hat dann von einem Flugblatt im Saarrevier gesprochen, das Verleumdungen und Lügen enthalten sollte. Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben. Er beruft sich nur darauf, daß der Arbeiterratsrat der Zeche Königsgrube eine Erklärung herausgegeben hat, worin dies behauptet ist. Diese Erklärung des Arbeiterratsrat ist aber, wie eine mir vorliegende Erklärung der Sicherheitsmänner und Ausschussmitglieder des Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsvereins von der Zeche Königsgrube beweist, lediglich

unter dem Druck der Verwaltung

zustande gekommen. Die betreffenden Mitglieder des Ausschusses lehnen jede Verantwortung für diese Erklärung ab. (Hört, hört! h. d. Soz.) Also es sind nicht einmal Sozialdemokraten, sondern Hirsch-Dunkersche, die gegen diese gemeine Fälschung der Zeche protestieren. — Herr Hirsch-Essen hat dann am 20. März gesagt, er könne beweisen, daß die Sicherheitsmänner keineswegs weiße Taube seien, sondern drauf und dran seien, sich zu einer Inaktiven Salbe zu verfabren. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband habe eine gedruckte Anweisung für die Leute ausgegeben, da seien ihnen Dinge als Aufgabe angewiesen, um die sie sich eigentlich gar nicht zu kümmern hätten und da sei direkt ausgesprochen, daß die Sicherheitsmänner bei Verfehlungen der Arbeiter und Steiger gewissermaßen ein Auge zudrücken sollen, gegen jedes Versehen der Verwaltung aber aufs schärfste vorgehen wird. Ich nehme an, daß sich Herr Hirsch-Essen selber hat düpiert lassen, er hat offenbar aus der „Kölnischen Zeitung“ geschöpft, die diese Anweisung des Bergarbeiterverbandes in der

unverschämtesten Weise frisiert und gefälscht

wiedergegeben hat. So heißt es in der Anweisung „das Verhalten des Sicherheitsmannes den Steigern gegenüber wird ein ganz anderes sein müssen, als den höheren Beamten der Bergbehörde gegenüber“, das bringt der Bericht der „Kölnischen Zeitung“, läßt aber den anschließenden Satz fort: „der Steiger wird ihn ja in den allermeisten Fällen begleiten und ihm über alle Sachen Auskunft geben. Der Sicherheitsmann wird nun auf den allermeisten Fehen herausfinden, daß der Steiger fast gar nichts im Revier zu sagen hat, sondern nur dazu dient, das auszuführen, was seine Vorgesetzten sagen“. Dieser Satz, der dem Vorfach einen ganz anderen Sinn gibt, ist fortgelassen. Ebenso ist für alle anderen von Herrn Hirsch-Essen zitierten Sätze nachzuweisen, daß sie vollständig aus dem Zusammenhang herausgerissen und entstellt wiedergegeben sind. Ausgelassen ist auch der wichtigste Satz: „Der Sicherheitsmann muß selbstverständlich seine Arbeit in musterhafter Ordnung halten und die bergpolizeilichen Vorschriften über die Tätigkeit der Sicherheitsmänner beachten müssen, ist selbstverständlich.“ (Hört, hört! h. d. Soz.) Ich lege die Schrift des Bergarbeiterverbandes auf den Tisch des Hauses, damit Sie sich selbst überzeugen, in wie unerhörter Weise der Bericht der „Kölnischen Zeitung“ gefälscht ist. Solche ungläublichen Lügen und Fälschungen können wir doch nicht unwiderrprochen ins Land hinausgehen lassen. Angesichts dieser standalösen Kampfschwärze kann ich nur mit dem alten Fröh sagen: „Und mit solchem Gefindel muß ich mich herumschlagen.“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Imbusch (Z.) betont dem Vorredner gegenüber, daß die praktischen Bergarbeiter im Zentrum sich seit Jahren den Interessen der Bergarbeiter angenommen hätten.

Abg. Hirsch-Essen (natl.) bleibt bei seiner Behauptung, daß der alte Bergarbeiterverband den Sicherheitsmännern Aufgaben zumute, deren Erfüllung sie in Konflikt mit dem Gesetz bringen müßte.

Abg. Dr. Maurer (natl.) kritisiert einen Vertrag des Fiskus mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft betr. die Verwendung der überschüssigen Energie der staatlichen Elektrizitätswerke an der Saar.

Minister Sydow erwidert, die öffentlichen und kaufmännischen Interessen seien durch den Vertrag genügend gewahrt.

Abg. Dendel v. Donnerstern (Z.) polemisiert gegen frühere Ausführungen des Abgeordneten Korfanth.

Hierauf wird ein Schlusstritt angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz.) bedauert, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, die Ausführungen der Abgeordneten Imbusch und Hirsch-Essen zu widerlegen.

Abg. Hirsch-Essen (natl.): Ich habe das Buch des Bergarbeiterverbandes selbst studiert.

Abg. Hoffmann (Soz.): Aber nicht verstanden. (Große Gellerkeit.)

Abg. Veinert (Soz.) bedauert, verhindert zu sein, über den Fonds von 80 000 M. für Unterstützung der Invaliden des Glauhaltschen Knappschaftsvereins zu sprechen.

Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.) polemisiert gegen Ausführungen des Abgeordneten Hammer aus der zweiten Lesung.

Abg. Dr. Schrey (Sp.) wünscht Einschränkung des Verschleusrechts im Interesse der kleinen Schiffer.

Abg. Dr. Seyda (Wolke) führt Beschwerde über Drangsalierung des polnischen Genossenschaftswesens durch die Behörden.

Minister Sydow antwortet sich entgegenkommend in der Frage des Verschleusrechts. Gegen die polnischen Genossenschaften müsse vorgegangen werden, soweit sie sich an der großpolnischen Agitation beteiligten.

Abg. Veinert (Soz.): Ich hatte in der zweiten Lesung vor einer Veleitigung des Grafen Dendel von Donnerstern an einem Warenhaus am Alexanderplatz gesprochen. Das muß ich zu rücknehmen; ich habe mich geirrt und habe den Grafen Hugo von Dendel-Donnerstern gemeint, der zugleich mit dem Fürsten Egon von Fürstenberg und dem Herzog von Hest an einem Bankgeschäft beteiligt ist unter der Firma Handelsvereinigung Aktien-

gesellschaft, das ihrerseits das Warenhaus Wolf Wertheim finanziert hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meinen damaligen Vorwurf gegen das Zentrum, daß seine angebliche Mittelstandsfreundlichkeit mit den Tatsachen nicht übereinstimme, muß ich aber aufrechterhalten. Zum Beweise meiner Behauptung stelle ich fest, daß das Zentrumsmittglied im Abgeordnetenhaus Freiherr v. Tzwidel-Stobren, Präsident des Westfälischen Bauernvereins und Erzengel Freiherr Ignaz von Landsberg-Steinfurt, Mitglied des Herrenhauses, Kommanditist des Warenhauses Firma Theodor Althoff in Dortmund sind, das Filialen in vielen westfälischen Städten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Hammer (L.) führt Beschwerde über die Konkurrenz der Gefängnisarbeit für das Handwerl.

Abg. Dr. Lohmann (natl.) stellt an Hand von Bilalen fest, daß der „Ostpreussische Volksfreund“, den der Minister als unparteiisches Blatt bezeichnet habe, einseitig konservative Parteilichkeit treibe.

Abg. Cassel (Sp.) protestiert gegen eine frühere Behauptung des Abg. v. Erffa, daß die Freisinnigen mit der Sozialdemokratie ein Bündnis auf Tod und Leben abgeschlossen hätten. Dagegen hätten sogar konservative Abgeordnete die Wahlhilfe von Sozialdemokraten angenommen. Wir behalten uns die Freiheit der Einschließung für jeden Fall vor. (Bravol links.)

Abg. Seyda (Wolke) kommt auf den Fall eines Schuhmanns im Posen zurück, der aus dem Briefkasten eines Polen Briefe gestohlen hatte. Der Staatsanwalt hat ein Einschreiten abgelehnt, da ein Diebstahl nicht vorliege, weil der Schuhmann die Briefe vorher wieder in den Kasten getan habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Polizei wichtige Briefe sind aber zweifellos von dieser zurückgehalten worden. Jedenfalls handelt es sich im Sinne jedes anständigen Menschen um einen ganz gemeinen Diebstahl seitens des Polizeibeamten. (Bravol bei den Polen.)

Minister v. Dallwitz: Gegenüber der Anfrage vom gestrigen Tage, ob die Regierung mit dem auflärenden Artikel der „Neuen Korrespondenz“ über die Reichsfinanzreform etwas zu tun habe, stelle ich fest, daß dieser Artikel von mir veranlaßt worden ist. Er hat aber lediglich eine objektive Feststellung von Zahlen über die Wirkungen der Steuern enthalten. — Um den Fall des Schuhmanns, der polnische Briefe entwendet haben soll, was er entschieden leugnet (Abg. Hoffmann (Soz.): Ein jeder Spitzbube leugnet!) aufzuklären, hat der Regierungspräsident gegen ihn das Disziplinarverfahren eröffnet, wobei die Zeugen eidlich vernommen werden.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Wie Herr Cassel möchte auch ich betonen, daß von einem Bündnis zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten keine Rede sein kann. Unsere Taktik für die nächsten Wahlen wird durch den Parteitag bestimmt werden, sie wird jedenfalls darauf hinauslaufen, daß wir in der Hauptwahl eigene Kandidaten aufstellen und in der Stichwahl für den Kandidaten stimmen, den wir für das kleinere Übel halten. Aus den Ausführungen des Herrn v. Erffa ging die ganze Angst der Junker vor der Abrechnung bei den nächsten Wahlen hervor. Wenn 1907 ein Teil unserer Genossen für den Konservativen v. Wolke eingetreten sind, so lag das jedenfalls daran, daß damals Freisinnige und Konservative kaum zu unterscheiden waren. Offiziell ist nur in Hildesheim ein Konservativer mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt worden, der hatte sich aber auf unsere Mindestforderungen verpflichtet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Der Artikel der „Neuen Korrespondenz“ enthält allerdings nur Zahlen, aber diese sind einseitig tendenziös zusammengestellt zur Bekämpfung der Gegner der Finanzreform. (Sehr wahr! links.) Wenn der Minister zugeben hat, daß der „Ostpreussische Volksfreund“ die Aufgabe habe, Sozialdemokratie und Polen zu bekämpfen, so hat er offenbar vergessen, daß wir vor dem Gesche alle gleichberechtigt sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Anlagematerial gegen das Ministerium des Innern hat sich inzwischen so ungeheuer angehäuft, daß ich stundenlang reden müßte, wenn ich auch nur das wichtigste vorbringen wollte. Ich will darauf verzichten mit Rücksicht auf die Geschäftsloge, nicht etwa mit Rücksicht auf die schulmeisterlichen Ermahnungen, die uns gestern hier zuteil wurden. Lieben

solch dreiste Ueberhebungen lachen wir

nur. Wenn wir hier häufig reden müssen, so liegt das nur daran, daß Ihr Sündenregister so ungeheuer groß ist und daß sie fortgesetzt gegen uns Vorwürfe erheben, die wir dann natürlich zurückweisen müssen. Ich erinnere an die Rede des Abg. Gronowski bei der zweiten Lesung. Auf sie brauche ich nicht einzugehen, weil sie so tief stand, daß sie nur auf die Dummten berechneter war. Wo Gründe vorliegen, kommt das Zentrum immer mit persönlichen Beschimpfungen. In Verdächtigung der Gegner wird die katholische Presse von keiner anderen übertroffen, das hat selbst Herr Boehm gesagt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will es unterlassen, hier im einzelnen zu schildern, wie die Sozialdemokraten als minderen Rechts behandelt werden, wie man gegen sie mit Heinerich Kadelstichpolitik andämpft. Das zeigt sich beim Vereinsgesche, beim Kampfe gegen die Jugend in der ganzen inneren Verwaltung. Fortgesetzt ruft man nach Ausnahmegefehen gegen die Sozialdemokratie. Fahren Sie nur so fort, wir geben dabei sehr gut. Streikende Arbeiter werden fortgesetzt wegen der geringfügigsten Vergehen zur Verantwortung gezogen. Was würde einem organisierten Arbeiter geschehen, wenn er eine Zeitung tät, wie sie sich neulich in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ fand: „Es bleibt nur die Möglichkeit, sich endlich emporzuraffen, zu freihem von des Gedankens Blasse nicht angekränkelten Entschluß. Die großen Fragen der Zeit werden nicht durch Reden und humanitäre Beschlüsse, sondern

durch Blut und Eisen

entschieden werden.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Hiergegen geht niemand vor, wenn aber ein Streikender Kollegen ersucht, den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen, so kann er einer harten Freiheitsstrafe sicher sein. Die ganze Willkür der Verwaltung zeigt sich auch in der Behandlung der Ausländer. Diese Ausweisungen richten sich hauptsächlich gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. So wurden 7 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes lediglich wegen dieser Mitgliedschaft ausgewiesen. Im österreichischen Parlament ist bereits angeregt worden, man solle gegen die Deutschen ebenso verfahren, wie Preußen gegen die Oesterreicher, aber der dortige Minister des Innern ist zu vornehm dazu, gleiches mit gleichem zu vergelten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gegen diese systematische Verletzung von Geseh und Gerechtigkeit den Bürgern eines befreundeten Staates gegenüber sollten alle ihre Stimmen erheben, denen an der Wahrung des preussischen Ansehens im Auslande gelegen ist. Ein besonderer Waa ist gegen die Tscheden im allgemeinen ergangen, der der preussischen Ausweisungsbarderei die Krone aufsetzt, denn es handelt sich hier nicht um individuelle Ausweisungen, sondern um eine Achtung einer ganzen Nationalität des befreundeten österreichischen Staates. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso darf derweise ich die von Herrn Cassel erwähnte Ausweisungspraxis gegenüber russischen Juden. — Ueber die Behauptung des Ministers in der zweiten Lesung, wir jüdischen Beamte durch Verfehlung zu Spitzeldiensten für die Sozialdemokratie zu verleiten, hat sich mein Parteigenosse Webel schon in einem offenen Brief im „Vorwärts“ mit dem Minister auseinandergesetzt. Webel schrieb da: „Die moralische Entrüstung, mit der der Minister uns aus einem

ist der Ratwehr

einen Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

einem Strich drehen will, kann nur unser Lächeln erringen. Erst wenn es Ihnen gelingen sollte, aus der politischen Polizei ein Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe zu machen, könnte ich Ihre Entrüstung ernst nehmen. Einweilen warte ich mit Milde auf, ob es Ihrem Einfluß gelingt, daß die Berliner

Polizei-Beschwerden wegen ihrer geistlich festgestellten zahlreichen Vergehen gelegentlich der Raubzüge Kravalle zur gerichtlichen Verantwortung

gezogen werden. (Abg. Hoffmann: Der Wäcker Herrmann!) Damit komme ich auf Raabitz. (Unruhe rechts.) Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist. Sie wollten Raabitz als Schlagwort bei den nächsten Wahlen benutzen, nun sehen Sie, daß Ihnen die Felle fortgeschwommen sind. Das inzwischen erschienene schriftliche Urteil beweist die Wahrheit all dessen, was wir hier über die Polizei gesagt haben. Das Urteil faßt selbst alle Widerungsgründe im Interesse der Polizei zusammen, kommt aber trotzdem bei aller Vorsicht in der Wertung der Zeugenaussagen — das möge sich Herr v. Zedlitz merken! — zu der Feststellung, daß in zahlreichen Fällen ruhige Leute, die harmlos ihres Weges gingen, zu Zeiten, wo Ansammlungen gar nicht in Betracht kamen, in menschenleeren Straßen beschimpft und niedergeschlagen wurden. Redner verliest Teile des Urteils. In einem Falle rief ein Schuhmann, als man einen am Boden Liegenden wegtragen wollte: „Paß! doch den Hund verbluten!“ (Abg. Hoffmann: Und so was nennt man Schugleute!) Eingehend wird in dem Urteil auch der

Nord an dem Arbeiter Herrmann

geschildert. Für mich steht fest, daß man die schuldigen Schulleute nicht finden will (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), sonst müßte das längst möglich gewesen sein angesichts des beschränkten Kreises von Personen, der hier nur überhaupt in Betracht kommt. Damit macht sich

die Polizei zum Mitschuldigen des Verbrechens.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will, trotzdem es mir sehr schwer fällt, annehmen, daß der Minister bei der zweiten Lesung noch nicht gewußt hat, was eigentlich in Raabitz vorgefallen ist. Sonst wäre es unverständlich, wie er all das hier von der Tribüne verteidigen kann. Er hat sich offenbar geirrt. Dann soll er aber auch den Mut haben, den Irrtum einzugehen.

Die durch den Irrtum zur Wahrheit reifen,
Das sind die Weisen,
Die im Irrtum verharren,
Das sind die Narren.

Herr Minister, Sie haben die Wahl (Rechtliches Drama) bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Neher-Zilist (konf.) greift die Liberalen wegen ihrer Kampfesweise gegen die Konservern von Labiau-Wehlau in der heftigsten Weise an.

Minister v. Dallwig: Ich würde auf Raabitz nicht mehr eingehen, wenn nicht inzwischen das schriftliche Urteil zu meiner Kenntnis gelangt wäre. Das Urteil stellt fest, daß die Mißgriffe der Beamten erst am 26. September einsetzten, bis dahin ist nicht das mindeste vorgekommen. Die Beamten haben vielmehr nach dem Urteil unter den schwierigsten Verhältnissen bewundernswerte Ruhe und Zurückhaltung bewahrt. Die Ansprüche an die Geduld, Pflichttreue und das Ehrgefühl der Beamten konnten nicht höher gespannt werden. (Hört, hört! rechts.) Sie mühten tagelang die rohesten Beschimpfungen, Steinwürfe und Schläge über sich ergehen lassen. Im Falle Herrmann ist sofort alles geschehen, um die Schuldigen festzustellen. Es liegt aber ein bisher unaufgeklärter Widerspruch zwischen den Zeugenaussagen, auf die sich die gerichtliche Feststellung bezieht und den Angaben der Unfallstation, zu der Herrmann gebracht wurde, vor. Nach den Zeugenaussagen soll Herrmann etwa um 9 Uhr in menschenleerer Straße getötet sein. Nach den Eintragungen in das Krankenbuch der Unfallstation ist er bereits 8 1/2 Uhr von dort nach dem Krankenhaus Raabitz geschafft worden, jedoch erst bald nach 7 Uhr verletzt sein müßte. Zu einer Zeit, wo tatsächlich offener Aufruhr in der Gegend tobte. (Abg. Hirsch: Im Urteil steht das Gegenteil.) Jedenfalls steht fest, daß das traurige Schicksal des Herrn Herrmann allseitige Teilnahme und Bedauern mit Recht hervorgerufen hat. Andererseits ist es wiederum ein erneuter Beleg dafür, welche schwere Verantwortung all die auf sich laden, die bei solchen Gelegenheiten (Abg. Hoffmann: so vorgehen wie die Schugleute!) durch Wort und Schrift aufreizend wirken. (Rechtlicher Beifall rechts. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rissen (Däne) führt Beschwerde über Verwaltungsmissbräuche gegenüber den Dänen in Nordhollands.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Götting (Sp.) protestiert zur Geschäftsordnung lebhaft dagegen, daß seinen Freunden die Antwort auf die Angriffe des Abg. Neher-Zilist unmöglich gemacht werden.

Es folgt der Etat der direkten Steuern.

Abg. Hirsch (Soz.)

kommt auf die Ausführungen des Finanzministers über die Verbandsbeiträge der Gemeindeglieder aus der zweiten Lesung zurück. Der Minister hatte gesagt, diese Arbeiter müßten an die Gewerkschaft erheblich mehr bezahlen, als die Rentner mit einem Einkommen von 900 M. Steuern zahlen. Nach einer mir vorliegenden Zusammenstellung — sagte der Minister — müßten die Geringverdienenden 25 M. und die Bestverdienenden 72 M. bezahlen. Demgegenüber liegt ich auf Grund des mir von dem Gemeindegliederverband zur Verfügung gestellten Materials fest, daß in diesem Verband die Beiträge von 15—40 Pf. pro Woche, also 7,80 M. bis 20,80 M. schwanken. Für die Beiträge erhalten die Mitglieder Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegezeit, Arbeitsvermittlung, in Sterbefällen sowie bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeits- und Organisationsverhältnis wie aus der Arbeiterversicherung. Das wöchentliche erscheinende Verbandsorgan wird allen Mitgliedern gratis geliefert. In verschiedenen Filialen werden auch Ortszuschläge von 5 bis 15 Pf. pro Woche erhoben, dafür aber auch außerordentliche Unterstüßungen gewährt. Einschließlich der Ortszuschläge differiert also der Jahresbeitrag zwischen 7,80 und 28,60 M. Demnach stimmen also die Angaben des Ministers mit den Tatsachen nicht überein. Uebrigens hat im Herrenhause einmal ein Oberbürgermeister gesagt: „Der Arbeiter muß für seine Partei sehr viel zahlen, aber er tut es freudig und gern, denn er sagt sich: es kommt mir doch wieder zugute.“

Das war der Oberbürgermeister Dr. Lentze.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso hätte Herr Lentze auch hier darauf hinweisen müssen, daß durch den Einfluß der Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter wesentlich aufgehebert werden. Zum Schluß muß ich noch betonen, daß ein Vergleich zwischen den Beiträgen zur Gewerkschaft und den Steuern für den Staat überhaupt nicht angebracht ist. Ebenso könnte der Minister die Zahlungen für Lebensversicherungen usw. mit den Steuern vergleichen. Diese Leistungen nehmen die Arbeiter freiwillig auf sich, um ihre Existenzbedingungen zu verbessern. (Rechtlicher Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lentze: Der Ausgang der damaligen Debatte war der: Die Sozialdemokratie wehrt sich dagegen, die Rentner bis 900 M. zu neuen Steuern heranzuziehen, während sie ihrerseits in den Gewerkschaften die Arbeiter nicht schont. Wenn man vergleicht, was der Staat für die Steuern an wirtschaftlichen und idealen Vorteilen bietet, so ist ein Vergleich zwischen den Steuern und den Gewerkschaftsbeiträgen wohl berechtigt. Was die Zahlen anlangt, so habe ich damals nicht von den Gemeindegliedern allein, sondern von allen Gewerkschaften gesprochen.

Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen des Abg. Lucas (konf.) wird ein Schlußantrag der Rechten angenommen.

Abg. Hirsch (Soz.): Zu meinem Bedauern bin ich verhindert, dem Minister nachzuweisen, daß er in seiner Rede lediglich von den Gemeindegliedern gesprochen hat. Er mag auch andere Organisationen gemeint haben, gesagt hat er das nicht. Die Fortsetzung der dritten Lesung wird auf Montag, 10 Uhr, vertagt.

Schluß 6 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Ein Totschläger seines Kindes vor Gericht.

Grauerregende Mißhandlungen eines vierjährigen Kindes, welches schließlich von dem eigenen Vater zu Tode geprügelt worden war, liegen einer Anklage wegen Totschlags zugrunde, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Aus der Untersuchungshaft wurde der Arbeiter Richard Söllner vorgeführt.

Der Angeklagte ist österreichischer Staatsangehöriger. Er stammt aus der Gegend von Lustig und ist schon einmal wegen Körperverletzung verurteilt. Im Jahre 1906 lernte er eine Arbeiterin Johanna Stanel kennen, mit der er ein Liebesverhältnis einging. Aus diesem ging ein im Juni 1907 geborenes Kind hervor. Die kleine Johanna wurde herumgeführt und geknufft, wo es nur ging. Schon in ihrer böhmischen Heimat mußte das Kind ein wahres Martyrium durchmachen, so daß die eigene Schwester des Angeklagten die Absicht hatte, ihn wegen der Mißhandlungen des Kindes anzugehen. Als der Angeklagte dann im November vorigen Jahres mit der Stanel nach Berlin überfährte und hier in der Wilhelmstr. 27 eine Wohnung mietete, nahm die Leidensgeschichte des Kindes ihren Fortgang. Wiederholt hörten Hausbewohner jämmerliche Klagergeschreie aus der S.ichen Wohnung ertönen. Da Söllner wie auch die Stanel des Morgens in aller Frühe zur Arbeit gingen und erst am Nachmittage zurückkehrten, war das Kind den ganzen Tag sich selbst überlassen. Wenn Söllner dann des Abends angetreten nach Hause kam, rief er wiederholt das Kind aus dem Bett und schlug es mit einem Lederriemen, wohn er gerade traf. Am ersten Weihnachtsfeiertage hatte der Angeklagte mit der Stanel schon nachmittags die Wohnung verlassen, in welcher das Mädchen zurückbleiben mußte. Ansehend aus Hunger hatte das Kind von den an dem Weihnachtsbaum befestigten Nüssen gegessen und dabei verheerend den ganzen Raum umgerissen. Das Kind kroch dann vor Angst in das Bett. Als Söllner gegen 8 Uhr morgens nach Hause kam und den umgestürzten Baum bemerkte, rief er das Kind aus dem Bett und schlug es mit einem Riemen derart, daß es am nächsten Tage vollständig mit Schwielen bedeckt war.

Das schrecklichste Mißhandlungsverbrechen, welches zu der vorliegenden Anklage führte, beging der Angeklagte am Abend des 28. Januar. Das Kind war sich wieder den ganzen Tag selbst überlassen gewesen und hatte aus Hunger ein für den Angeklagten zum Abendbrot bestimmtes Stöcklein aufgegessen. Aus Wut hierüber zog S. das schlafende Kind aus dem Bett, trug es in die Küche und schlug es hier erst mit der Hand. Dann faßte er das unglückliche Wesen an den Beinen, so daß es mit dem Kopf nach unten hing und schlug den Kopf mehrmals gegen das Fensterspind, wobei er den Körper als eine Art Keule benutzte. Das Kind gab bei dieser entsetzlichen Mißhandlung nur leise Wimmernde von sich. Mit viehischer Rohheit warf er dann das aus Nase und Mund blutende Kind auf den Boden und trat mit den Füßen auf dem Leib des Mädchens herum. Hierbei rief er: „Du Mistvieh, dich bringe ich um!“ Als die Stanel dem Wüterich in die Arme fiel und ihn bot, doch von dem Kinde abzulassen, drohte er ihr, daß er sie ebenfalls umbringen würde, wenn sie nicht weggehe. — Nach dieser entsetzlichen Martern warf der Angeklagte das Kind auf ein Brettergestell, wo es die Nacht über zubringen mußte. Er selbst wußte dann die entstandenen Wunden an, ebenso reinigte er das Fensterspind von den dort befindlichen Wutschöpfen.

Die schweren Körperverletzungen, die das Kind bei der rohen Mißhandlung erlitten hatte, verminderte der Angeklagte dadurch zu heilen, daß er einfach ein Stückchen Heftpflaster auf die Wunden klebte. Das Mädchen kränkelte immer mehr und mehr, ohne daß es S. oder die Stanel für nötig hielten, einen Arzt hinzuzuziehen. Am 2. Februar konnte das Kind keine Nahrung aufnehmen. Als es am Tische saß, fiel es plötzlich nach vornüber und verschied. — Bei der Obduktion, welche die Gerichtsärzte Dr. Hoffmann und Dr. Stoermer vornahmen, ergab sich als Todesursache eine infolge der Körperverletzungen entstandene Gehirnblutung.

In seiner Vernehmung gibt der Angeklagte zu, das Kind öfter geschlagen zu haben. Ueber den zur Anklage lebenden Vorfall will er angeblich nichts wissen, da er hart betrunken gewesen sei. — In der Beweisaufnahme bestätigt die Zeugin Stanel den oben geschilderten Vorfall, welcher zu dem Tode des Kindes geführt. Auch andere Zeugen bezeugten, wie das bedauernswerte Kind unter den sorgföhrlichen Mißhandlungen des Vaters körperlich verfiel. Nach dem übereinstimmenden Gutachten der Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Stoermer hat die Summe der Mißhandlungen den Tod des Kindes verschuldet. Die sorgföhrlichen Verwundungen, Schmerzen, Blutverluste und Veranstellungen hatten das Nervensystem des Kindes erschöpft; jeder einzelne Schlag mit der Schmale des Riemens erschütterte das Nervensystem, und die brutale Mißhandlung vom 28. Januar hat dem Kinde den Rest gegeben. — Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalts Leo Kempner, ob nicht anzunehmen sei, daß der Angeklagte am 28. Januar im Zustande finstler Trunkenheit gehandelt haben müsse, erklärte Medizinalrat Dr. Stoermer: Es handelte sich in diesem Falle um eine direkte Bestialität, und man müsse zur Ehre des Menschengeschlechts annehmen, daß der Angeklagte unter dem Einfluß des Alkohols gehandelt habe. Für finstler Trunkenheit habe die Verhandlung keinen Anhalt gebracht. — Der Verteidiger verwies in dieser Beziehung auf einen Brief, den die Schwester des Angeklagten an diesen geschrieben hatte; in diesem Brief es unter anderem: „Dein unglückliches Pflaster, Deine unglückselige Trunksucht hat Dich wieder einmal in diese Lage gebracht.“ Der Staatsanwalt Tolkli plädierte auf Verlesung der Schuldfrage wegen Totschlags unter Verneinung der mildernden Umstände. — Der Offizialverteidiger, Rechtsanwalt Leo Kempner, hat dagegen die Geschworenen, nur die Schuldfrage nach Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung zu bejahen. Auch zur Verneinung mildernder Umstände liege kein Grund vor, da eben der Angeklagte als ein Opfer des Alkohols zu betrachten sei.

Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter Verlesung mildernder Umstände.

Staatsanwalt Tolkli beantragte die geschliche Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus.

Das Gericht konnte sich jedoch mit Rücksicht auf die damalige Trunkenheit des Angeklagten nicht entschließen, auf diese Strafe zu erkennen und verurteilte ihn nur zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Aus Industrie und Handel.

Die Fusionen von Berliner Kohlenhandelsfirmen nehmen ihren Fortgang. Nach dem erst vor wenigen Tagen erfolgten Zusammenschluß von Kohlenfirmen unter der Führung des Stinnes-Konzerns ist bereits wieder eine Fusion mehrerer Kohlenhandlungen zu verzeichnen. Unter der Firma „Union-Rohleit-Verkaufsgesellschaft“ vereinigten sich sechs Kohlenfirmen, und zwar Gebr. Schafer, Max Dichtenstein, W. Kdermann, Stok u. Co., H. Kdermann, A. Schreiber und Gustav Waerwald. Wie die Handelspresse mitteilt, befaßt sich der bisherige Abich der beteiligten Unternehmungen auf eine Verkaufsmenge von 300 000 bis 400 000 Tonnen. Es wird angenommen, daß diese Vereinigung dem Verlangen entspringt, die Selbstständigkeit gegenüber dem Stinnes-Konzern zu wahren, dessen Kohlenhändler-Aktiengesellschaft gleichfalls ein umfangreiches Geschäft in Preußen betreibt. Nach weiteren Angaben soll Stinnes noch die Firma Gebrüder Werber & Ruch, in Rixdorf gekauft haben und mit anderen Handelsfirmen in Uebereinkunftverhandlungen stehen. Vielleicht wird mit der Gründung der Union-Rohleit-Verkaufsgesellschaft auch der Plan verfolgt, durch den Zusammenschluß ein wertvolles Fusionsobjekt für Stinnes zu werden. In der Praxis hat sich oft genug gezeigt, daß der Kampf von Händlern und Industriellen um Unabhängigkeit gegen eine

überlegene Konkurrenz überraschend schnell ein Ende nahm, wenn die Preisgabe der Unabhängigkeit ausreichend bezahlt wurde.

Keine Erhöhung der Roheisenpreise. Aus Köln wird telegraphiert: In der heutigen Sitzung des Roheisenverbandes berichtete die Verbandsleitung über die Marktlage. Der Eingang an Aufträgen ist gegen die Vormonte lebhafter geworden, so daß die Verbandswerke über einen befriedigenden Bestand an Aufträgen verfügen. Absatz und Versand sind gut, obwohl die infolge der hohen Erzeugnisse erheblich gestiegenen Selbstkosten eine Erhöhung der Roheisenpreise rechtfertigen, sah die Hauptversammlung mit Rücksicht darauf, daß der Bedarf für 1911 nahezu gedeckt ist, davon ab, einem aus dem Kreise der Mitglieder eingebrachten Antrag auf Erhöhung der Roheisenpreise stattzugeben.

Zur Förderung der Moorkultur. Die als Moorböden und Oedländer anzusehenden Flächen des Deutschen Reiches haben eine Größe wie ungefähr das Königreich Württemberg. Das Reich hat also das größte Interesse daran, diese bedauerlichen Flächen zu erschließen, denn sie vermögen Abertausenden Gelegenheit zur Arbeit und Ernährung zu geben. Bis jetzt kann man die Moorböden selbst ja schon durch Ausschleusen des Torfes nutzbar machen, denn der Torf findet die mannigfaltigste Verwendung, als Torfstreu, Torfmaul u. dgl. Torf hat aber wegen seiner großen Wasserhaltigkeit nur einen sehr beschränkten Heizwert, und da unsere Heizungen fast immer für Kohlen eingerichtet sein müssen, ist die Benutzung des Torfes sehr beschränkt. Wehe und mehr geht man deshalb dazu über, die Torfböden durch Kanalisierung trocken zu legen und für landwirtschaftliche Zwecke zu benutzen. Damit wächst die Anbaufläche für Getreide und Fleisch. Der ganze Moorbestand des Reiches beläuft sich nach der Berechnung des Vereins zur Förderung der Moorkultur in Deutschland auf 2 294 000 Hektar gleich 4 1/2 Proz. der Gesamtfläche. Von diesem Moorboden sind nur sehr kleine Flächen kultiviert. Außer den Mooren gibt es aber noch Oedländer, Böden, die zwar keine eigentlichen Moore sind, deren natürliche Vegetation den Mooren aber sehr nahe steht. Ihre Umfang wird auf 2 Millionen Hektar = 3,7 Proz. der Gesamtfläche geschätzt. Davon würden sich etwa 1 1/2 Millionen Hektar zum Anbau eignen. Die kulturfähigen Moore und Oedländer würden bei entsprechender Ausnutzung im Jahre 162,0 Millionen Doppelzentner Kleegrassheu liefern, also eine Futtermenge, mit der man 2 248 000 Stück Großvieh ernähren könnte. Bei einer ausschließlichen Nutzung der Moore als Weideland würden die Moore nicht weniger als 9 024 000 Doppelzentner Vieh-Lebendgewicht liefern können.

Aber noch anders können die Moore und Oedländer für die Kultur nutzbar gemacht werden. Der Chemiker Prof. Frank in Berlin hat eine Erfindung gemacht, die die Verwertung des Torfes ermöglicht. Das gewonnene Gas wird zum Betriebe von Motoren verwendet. Die Siemens-Schuckert-Werke haben kürzlich ein Elektrizitätswerk in Niedersauer errichtet, bei dem die Elektrizität aus dem Torfgas gewonnen wird. Jedenfalls hat das deutsche Volk Interesse an der Verwendung dieses Braunkohles.

Die schweizerische Uhrenindustrie hat im Jahre 1910 wieder einen Aufschwung erfahren, indem von den Kontrollämtern 796 695 goldene (1909: 628 728) und 2 678 583 (2 301 409) silberne Uhrgehäuse abgestempelt wurden, aber das Maximum von 1906 (818 565 bzw. 3 408 181) ist damit noch lange nicht erreicht. Der Wert der 1910 abgestempelten goldenen Uhrgehäuse betrug 44 Millionen Frank, der der silbernen 7 1/2 Millionen Frank. Im Ufuhrenhandel betrug die Einfuhr von Uhren und Uhrenbestandteilen insgesamt 4 785 000 Frank (1909: 3 883 217), die Ausfuhr 147 017 032 Frank (128 976 155 Frank). Die letztere, an sich nicht bedeutend, hat eine Erhöhung um rund 600 000 Frank, die Ausfuhr aber eine solche von 21 Millionen Frank erfahren.

Aus der Frauenbewegung.

Das Schicksal einer armen Arbeiterfrau

Hat kürzlich in England ein gewisses Aufsehen erregt. Frau Annie Woodmore wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich ihre Kinder vernachlässigt hatte. Von einem Abgeordneten der Arbeiterpartei, O'Grady, ist der Fall bereits im Parlament zur Sprache gebracht und als ein ungeheurer Rechtsmissbrauch gebrandmarkt worden. Annie Woodmore hat ihre Kinder durchaus nicht mißhandelt oder hungern lassen. Alle haben vielmehr gesund und ordentlich ernährt aus. Auch ist die Frau keine Trinkerin, was in England nicht gar selten vorkommt. Allein ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich so, daß die Arbeit, Haus und Kinder rein zu halten, schließlich über ihre Kräfte ging. Die Wohnung war nicht mehr sauber und die Kleidung der Kinder sah schmutzig und vernachlässigt aus. Deshalb wurde die Mutter für sechs Wochen ins Gefängnis gesperrt. Hier von abgesehen bietet der Fall nichts Außerordentliches, denn Frau Woodmore lebte mit ihrem Mann und ihren fünf Kindern wie tausende ihrer Klasse in Verhältnissen, die oft nicht nur die Reinlichkeit, sondern auch die Wahrung der Schamhaftigkeit fast unmöglich machen. Das „Dau“, in dem sie wohnte, war nichts weiter als eine elende hölzerne Baracke, die nimmermehr für unwohnbar erklärt worden ist. Ein solches Heim sein und ordentlich zu halten, wäre schon unter normalen Verhältnissen eine schwierige Aufgabe gewesen, wieviel mehr hier, wo jeder Tropfen Wasser, das nicht einmal zum Trinken geeignet war, mehrere hundert Meter weit über Feld von der nächsten Quelle geholt werden mußte. Das konnte eine kranke Frau nicht leisten. Und nur hierin unterscheidet sich das Schicksal der Woodmore's von dem vieler Tausender. Sie waren nicht ärmer als die Mehrzahl ihrer Klasse; der Mann verdiente als Landarbeiter 16 Schilling die Woche. Ausschließlich der pflanzliche Lebensmittel der Frau führte zur Vernachlässigung des Hauses und zur Unsauberkeit der Kinder. Wer aber ist in ähnlicher ökonomischer Lage vor solchem Schicksal gefeit? Das einzige Mittel der Abhilfe aber, das den englischen Arbeiter einflößt, ist: die Familie zu trennen, die Frau ins Gefängnis zu sperren, die Kinder ins Arbeitshaus abzuschieben und den Mann auf der Farm, wo er arbeitet, sich selbst zu überlassen.

Das ist, schreibt unser Brudervergan „Justice“, eine grimmige Satire auf die Zivilisation des 20. Jahrhunderts, die dem Arbeiter nichts Besseres zu bieten hat als ein elendes Dasein in erniedrigender, schmutziger, aufreibender Arbeit, solange die Gesundheit verfallt, und die mit Gefängnis und Arbeitshaus strukt, wenn Krankheit die Riesenschlast unerträglich macht.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Mariendorf. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr bei Lindenbäumen, Chausseestr. 27, öffentliche Frauenversammlung. Tagesordnung: „Warum fordern wir das Frauenwahlrecht?“

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppstraße 29: „Jugendweihe“. Festrede von Herrn Dr. A. Wille: „Lebendige Religion“.

Fräulein Sterbekasse. Jeden Sonnabend, von 8—10 Uhr abends, im Robertstr. 181, 2. Hof part.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Sonntag, den 26. März: Wanderausflug nach Rixdorf, Waltersdorf, Niedersdorf, Frettersdorf. Abfahrt 7 30 Uhr Schillerstr. Bahnhof. Gölle willkommen.

Arbeiter-Vanderverein „Die Naturfreunde“. Wanderausflug am Sonntag, den 26. März 1911: I. Oberhavel—Potsdam—Havel. II. Havel—Potsdam—Havel. III. Griner—Havel—Potsdam—Havel. IV. Biologischer, botanischer Wanderausflug: Wald—Wald—Wald—Wald. V. Wanderausflug: Potsdam—Havel—Potsdam. VI. Wanderausflug: Potsdam—Havel—Potsdam. VII. Wanderausflug: Potsdam—Havel—Potsdam. VIII. Wanderausflug: Potsdam—Havel—Potsdam. IX. Wanderausflug: Potsdam—Havel—Potsdam. X. Wanderausflug: Potsdam—Havel—Potsdam.

Arbeiter-Vanderverein „Die Naturfreunde“. Sonntag, den 26. d. März. Wanderausflug nach Rixdorf—Frettersdorf—Schwarzetal—Niedersdorf. Wanderausflug, (ab) 6 Uhr.

Dauer vom
25. März
bis 2. April

Knaben-Moden

Dauer vom
25. März
bis 2. April

Billige Ausnahme-Angebote □ Günstige Kauf-
gelegenheit zur **Einschulung**



Cheviot-Anzüge blau und grau, ... für 5-8 Jahre, durchweg **2.90 M.**
Manchester-Anzüge verschiedene Farben, für 5-8 Jahre, durchweg **3.50 M.**
Blusen- u. Sport-Anzüge Muster-Sachen, für 5-8 Jahre, durchweg **4.50 M.**
Engl. Samt-Anzüge braun oder blau, für 5-8 Jahre, durchweg **6.50 M.**
Kammgarn-Anzüge Bluse u. Hose ganz gefüt. für 5-8 Jahre, durchweg **6.50 M.**

Knab.-Wasch-Anzüge Neu. Gute Wascht. f. 5-8 Jahre, durchweg **2.50 M.**
la Manschest.-Anzüge Praktische Farben f. 5-8 Jahre, durchweg **6.50 M.**
Jünglings-Anzüge Moderne Stoffe, für 8-15 Jahre, durchweg **7.50 M.**
Knaben-Hosen Teilweise aus Resten Verschied. Stoffe f. 5-8 Jahre **1.50 u. 60 Pf.**
Schüler-Hosen Verschiedene Stoffe, für 8-14 Jahre **2.- M.**

ca. 3000 Stück Knaben-Wasch-Blusen
ganz hervorragend preiswert, für 3-8 Jahre, durchweg **50 u. 95 Pf. 1.85 M.**

Große Posten **Erstklassige Modell-Anzüge**
Besonders gute und fein gearbeitete „Reisemuster“. Für 5-8 Jahre, durchweg **6.50 8.00 9.00 M.**

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20



11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Zur Vermeidung des
großen Andranges
bitten wir die Vor-
mittags-Stunden zum
Einkauf zu benutzen

Der neueste HAUPT-KATALOG Nr. 42 ist soeben erschienen und wird kostenlos versandt

Jedermann erhält Kredit!

Ganze
Einrich-
tungen



MÖBEL



Einzelne
Ersatz-
stücke

Polsterwaren, Teppiche, Portieren, Gardinen, Betten, Tischdecken, Steppdecken usw.
Grosse Auswahl von einfach bürgerlicher bis zu elegantester Ausführung.

Täglich Eingang
von Neuheiten!

KONFEKTION

Täglich Eingang
von Neuheiten!

Herren

Sakko-Anzüge
Gehrock-Anzüge
Paletots usw.

Damen

Kostüme
Blusen
Kostümröcke m.

Anfertigung auf Wunsch nach Mass.

In den allerneuesten Fassons.

Kinderwagen

Schuhwaren

C. Wachsmann & Co.

Ecke Ravenestrasse Reinickendorfer Strasse 15 neben d. Feuerwache

Abzahlung von **1 Mark** an

Anzahlung von **5 Mark** an

Kredit!

Der „Jungfernkranz“ in der Fürsorgeanstalt.

Ein umfangreicher Mißhandlungsprozeß in einer Fürsorgeanstalt — ein Seitenstück zu den Verhandlungen gegen den Hausvater Colander von der „Wohlfahrigen Wiltis“ und den Pastor Breithaupt von Niesky — beschäftigt gestern die hiesigen Strafkammern. Es handelt sich um die von der Elberfelder „Freien Presse“ und von uns im Februar 1910 niedriger gehängten Vorgänge in der Fürsorgeanstalt Mauel bei Gemünd in der Gifel. Sie ist eine private Stiftung und steht unter der Aufsicht des Diakonissenhauses in Duisburg. Die Anstalt wurde als Handwerkerbildungsstätte von dem inzwischen verstorbenen Direktor Barlies gegründet und steht jetzt unter der Leitung von dessen Ehefrau, der eine Anzahl Richter und Aufseher zur Seite stehen.

Die Anklage geht nun dahin, daß die Witwe Barlies und sieben ihrer Angestellten das Zuchtungsrecht in größtmöglicher Weise überschritten haben, allerdings nicht in Ausübung eines Amtes, da den Angestellten die Beamtenqualifikation fehlt. Die Veröffentlichungen der Mißhandlungen in unserer Presse führten zur Erhebung der Anklage. Wir hatten u. a. dargelegt, eine besonders beliebte Zuchtungsart sei der sogenannte „Jungfernkranz“.

der darin bestehe, daß man den zu züchtenden Jüngling auf einen Tisch lege, ihn mit gepreßten Keinen anbinde und dann von den übrigen Anstaltszuchtlingen schlagen lasse. Bei dieser Prozedur soll der Betreffende öfter bis zu 60 Schlägen erhalten haben. Auf Grund dieses Artikels ordnete die Behörde eine Untersuchung an, die zur Erhebung der Anklage führte.

Bei der Vernehmung der Hauptangeklagten, der Witwe Barlies, die öfters selbst das Erteilen des „Jungfernkranzes“ angeordnet haben soll, bekundete diese, daß die Anstalt vor 17 Jahren mit einem Jüngling begründet wurde, während in der letzten Zeit sich die Zahl der Insassen auf ca. 150 belief. Sie wurden in allen möglichen Handwerken ausgebildet. Bei Vergehen gegen die Anstaltsordnung sei eine leichte körperliche Züchtung erlaubt gewesen, aber nicht mehr als 15 Stockhiebe. Die Angeklagte bestritt entschieden, ihre Mitangeklagten zu den Zuchtungen angeführt zu haben, auch will sie nie eine Neuerung ihres verstorbenen Mannes gehört haben, dahingehend: „Etwas Prügel gehört zur Erziehung!“ — In der

Beweisaufnahme

befandete zunächst Regierungsrat Schmidt, der im Auftrage seiner Behörde die Anstalt zu kontrollieren hatte, daß ihm nie Klagen der Jünglinge zu Ohren gekommen seien. Das Verhältnis der Eheleute Barlies zu den Insassen der Anstalt sei ein sehr liebevolles gewesen, so daß Entweichungen nur selten vorkamen. Er habe bei seinen Revisionen immer alles in tadelloser Ordnung gefunden. Mehrere Geistliche, die in der Anstalt Unterricht erteilten, erklärten ebenfalls, daß sie den Eheleuten Barlies die behaupteten Mißhandlungen nicht zutrauten. Der Inspektor, dem die Anstalt jetzt untersteht, hat bei Antritt seines Amtes etwas verwilderte Zustände angetroffen. Einige Jünglinge hätten ihm auf Befragen zugegeben, daß sie den „Jungfernkranz“ bekommen hätten, andere wieder wollten davon überhaupt nichts wissen haben. In der weiteren Zeugenvernehmung werden eine ganze Reihe von ehemaligen Jünglingen der Anstalt Mauel vernommen. Ein jetziger Tischlergeselle bekundete, daß er versucht habe, aus der Anstalt zu entweichen. Darauf habe er zunächst auf Anordnung der Frau Direktor den „Jungfernkranz“ bekommen, und zwar so lange, bis er ohnmächtig wurde. Er habe die Spuren der Schläge monatelang gefühlt. Bei der Prügelung habe ein Aufseher dabei gestanden und habe seine Kollegen, die ihn schlugen, angefeuert, recht tüchtig zuzuhauen. Der Zeuge erklärt, er habe auf Befragen des Richters gesagt, es sei nicht so schlimm gewesen, da er befürchtet habe, sonst noch mehr geprügelt zu werden. Ein anderer Jüngling, der ebenfalls einen Mißhandlungsversuch gemacht hatte, wurde zunächst in Arrest gelegt und bekam dann den „Jungfernkranz“; er hat bei dieser Prozedur 147 Schläge erhalten, so daß sein Körper blutige Striemen aufwies. Zwei noch jetzt in der Anstalt befindliche Jünglinge haben 80 und 100 Schläge erhalten. Ein anderer Zeuge erzählt, er habe einmal ohne jede Veranlassung zu einem Aufseher gehen und diesen bitten müssen, er möge ihm „das Betreffende“ geben. Darauf sei er von dem Aufseher mit dem „Jungfernkranz“ bedacht worden. Sogar in der Gesangkunde sei geschlagen worden.

Der aus der Anstalt hervorgegangene Angeklagte Aufseher Städer erklärt auf Verhören, daß er nur im Auftrage des Direktors oder dessen Frau geprügelt habe. Derselbe Aufseher macht ein anderer Aufseher; die Frau Direktor habe zwar viel Frömmigkeit zur Schau getragen, sei aber in Wirklichkeit eine ganz hartherzige Frau gewesen. Ein als Zeuge vernommener Anstreicher ist einmal in der Anstalt beschäftigt gewesen; er hat durch eine Türspalte beobachtet, wie ein Jüngling, dem man ein

Taschentuch in den Mund gesteckt hatte, damit er nicht schreie, den

„Jungfernkranz“

bekam. Der Zeuge ist über das brutale Schauspiel sehr empört gewesen. Ein weiterer Zeuge hat, als er Jüngling der Anstalt war, einmal 20 Ohrfeigen von der Frau Barlies bekommen, so daß ihm die ganze Wade anschwellte. Einem ausgehenden und dann wieder eingelieferten Jüngling ließ die Frau Direktor „warme Umschläge“ verabreichen; damit waren Prügel gemeint. — Der Vertreter der Anklage hielt auf Grund der Beweisaufnahme sämtliche Angeklagte überführt. Der „Jungfernkranz“ sei in der Anstalt zweifellos

eine alte Einrichtung gewesen. Dabei habe es sich nicht um bloße Züchtigungen, sondern direkt um Martern gehandelt. Erwiesen sei, daß die Frau Barlies die Züchtigungen nicht nur gebildet, sondern sogar angeordnet habe. Der Staatsanwalt beantragte sodann gegen die am meisten belasteten Angeklagten Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 5 Monaten, gegen die weniger belasteten Geldstrafen. Das Gericht nahm als strafmildernd an, daß der Frau Barlies der Betrieb, namentlich nach dem Tode des Mannes, über den Kopf gewachsen sei. Andererseits komme in Betracht, daß die Eheleute Barlies die Einrichtung des „Jungfernkranzes“ nicht nur kannten, sondern sogar billigten. Von der Erlaubnis zum Schlagen habe namentlich der Angeklagte Städer in geradezu gravierender Weise Gebrauch gemacht. Bei Frau Barlies wurde auch in Betracht gezogen, daß sie recht gute Resultate erzielt hat. Aus alledem erkannte das Gericht gegen Frau Barlies auf nur 500 M. Geldstrafe, gegen den Aufseher Städer auf neun Monate Gefängnis. Drei andere Aufseher erhielten Gefängnisstrafen von acht, sechs und drei Monaten. Drei Angeklagte kamen mit Geldstrafen von 20 bzw. 50 M. davon.

Die sehr milden Strafen, insbesondere die gegen die Frömmigkeit zur Schau tragende Frau Direktor sind keineswegs geeignet, dem Rechtsempfinden zu genügen. Eine noch Jahren zählende Freiheitsstrafe wäre eine geringe Sühne für diese Greuel einer „Fürsorgeerziehung“ gewesen. Der Mangel des Fürsorgeerziehungs wird auch durch die Unkenntnis der Aufsichtsbehörden über die schamlosen Martern gekennzeichnet. Auch in diesem Fall wie in dem Fall Colander und Breithaupt hat die zum Himmel schreienden Mißstände erst die sozialdemokratische Presse aufgedeckt.

Hus aller Welt.

Flinf Menschen in den flammen umgekommen!

Eine furchtbare Brandkatastrophe, bei der eine fünfköpfige Familie in den flammen umkam, meldet uns der Telegraph aus Lille im nordwestlichen Frankreich. Dort kam in der letzten Nacht gegen 1 Uhr in einem Gebäude, das früher provisorisch als katholische Kirche diente, und in dem jetzt ein Kinematographentheater sein Domizil aufgeschlagen hatte, Feuer aus. Die flammen griffen trotz des baldigen Eintreffens der Feuerwehr außerordentlich schnell um sich. Einem Teil der Bewohner der oberen Stockwerke gelang es sich über angrenzende Dächer in Sicherheit zu bringen; dagegen wurde eine im zweiten Stockwerk wohnende Familie Martens von den andringenden flammen in Schlaf überrascht. Als die Feuerwehrmannschaften in die Wohnung eindringen, fanden sie das leblose Ehepaar im Bett liegend, von den drei Kindern der Ehegatten lag eines halb verkohlt am Fußboden, die beiden anderen waren in ihren Betten erstikt. Der umfangreiche Brand konnte erst in den frühen Morgenstunden erstikt werden.

Referendar und Zuchthändler.

Das Schlichtungsgericht in Trier hat am Donnerstag nach einer bis nach Mitternacht dauernden Verhandlung den Referendar Ludwig zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er fünf beim Gericht lagernde Sparfassenbücher entwendet, die Unterschrift des Richters gefälscht und dann 4500 Mark abgehoben hatte. Die Geschworenen haben ein Gnadengesuch unterzeichnet, da Ludwig geistig minderwertig sei.

Sonderbar, daß bei Reuten aus „besseren“ Kreisen sich so leicht ein geistiger Defekt feststellen läßt und noch sonderbarer, daß so wenig Verstand zum Referendar gehört, daß geistig Minderwertige ihn machen können.

Ein feines Geschäft.

Unter dieser Epithete erzählt der „Zeitungsvorlag“ folgendes nette Geschichtchen. Im letzten Herbst hat in Kiel die „Kieler Tagespost“ ihr Dasein ausgehaucht, weil sie an ständiger Abonnentenlosigkeit litt. Dabei hat das Blatt noch im letzten Monat seines Lebens den Abonnementsbetrag mit 60 Reichspfennigen pünktlich erhoben, aber schon nach wenigen Tagen sein Erscheinen eingestellt. Diese Handlungsweise hat einige Abonnenten in mächtige Aufregung versetzt und sie meldeten zwei Drittel des Betrages zur Konkursmasse an. Dem wurde stattgegeben und die unentwegten Abonnenten hatten schließlich die Freude, ganze 18 Pfennige als ihren Anteil an der Masse durch Postanweisung zu bekommen. Diese Freude wurde aber dadurch getrübt, daß von dem Gelde noch 10 Pfennig als Porto und 5 Pfennig als Bestellgeld in Abzug gebracht werden mußten. So verließ den Abonnenten des unheilvollen Blattes, als Ergebnis ihrer Bemühungen, ein ganzer Reichspfennig in barer Münze!

Kleine Notizen.

Folgenschwere Bräuteneinsturz. Auf der im Bau befindlichen oberirdischen Eisenbahnstrecke Eggersfeld — Rhbnit — Summin ist eine zwischen Eggersfeld und Rhbnit liegende Dreihogenträule heute mittag eingestürzt. Vier Personen wurden verletzt, davon eine schwerverletzt.

Selbstmord eines Nealschäfers. In Königsberg i. Pr. hat ein neunzehnjähriger Nealschäfer durch Ertränken Selbstmord begangen, weil er bei der Prüfung zum einjährigfreiwilligen Dienst durchfiel.

Schwere Explosion. In einer Stärkefabrik in Manchester, 1 der eine große Anzahl Arbeiter beschäftigt sind, ist auf bisher unaußersichtliche Weise eine Explosion entstanden. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet und 7 andere schwer verletzt. Das ganze Fabrikgebäude wurde zerstört. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Artillerie Marktbericht der kaiserlichen Artillerie-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktblätern. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft san, Preise unverändert. Wild: Zufuhr unbedeutend, Geschäft mäßig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr nicht unbedeutend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft wenig beschäftigt, vollständiger Spinat schwer veräußlich, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 24. März 1911.

Table with columns for Station, Barometer, Wind, and other weather-related data for various locations like Emmaus, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Hannover, and Karlsruhe.

Wetterprognose für Sonntag, den 25. März 1911. Mittl., vorwiegend neblig oder wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

A. B. KOCH Kohlen- u. Briketts-Großhandlung. Gepr. 1893. Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7. 3010 O 34. und 3090. Lagerplatz 1: O., Rüdorsdorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Osth.). Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof). Lagerplatz 3: N., Behmstr. 36 (Schivelbeiner Str., Ecke Malanöer Str.). Preise für 15 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an: pr. Ztr. (Ges. gesch. p. Ztr. 115—120 Stck.)

Filz- und Zylinder-Hüte empfiehlt wie bekannt billigst Hulmacher Lorentz, 44 Waldemarstr. 44.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 4-7. Sonntags 10-12, 2-4

Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots u. Uister und Anzüge in neu sowie speziell erstklassige, auf Selbe gearbeitete Garderobe, von Kavaliereu getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl bei zu billigsten Preisen zu haben.

Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Hochbahnhofsstation Postbusstr. 129. Bitte auf Hausnummer zu achten. Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Dofen von 1.50, Bekleidungsstücke von 12.00, Frack von 2.50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu billigsten Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen faulst man am billigsten bei Noh, Puladstraße 14.

Heideschloß Hohenbinde Zum Gatenberg (Stat. Ertner) Empfehle mein romantisch an Wald u. Spree gelegenes Lokal allen Vereinen, Gesellschaften u. Kameraden. Sommerwohnungen, möbl. Zimmer. Eröffnung der Kurfreitag verbunden mit werner (Abfahrt Schloß), wozu alle Herrenpartien, Inhaber, Freunde u. Bekannte einladet Albert Lehmann.

„Vorwärts“-Leser aufgepaßt! Monatsgarderobe. Kauft man in der Pfandleihe Prinzen-Str. 34 1 Trappo (letzten Laden) wie allbekannt Jackenanzüge, Rockanzüge, Paletots, Dofen für jede Figur passend.

Halbschuh-Woche Montag — Sonnabend Extra-Preise Man beachte die Schaufenster und das morgige Inserat Carl Stiller junior W. Leipziger Str. 29 Ecke Friedrichstr. (Müllerhaus) W. Königgrätzer Str. 124-129 Hotel Fürstenhof S. Oranienstr. 155-156 Ecke Prinzessinnenstraße Versand-Abteilung: W. Friedrichstr. 58



H. Weltmann Nachf.

Stefan Esders

BERLIN C, Spandauer Strasse 70-71

Paletots und Ulster

22.-26.-30.-36.-42.-50.-60.-M.

28 verschiedene Grössen □ Neueste Modelle

Meine Konfektion verdankt ihren alten bewährten Ruf
Unerreichter Qualität □ **Mustergültiger Verarbeitung**
Hervorragendster Passform

Der neue Katalog ist erschienen.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung
 elegante



Herren-Moden

fertigt und nach Mass,
 feinste Verarbeitung.

S. Boltuch

Herren-Schneiderei
 Frankfurter Allee 75, I
 Eingang Tilster Strasse.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
 Neue Friedrichstr. 35
 neben Zentral-Markthalle
 liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
 nach Maß unter Garantie für
 tabellosten Sitz gegen wöchent-
 liche Teilzahlung von 1 Mark an.
 Schneiderei u. Werkstatt im Hause.
 Auf Wunsch Besuch des Herstellers
 mit neuesten Stoffmustern.
 Sonntag geöffnet. 30602

„Vorwärts“
 Leser! Die elegantesten, wenig
 gebrauchten Herren-Garderoben
 sind am billigsten und gut passend
 nur im Monats-Garderoben-Haus
Luft u. Burger,
19 Mariannenstr. 19,
 kein Laden. Fahrverbindung von
 überall. Straßenbahn-Fahrtgeld wird
 vergütet.

Monats-Garderobe!
 Die besten Sommer-Paletots
 und Anzüge für Herren, Smoking-
 Anzüge, Frackanzüge, sowie von
 Kavaliern getragene, fast neue
 Sachen, für jede Figur passend, in
 größter Auswahl zu unübertroffen
billigen Preisen.
 1 Treppe, deshalb billiger wie im
 Laden. 40/11*
Hirsch Kieferbaum, Wasserver-
straÙe 12/13 I
 (früher Weinzenstr. 33).

Vorjährige feinste
Frühjahrs-Ulster
 und
elegante Anzüge
 jetzt 20-50 Mark.
 Täglicher Verkauf.
Kavalier-Klub,
 Unter den Linden 61 II.

Für Fahrräder

Motorräder und für Automobile:

Continental

Pneumatik

Ist das Beste vom Besten der hoch-
 entwickelten Reifentechnik. — Feinlichst
 sorgfältige Auswahl der Rohmaterialien.
 Von ersten Fachleuten ständig über-
 wachte Präzisionsarbeit. Langjährig ge-
 schulter Stamm intelligenter Personals.

Diese Schutz--Marke bedeutet:

Das Höchste der Vollendung!

Continental - Caoutchouc- und Gutta-Percha - Co., Hannover.

Jeder Herr, welcher schön!

Sich leisten und beim Winter sparen will, empfiehlt sich großen Vorteil gebrauchte Herren-Anzüge und
 Paletots, für jede Figur passend. Diese Sachen sind aus prima Materialien gefertigt, einzeln auch
 aus Abonnement-Gütern stammend, früher bis 100 Mark, jetzt zu nachfolgenden billigen Preisen:

Frühjahrs-Paletots 10.- 14.- 18.- 20.- M. zc.
 Jackett-Anzüge 10.- 14.- 18.- 20.- M. zc. | Herbst-Anzüge 18.- 22.- 26.- 29.- M. zc.
 Hoch-Mode-Anzüge 14.- 18.- 20.- 25.- M. zc. | Herren-Hosen 3.- 4.- 5.- 7.- M. zc.

J. Wand, Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Str. 116, an der Andreasstr.
 II. Geschäft: Chausseestraße 80. III. Geschäft: Brunnenstraße 170.

Möbel-Lechner

Brunnen-Straße 7, am Rosenthaler Tor.

Auf Kredit und gegen bar Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben und Küchen: Einzelne Möbelstücke

M. 15	30	50	75
bis 25	bis 45	bis 70	bis 100

Schlafzimmer etc.
 von 30 M. Anzahl. an

Liefere auch nach auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

S. Gottlieb

- Möbel** → 15 Mark Anzahlung
 Stube und Küche → 25 Mark Anzahlung
 Stube und Küche 1 Mark pro Woche
- Möbel** → 35 Mark Anzahlung
 2 Stuben u. Küche → 50 Mark Anzahlung
 2 Stuben u. Küche 3 Mark pro Woche
- Möbel** → 5 Mark Anzahlung
 Schränke, Vertikos, → Abzahlung
 Sofas, Betten, Spiegel wöchentl. 1 M. an
- Möbel** → 10 M. Anzahlung an
 Komplet. Herrenzimmer,
 Schlafzimmer, Speise-
 zimmer und Küchen

Rosenthaler Strasse 54 I.

Arbeiter finden für ihren Beruf
 gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich
 Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-Gar-
 deroben, Große Frankfurter Straße 93, mit gebrauchter
 moderner Kleidung zu versehen. Wir beziehen unsere
 Anzüge, Paletots zc. teils aus ersten Abonnement-
 häusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern zc.,
 die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen. Es bieten
 sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich
 unsere Garderoben durch besonders gute Verarbeitung
 (vielfach auf Seide) und tabellosem Sitz aus-
 zeichnen. Wir empfehlen getragene Hoch-Anzüge
 8 M., 14 M., 18 M. Hoch-Paletots 6 M., 12 M.,
 16 M. zc. Gesellschafts-Anzüge werden billigst vertrieben.

Kaufhaus für Monats-Garderoben
 nur Große Frankfurter Str. 93 nur
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
 Keine Filialen am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.

Nur Große Frankfurter Straße 93

Warenhaus Hermann Tietz

Frankfurter Allee

Donnerstag
Freitag

Im Lichthof: Spezial-Verkauf von Kinder-Bekleidung

soweit Vorrat

Ein Posten	Knaben-Anzüge	In mellerten Stoffen, 2reihige Blusenfassons Grösse 1-6	225	Ein Posten	Mädchen-Kleider	mit Futter, in kleidsamen Fassons, Länge 45-65 cm	2 ⁹⁰ 5 ⁵⁰ 7 ⁵⁰
Ein Posten	Knaben-Anzüge	in reinwollenen Kammgarnstoffen, ganz gefüttert Grösse 1-6	390	Ein Posten	Mädchen-Kleider	70-100 cm lg., in neuen Macharten u. gut. Stoff, gefüttert	6 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵
Ein Posten	Knaben-Anzüge	In guten Kammgarnstoffen, offene Blusen- und Jackenfassons	675 850	Ein Posten	Mädchen-Paletots	in blauen und englisch gemusterten Stoffen, für das Alter von 2-12 Jahren	3 ⁷⁵ 5 ⁷⁵ 7 ⁵⁰
Ein Posten	Schul-Anzüge	Norfolkfassons in soliden Stoffen	575 875 1175	Ein Posten	Knaben-Pyjaks	in guter Ausführung, mit Abzeichen, Grösse 1-6	4 ⁹⁰ 6 ⁷⁵ 8 ⁷⁵

Knabenhosen in marineblauen Stoffen, Grösse 1 bis 6 **1⁰⁰**

Wasch-Russenkittel mit gewebten und bestickten Bordüren **85 Pf. 1³⁵ 1⁷⁵**

Matrosen-Mützen	m. hübsch. Besätzen	85 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁶⁵	Kinder-Golf-Jacken	reine Wolle	3 ⁹⁰ 4 ⁹⁰ 5 ⁹⁰	Prinz-Heinr.-Mütz.	Tuch und Unfuntuch	85 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁶⁵
Kieler Mützen	mit schönen Abzeichen	85 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁶⁵				Mädchen-Automützen	marine	90 Pf. 1 ³⁵ 1 ⁶⁵

Paul Obiglos Festsäle

Schwedter Str. 23/24.

Amt III 33.

Empfehle meine Lokalitäten zu Festlichkeiten jeder Art. Die Säle sowie der herrliche schattige Naturgarten, 1000 Personen fassend, mit großer Theaterbühne, ist noch einige Sonnabende und Sonntage in der Saison zu vergeben.

P. Obiglo.

Buch, 20 Pfennig-Tour Stettiner Bahn.

Noch einige günst. geleg. Parzellen im Bebauungsplan bill. zu verk., circa 60 Quadratrudd mit Baum, Sommerhäuser, Beermen, Sträucher, Tafelb. u. a. Groß Restaurant, Buch. Eigent. J. J. J. Berlin, Regensburger Str. 25a. 45/15

Stoffe

Cheviot, Kammgarn, Boden f. Welter-Velerinen Str. 1.50, 2.50 u. Tuchlager-Gesellschaft m. b. H., Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis der Petrikirche.

Pa. Schlack- u. Salamiwurst a Pfund 1.20 M.

Gr. geräucherte Gänsefüße, z. Nohellen, ff. Gänsefleisch, garantiert rein, a Pf. 1.20 M., empfiehlt 46/6 Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95, Schaaf Rafter-Wilhelm-Strasse.

Ein Heer von Arbeitern beschäftigt sich täglich

mit der Herstellung unserer überall beliebten Schuhwaren „Marke Condor“.

Qualität, Paßform, Preiswürdigkeit sind die Merkmale unserer Fabrikate.

Neuheiten zur Frühjahrs-Saison

Damen-

Schnürschuhe	f. Chromleder, Lackkappe, durchgenähte Randsohle, amerik. Fassons	5 ⁹⁰
Schnürschuhe	schwarz u. braun Chevreau, mit farbigen Stoffeinsätzen, hochschick	7 ⁵⁰
Schnürschuhe	braun, echt Chevreau, braune Lackkappe, amerikanische Fassons	6 ⁷⁵
„Hochlaschenschuhe“	die große Mode, in Is Kalblack u. f. Chromled., apart garniert	7 ⁵⁰
Schnürstiefel	— „das Eleganteste“ — schwarz und farbig	12.50 10.50 8.50 7.50

Herren-

Schnürstiefel	f. Boxleder oder Chromleder, Lackkappe, moderne Formen	7 ⁵⁰
Schnürstiefel	braun, echt Chevreau mit Lackkappen — unvergleichlich preiswert —	9 ⁵⁰
Schnürstiefel	f. Chevreau, mit und ohne Lackkappen, od. Is Boxkalf, moderne Formen	10 ⁵⁰
Schnürstiefel	braun und schwarz, Chevreau und Boxkalf, „Original-Goodyear-Welt“	12 ⁵⁰
Schnallenstiefel	für empfindliche Füße, in weichen Leder-sorten	6 ⁹⁰ 12.50 9.50



Mädchen- u. Knabenstiefel	Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35	braun, echt Chevreau mit Lackkappen	Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35	36-38
fein Boxleder, elegante, breite Formen	4 ³⁰	4 ⁶⁰	4 ⁹⁰	5 ³⁰	5 ⁷⁰		5 ²⁵	5 ⁷⁵	6 ²⁵	6 ⁷⁵	7 ²⁵	8 ⁰⁰

CONRAD TACK & CIE.

SCHUHFABRIK BURG BEI MAGDEBURG.

125 EIGENE GESCHÄFTE

C., Spittelmarkt 15 (Tollhaus)
C., Rosenthaler Straße 14
W., Potsdamer Straße 50
W., Schillstraße 16
NW., Turmstraße 41
NW., Wilsnacker Straße 22

NW., Beusselstraße 29
N., Friedrichstraße 127
N., Müllerstraße 3
N., Rehnickendorfer Str. 23
N., Brunnstraße nur 37

N., Danziger Straße 1
O., Andreasstraße 50
O., Frankfurter Allee 125
SO., Oranienstr. 32
SO., Oranienstr. 2a

SO., Wrangelstraße 49
SW., Friedrichstr. 240/241,
Charlottenburg: nur Wilmer-
dorfer Str. 122-123
Rixdorf: Bergstraße 30-31
Potsdam: Brandenburger
Straße 54

Responsible Editor: Albert Hoff, Berlin. For the advertisement part: H. Hoff, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn der Treppe...

F. C. 21. 1. Auf Nachweis oder Empfehlung von Vermittlungs-... M. 2. 86. In erfahren beim Turnverein...

geschenkt kann vom Lohn gestrichelt werden, das Mietgeld nicht mehr... M. 3. 45. Die Frage löst sich erst beantworten nach Kenntnis...

Frage ist uns wirklich unverständlich. — R. B. 2. 555. Rein... M. 2. 7. Charité, Schumannstr. 21. Montag und Freitag von 4 bis...

GEORÜNDET 1867



Zentrale und Versand: Jerusalemer Str. 38-39

Friedrich-Strasse 75 Potsdamer Strasse 2 Tauentzien-Strasse 19a König-Strasse 25-26

Schöneberg, Hauptstr. 146 Rixdorf, Berg-Str. 25-26

Tauentzien-Strasse 7b Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Neu eröffnet; Rosenthaler Strasse 5

REICH ILLUSTRIRTER HAUPT-KATALOG GRATIS

Die neuesten Schuhmoden

Mehr als zu jeder anderen Jahreszeit pflegt man sich im Frühjahr mit neuer Fussbekleidung zu versehen.

Haupt-Preislagen für Herren- und Damen-Stiefel

8 75 10 50 12 50 15 50 18 00

in ganz neuen Formen, Schaftschnitten und Farben

Die grosse Mode für Damen

PUMPS

OXFORDS

ausgeschnittene Straßenschuhe mit breit, Krawattenschleife in Lack, braun und schwarz...

Derby-Schnürschuhe mit 1 oder 2 Oesen, hochstehender Lasche und breiten Schnürbändern...

Elegante Reitstiefel für Herren u. Damen

Rationelle Kinderstiefel

in vielen Preislagen und Ausführungen

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6 gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 Mark

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.



Derfflingerhaus

Derfflingerhaus

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Moabit...

Lubascher, S. Spandau... Auf Abzahlung gibt... W. Neumann, Pappelallee 83...

Alkoholfreie Getränke... Sinalco (Bilzbrause)...

Arbeiter-Bekleidung... F. Falk!...

Bäckereien, Konditor... Blottner's Großbäckerei...

Arnold Bauer's Landbrotfabrik... Arnold Bauer's Landbrotfabrik...

Engel's Landbrot... Engel's Landbrot...

Fischer, Göttingerstr. 55... Fischer, Göttingerstr. 55...

Ferona... Ferona...

Gaedicke's Bäckerei... Gaedicke's Bäckerei...

Oskar Hanke's Brotbäckerei... Oskar Hanke's Brotbäckerei...

Herber, Paul, Amstark-Str. 29... Herber, Paul, Amstark-Str. 29...

Carl Kappler... Carl Kappler...

Rich. Liebenow... Rich. Liebenow...

Mache, Carl... Mache, Carl...

Bäckerei 'Nordstern'... Bäckerei 'Nordstern'...

Peter's Großbäckerei... Peter's Großbäckerei...

Conrad Richter... Conrad Richter...

Heinrich Witter... Heinrich Witter...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ulbrich... Ulbrich...

Bürger-Bad... Bürger-Bad...

Canitz... Canitz...

Bad... Bad...

Kur... Kur...

Kuranstalt... Kuranstalt...

Köhn's Samariter-Bad... Köhn's Samariter-Bad...

Bad Ostend... Bad Ostend...

Passage-Bad... Passage-Bad...

Silesia... Silesia...

Reiche, A... Reiche, A...

Beleucht.-Gegenst... Beleucht.-Gegenst...

Becker, Reinh... Becker, Reinh...

Bunzel, R... Bunzel, R...

Kronen-Grossmann... Kronen-Grossmann...

Wilh. Scholem... Wilh. Scholem...

Schuch, M... Schuch, M...

Wecker, A... Wecker, A...

W. Adelong & A. Hoffmann... W. Adelong & A. Hoffmann...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Max Böhm... Max Böhm...

Brauerei F. Happoldt... Brauerei F. Happoldt...

Brauerei Königstadt... Brauerei Königstadt...

Brauerei Pfefferberg... Brauerei Pfefferberg...

Brauerei Weißensee... Brauerei Weißensee...

Groterjans... Groterjans...

Goldbier... Goldbier...

Cacao, Chocolate... Cacao, Chocolate...

Cylix, G... Cylix, G...

Die Fabrikate der 'Sarotti'... Die Fabrikate der 'Sarotti'...

Cigarrenhandlungen... Cigarrenhandlungen...

Damenkonfektion... Damenkonfektion...

Max Arnsdorff... Max Arnsdorff...

Holz & Ascher... Holz & Ascher...

König... König...

Moses... Moses...

Pappelbaum... Pappelbaum...

Wagner, P... Wagner, P...

Westmann... Westmann...

Maeding, J... Maeding, J...

W. Riesner... W. Riesner...

Schröter, R... Schröter, R...

A. Talman... A. Talman...

Uhl & Wolfram... Uhl & Wolfram...

Vereinte Pommersche Meiereien... Vereinte Pommersche Meiereien...

Georg Wunder... Georg Wunder...

Eisen-u. Stahlw. Waff... Eisen-u. Stahlw. Waff...

Gericke & Wolfram... Gericke & Wolfram...

Alb. Kasulke... Alb. Kasulke...

Klein, With... Klein, With...

Carl Brinitzer... Carl Brinitzer...

Max Arnsdorff... Max Arnsdorff...

Holz & Ascher... Holz & Ascher...

König... König...

Moses... Moses...

Pappelbaum... Pappelbaum...

Wagner, P... Wagner, P...

Westmann... Westmann...

Felix Pinkert... Felix Pinkert...

Ernst Schneider... Ernst Schneider...

Schulz, Arthur... Schulz, Arthur...

Edmund Buchholz... Edmund Buchholz...

Abn. O... Abn. O...

Rob. Heinze... Rob. Heinze...

Carl Jung... Carl Jung...

Carl Karstadt... Carl Karstadt...

Kniehase, A... Kniehase, A...

Kurt Kranke... Kurt Kranke...

Gust. Lenz... Gust. Lenz...

Georg Reiner... Georg Reiner...

J.C. Schütze Nachf... J.C. Schütze Nachf...

Georg Stasnowski... Georg Stasnowski...

Rob. Stindt Nachf... Rob. Stindt Nachf...

Troike, Th... Troike, Th...

Franz Wollmer... Franz Wollmer...

Fahrrad-, Nähmasch... Fahrrad-, Nähmasch...

Brennabor... Brennabor...

Untenstehende Geschäfte

Taubert, J... Taubert, J...

C. Ahlers & Co... C. Ahlers & Co...

Kahl... Kahl...

Chr. Kroog... Chr. Kroog...

Hans Kunkel... Hans Kunkel...

Winkler & Barthold... Winkler & Barthold...

Wilhelm Behr... Wilhelm Behr...

Danziger Fleisch-Centrale... Danziger Fleisch-Centrale...

Wurst, Speck, Schinken... Wurst, Speck, Schinken...

Anton Fehlaw... Anton Fehlaw...

Fleisch-u. Wurst-Centrale... Fleisch-u. Wurst-Centrale...

Feine Fleisch- u. Wurstwaren... Feine Fleisch- u. Wurstwaren...

Oskar Fritsch... Oskar Fritsch...

L. Friede... L. Friede...

Gerhardt... Gerhardt...

L. Grelling... L. Grelling...

Eduard Grunwald... Eduard Grunwald...

OttoGrube... OttoGrube...

Georg Heiter... Georg Heiter...

Lebensmittel-Großhandlung

Linke's Fleischzentrale... Linke's Fleischzentrale...

Herm. Leucht... Herm. Leucht...

O. Liebold... O. Liebold...

Luebke, Joh... Luebke, Joh...

H. Matzker... H. Matzker...

Otto Menzel... Otto Menzel...

Merker, P... Merker, P...

Gottfr. Meussling... Gottfr. Meussling...

Rhinow, A... Rhinow, A...

O. Rosemann Nachf... O. Rosemann Nachf...

Peter Rechel... Peter Rechel...

W. Tauche... W. Tauche...

Fr. Thiel... Fr. Thiel...

Fleisch-u. Wurst-Centrale... Fleisch-u. Wurst-Centrale...

W. Vogel... W. Vogel...

E. Wetzel... E. Wetzel...

C. Wiese... C. Wiese...

Floeder & Kroll... Floeder & Kroll...

Grammoph. Sprechm... Grammoph. Sprechm...

Vertical text on the far right edge of the page.

Joh. Schallau, Schick, Allee 186 a. Ter.
 Alfred Scheer, Turmstr. 49.
 Carl Schewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
 Schönemann, G. Rl., Berl.-Str. 73.
 Rich. Schramm, Turmstr. 32.
 P. Schuch, Charl. Knobelstr.-Str. 49.
 Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 24.
 Schütz, Osw., Frankf. Allee 24.
 T. Stolz, Chausseestr. 83.
 Carl Stuhr, Dresdenstr. 134.
 Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-Str. 1
 Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
 Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.
 Truxa, W., Frankf. Allee 185.
 Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 187.
 Adolf Völkcl, Frankf. Chaussee 159.
Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163.
 Otto Wartig, Triftstr. 3.
 Wodermann, O., Augustastr. 14.
 Wegner, R., Rixd., Bergstr. 55/56.
 H. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinstr. 44.

Wutke, Karl, Treckwstr. 7, Invalidenstr. 14
Versicherungen
 „Deutschland“ Berlin
 Arbeiterversicherung — Schützen-
 Sierbekassenversicherung, Straße 3.
 „Friedrich Wilhelm“
 Berlin W8, Behrenstr. 58—61
 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterver-
 sich. Mit u. ohne Arzt. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge.
Warenhäuser
 Bernhard, G., Ober-Schönneweide.
Warenhaus Max Codik
 SO., Wrangelstr. 20, Eckpfeilerstr.

David, L. S., Sim-Dachstr. 42.
 Alh-Boxhag. 26.
 Helnze, Partiewar., Langhausstr. 101
 Leopold Jacobsohn, Noststr. 38
Julius Loewenberg Nachflg.
 zur Giesstr. 12, s. 4. Schönanstr.-Allee.
Warenhaus M. Hirsch
 Spandau
 Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Seling
 80 Pillalen in allen Stadtteilen.
 Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Wiekstr.
Conrad, Großdeitillation
 Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.
 Denhardt ASchulze, Brunnenstr. 52.
 Eile u. Weyle, Likörführ., Gerichtstr. 18.
 Großk., „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
 K. Lehmann, Nowawes, Großbeerenstr. 13

Martin, Bruno, Rl., Hermannpl. 9.
 Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 13.
 auch Liköre u. Säfte.
 Brassstr. 14 a. Filial.
Ignatz Sello
 Weihe, W., Hermannstr. 100.
 Wein-Vertriebsgesellsch. v. Malottki
Waschmittel
 Verlangen Sie
 „Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.
Herkules
 Bleich-
 Seifen-
 Pulver
 „schont die Wäsche“
 Sparsam im Verbrauch.
 Chem. Fabr. „Hewella“ Weiskstr. 64.
 Rieß, Fritz, Rl., Hermannplatz 5.
Sello, Hermann, Stadtr.
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 O. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
 Bitte Preisl. zu verl. Tel. III. 8192.

Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
 Wermuth, Oswald, Kopalag.-Str. 1.
Weiß-, Wollw., Trikot.
 Ahlcker, Gust., Chorinerstr. 13.
 Max Bahr, Mühlentstr. 42.
 H. Barts, Schönhauser Allee 107.
 Bredow, Otto, Rl. Hermannstr. 56
 Otto Erdmann, Mirbachstr. 26.
Fi. Gardels, Bunsenstr. 78
 Tauragonenstr. 19
Hans, A., Gröner
 Weg 25.
 Hugo Hecht, Chorinerstr. 63.
Hirschfeldt, Reichen-
 bergestr. 63.
 Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
 Hoppe, E., Scharnweberstr. 62.
 Kästrin-Pl. 1
Jonas, Hermann, Rixdorf,
 Hermannstr. 172.
Juncker, H., Rixdorf,
 Kauff-Kataki, Rl. Kais-Friedr.-Str. 212
 Carl Klein, Högheststr. 10, N. O. 18.
 Robert Kutsche, Gubenerstr. 24.
 Adolf Küsel, Rl. Bergstr. 82 a.
 R. Lehmann, Isch. Wasser, Köpenick.

Eugen Lewald, Frankfr.,
 Allee 187.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52/53
 vis-a-vis der Kirche.
A. Lüdek, Rixdorf,
 Kais.-Friedr.-Str. 177
 Loster, C., Reichenbergerstr. 61.
 Thauerstr. 45.
Möller, E., Wäsche eig. Fabrikate.
 Meyer, Brunnenstr. 13, (Arbeiterwohnst.)
 Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 206.
 Pletschmann, Marie, Jagowstr. 25.
A. Radloff, Reichenkdt., Markt 1 & 2
 Raehmer, C., Andreasstr. 69.
Schaefer, Hussenstr.
 str. 43.
M. Schaefer
 S. W. Hollmannstr. 43
 W. Maassenstr. 17.
 Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.
 Hermann Meyer, Schöneweidestr. 21.
A. Nitschpan, Bergmannstr. 111
 Simon N., Köpenickerstr. 122
 Stawnow, Carl, Gärten-Str. 18
L. Vierarm, Zionskirchstr. 24.

E. Voigt, Reichenkdt., Ankerstr. 191.
Albert Vogt, Urbanstr.
 — 21. —
Weber & Heynacher, Gr. Prkf. Str. 94
 Prkf. Allee 124.
Wollhaus Lucas, Rixdorf,
 Bergstr. 62
Wild u. Geflügel
C. Dittmann, Rixdorf,
 Berliner Str. 47.
O. Grimm, Landsberger Allee 28,
 auch Fische.
 Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19
Stenzel, L., Rl., Berlinerstr. 59
 auch Obst.
 Zimmer, H., Prinzenstr. 12.
Zahn-Atelier
 E. Baße, N. Kastanienallee 103, I.
 Hölzbruch, Herrn., Fackelstr. 1271
 A. Jahnke, SW. Eilenstr. 84, I. 10-1, 2-4
 Jordan, Alfr., Feinstr. 51, 109-1, 183.
 Vorsitziger dieses 10%, Rabatt.
Alfred Rau 10%
 Wrangelstr. 86 L. — Geogr. 1652-3

Tadellos
1 M.
 wöchentliche Teilzahlung
 lielere elegante
Herren-Moden
 Fertig und nach Maß
 Garantie für tadellosen Sitz und
 feinste Verarbeitung
J. Kurzberg
 Maß-Schneiderei
 Rosenthaler Strasse 40-41
 direkt am Hackeschen Markt.
 II. Geschäft:
 Frankfurter Allee 104, prt., Ecke Friedenstr.



Maßanzüge
 brauchen nicht abgenommen werden, wenn sie nicht
 sehr vornehm sitzen.
Tuche und fertige **Anzüge**, sehr elegant
 und enorm billig.
 Ein Posten zurückgesetzter **Anzüge**, weit unter Preis.
 Circa **1000 Tuchreste** zu Herren- und Knaben-
 anzügen u. Kostümröcken,
 sehr billig.
Knabenanzüge in verschiedenen
 Mustern von **1.50 an**.
Berufskleidung, Riesen-Auswahl.
 Blaue Monteurjacken 90 Pf. Blaue Monteur-
 hosen, sehr dorb, 80 Pf. Mechanikerkitel 210.
 Malerkitel 210.
 Besichtigung jedermann gestattet.
Händler
Rabatt. Tuchgesellschaft, Kottbuser Damm 16/17.

Möbel
 liefert
 1 Kleiderspind
 1 Bettstelle
 1 Tisch
 2 Stühle
 1 Küchenschrank
 1 Küchentisch
 1 Küchenstuhl
 1 Bettstelle mit Matr.
 1 Kleiderspind
 1 Wäschespind
 1 Spiegelspind
 1 Sofa
 1 Tisch
 2 Stühle und eine komplette farbige Küche
15 Mark
35 Mark
Anzahlung
Anzahlung
 Einzelne Möbelstücke Anzahlung v. 3 M. an
 wöchentlich 1 M.
 Offertiere ferner komplett aufgestellt:
 Moderne Schlafzimmer | Moderne Wohnzimmer
 Moderne Speisezimmer | Moderne Herrenzimmer
 in jeder gewünschten Holz- und Stilart,
 Anzahlung **40-80 Mark.**
M. Beiser Lothringer
 Straße 67.
 Prachtkataloge nach außerhalb gratis und franko.
 Verantwortlicher Redakteur: Hilbert Dahn, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



JOSETTI WALKÜRE
 10 Stück
 30, 40 u. 50 Pfg.
 Josetti Walküre Cigaretten sind
 anerkannt erstklassige Fabrikate
 und wegen ihrer hervorragenden
 Qualität allgemein geschätzt.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
 Gegründet 1898
 Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage,
 dicht an der Potsdamer Straße,
 gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen
monatliche Teilzahlung unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in
 einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger**
Garantie für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da
 an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung
 bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung
 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.
„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage
 Behnhauser Zenthen. Besitzer: W. Heinrich.
 Für bevorstehenden Sommerjahrs halte ich mich mehren Vereinen,
 Fabriken, Schulen usw. bei Auslieferung annehmlicher Bedienung bestens
 empfohlen. — Drei neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze.
 Boote und Verleihungen aller Art. 34902*

Möbel
 liefert auf
 bequeme Teilzahlung
 bei kleinster Anzahlung in be-
 kannter Güte
 (mit größter Rücksicht bei Krank-
 heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Sonnabend, den 25. März.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Die Daulgows.
Deutsches Haus. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Komische Oper. Drpheus in der Unterwelt.
Lustspielhaus. Die grüne Neune.
 Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Oper-Theater. Schillerfest. Stammhalter.
Kammerstücke. Samurän.
 Zeffing. Glaube und Heimat.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen.
Kleines. Der Leibgarbist.
Neues Operetten. Die schöne Melite.
Berliner. Bummelstudenten.
Welken. Die lustigen Nibelungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Trianon. Hippolytes Abenteuer.
Reichshallen. Der Feldherrnhügel.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Maria und Magdalena.
Schiller Charlottenburg. Ein idealer Gatte.
 Nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Vagenstreich.
Vollstüber. Die Dollarprinzessin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Witten. Aus erster Ehe.
 Nachm. 4 Uhr: Rubezahl.
Wiederer. Der Feldherrnhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wolke. Am Rande des Abgrunds.
 Nachm. 4 Uhr: Dornröschen.
Herrnfeld. Scheidungs-Souper.
 Vor-Schweizer.
Folies Caprice. Soll und Haben. Ein lediger Ehemann. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!
Kajino. Julie Wippen.
Apoll. Spezialitäten.
Vonage. Spezialitäten.
Wald. Die Millionenbraut.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Im Banne des Vesuv. Neapel, Vesuv, Luvafelder etc.
Walhalla. Bravo! Da Capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Jatimec. Ein fataler Moment. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Voligt. Gefährten.
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Nachmittags 4 Uhr: Rom und die Campagna.
 Abends 8 Uhr: Dr. O. Bongard: Mit dem deutschen Kronprinzen durch Indien.
Sternwarte. Javalenstr. 57-62.
Lessing-Theater. 8 Uhr: Glaube und Heimat.
 Sonntag 3 Uhr: Die verjüngte Glocke. 8 Uhr: Glaube und Heimat.
Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Bummelstudenten.
 Morgen: Bummelstudenten.
Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Ahnherr. Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustigen Nibelungen.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.
Modernes Theater (früher Hebbeltheater). Abends 8 1/2 Uhr: Der Feldherrnhügel.
Berliner Volkoper Belle-Alliancestr. 7/8. — 1/2, 9 Uhr: Die Dollarprinzessin.
Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.
Fernands Ehekontrakt. Schwanz in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Bruno Jacobson.
 Sonntag, 2. April, nachm. 3 Uhr: Pariser Wien.
 Morgen und folgende Tage: Fernands Ehekontrakt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonnabend, den 25. März, 8 Uhr: Vagenstreich.
 Sonntag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. 8 Uhr: 2 x 2 = 5.
 Montag: Vagenstreich.
Lustspielhaus. Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Die grüne Neune.
ROSE-THEATER Große Franziska Str. 132. Nachmittags 3 Uhr: Dornröschen.
 Abends 8 Uhr: Am Rande des Abgrunds.
 Volksschauspiel in 4 Akten von R. Eigo.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.
 Nachmittags 4 Uhr: Rom und die Campagna.
 Abends 8 Uhr: Dr. O. Bongard: Mit dem deutschen Kronprinzen durch Indien.
Kaiser-Panorama. Im Bannkreis des Vesuv. Neapel, Vesuv, Luvafelder etc. Letzte Woche franz. Riviera. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf. Abonnements 1 W., Taub. Abomont.
Luisen-Theater. Nachmittags 4 Uhr: Letzte Kindervorstellung in dieser Saison.
Rubezahl. Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe. Schauspiel in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt. Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt. 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Metropol-Theater. Hurra! Wir leben noch!
 Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. H. Hofmann. In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Nachm. gestaffelt. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Mamfell Ritouche.
Apoll Theater Ab 8 Uhr: Nur noch kurze Zeit das große komische März-Programm. Abends 8 1/2 Uhr: Berlin Sensation Alwin Neuß Tony Tetzlaff in dem Sensationsstück: Berogis.
WINTERTGARTEN März-Attraktionen! Olga Desmond Robert Steidl und eine Auslese hervorragender Kunstkräfte! Morgen 3 Uhr: Nachmittagsvorst. Kleins Preise.
Herrnfeld Theater Sensations-Erfolg der drei Robitäten Das Scheidungs-Souper von Julius Gort. Ein Verlobungsgeschäft von Anton und Donat Herrnfeld. Die Bar-Schwester von Anton und Donat Herrnfeld. Dramed . . . Anton Herrnfeld. Schneeweitel . . . Donat Herrnfeld. Droschkentisch. Knele. Nach. Wendig. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr Theaterkasse.
Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Hedi Herdina. Loi-Hoi-Tschen Chinesentruppe und das große neue März-Programm. 14 Varieté-Neuheiten.
Burgtheater. Festsäle und Kinematograph vom. Grotorjan. Saalab.: Rud. März. Schühnhauser Allee 129. Tel. 3, 9353 Lebende Photographien. Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte. Anf. 7 U., Sonn. 4 U. Vorzugskarten, nur mochten gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechsl. Programm.
Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Novität! Der Novität! Weltmeister-Boxer. Gesangsstücke von Ely und Scholten. Original! Boxkampf Original! zwisch. Bertholdmann u. Franz Sobanaki. Neue Spezialitäten. Anfang 8 Uhr, Sonntag 1/2, 7 Uhr.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Baller-Theat.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Maria und Magdalena. Schauspiel in 4 Akten v. Paul Lindau. Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Ehre.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
 Montag, abends 8 Uhr: Maria und Magdalena.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91 Heute: Gastspiel des K. K. Hofball-Musik-Direktors **C. M. Ziehrer** mit seinem aus 65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.
Exeelsior - Lichtspielhaus Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße). Von jetzt ab bringen wir jede Woche etwas Außergewöhnliches. Wir beginnen ab 25. März — bis 31. März einschließlich — mit **Loensta.** die Giftmischerin. Ab 1. April wird: Großstadtversicherung. Sittengemälde in 3 Akten, das Tagesgespräch Rixdorfs sein. Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Walhalla-Theater Direktion: James Klein. Am Rosenthaler Tor. Jeden Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr **Große Volksvorstellung: Der Trompeter von Säckingen** Ganz ermäßigte Preise von 50 Pf. bis 2 M., Kinder nur 30 Pf. Abends 8 1/2 Uhr Die Revue: Bravo! Da Capo!

Brauerei Friedrichshain Am Königstor Größter Konzertsaal Berlins Am 25., 29., 30. und 31. März 1911: Gastspiel von **Johann Strauß Wien** mit seiner vollständigen Kapelle. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

Castan's Panoptikum Friedrichstraße 165 **Die Schönen Samoas.** 25 Personen. Ohne Extra-Entree.

U.T. U.T.

Das Mädchen von Arles nach dem gleichnamigen Roman von Alphonse Daudet.

Ein nervenerschütterndes Kolossal-Gemälde mit dramatischer Realistik. Täglich: **Union-Theater Wedding, Reinickendorferstr. 14** Für Kinder polizeilich verboten!

Sport-Palast Potsdamer Straße 72. Größter Eispalast der Welt. An Wochentagen von 1-4 Uhr Eintritt 50 Pf. **Feerie „Eisfest an der Nawa“.** Eintritt 1 Mark. Reserv. Plätze 2 Mark. Unter Mitwirkung von ca. 200 Eislaufkünstlern und zwei Künstlerkapellen. Außergewöhnliche luxuriöse Ausstattung und unerreichbare Lichteffekte. Bengalische Beleuchtung der Vorstellung.

Schiller-Theater. Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Ein dramatisches Gedicht in fünf Akten v. G. E. Lessing. Ende 8 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte. Schauspiel in 4 Akten v. Dölar Wilde. Ende 10 1/2 Uhr. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben. Montag, abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91 Heute: Gastspiel des K. K. Hofball-Musik-Direktors **C. M. Ziehrer** mit seinem aus 65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.

Exeelsior - Lichtspielhaus Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße). Von jetzt ab bringen wir jede Woche etwas Außergewöhnliches. Wir beginnen ab 25. März — bis 31. März einschließlich — mit **Loensta.** die Giftmischerin. Ab 1. April wird: Großstadtversicherung. Sittengemälde in 3 Akten, das Tagesgespräch Rixdorfs sein. Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Walhalla-Theater Direktion: James Klein. Am Rosenthaler Tor. Jeden Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr **Große Volksvorstellung: Der Trompeter von Säckingen** Ganz ermäßigte Preise von 50 Pf. bis 2 M., Kinder nur 30 Pf. Abends 8 1/2 Uhr Die Revue: Bravo! Da Capo!

Brauerei Friedrichshain Am Königstor Größter Konzertsaal Berlins Am 25., 29., 30. und 31. März 1911: Gastspiel von **Johann Strauß Wien** mit seiner vollständigen Kapelle. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Platz 75 Pf.

Castan's Panoptikum Friedrichstraße 165 **Die Schönen Samoas.** 25 Personen. Ohne Extra-Entree.

Zirkus A. Schumann. Sonnabend, den 25. März 1911, abends 7 1/2 Uhr: Grand Soiree high life.

Automobil-Ueberholungsrennen in d. Luft Größte Sensation angeführt von La bella Georgina und dem Brasilianer Mr. Arnaud. „Naphen zu Pferde“, ger. von Hl. Dora Schumann und Herrn Karl Geh. 9 1/2 U.: Der große Coup d. Schumgler.

Theater Sanssouci Lichtspiele Eröffnung **25. März** Kottbuser Straße 6 Hochbahn, Kottbuser Tor. Fassungsraum 1500 Personen.

Passage-Panoptikum. Die zusammengewachsenen **Schwestern Blazek** und ihr Kind! Zwei Mütter — ein Kind! Lebend zu sehen! Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr. Ohne Extra-Entree! Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Karl Haverland- Theater. Kommandantenpr. 8 Uhr. Heute neue **Burleske** sowie erstklassige Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 26. März 1911: Die Kinder der Exzellenz. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Casino-Theater Göttinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: Nur noch bis 30. März: Julie Wippen. Ab 31. März: Zwei Wappen von Blumenthal und Radelburg. Sonntag 3 1/2 Uhr: Haß und Liebe.

Zirkus Busch. Sonnab., 25. März, abds. 7 1/2 Uhr: Elite-Gala-Abend! **Novität! Novität! Der Mann im Sarg!** Nordini mit seinen aufsehenerregenden Muskel- und Atem-Experimenten. Herr Georg Burkhardt - Footlit, Schulleiter. **The 3 Clacres.** Die Fredianis, Akrobaten zu Pferde. Gebr. Fratellini, urk. Clowns. Herr Ernst Schumann. Um 9 1/2 Uhr zum 98. Male: „Armin.“

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: **Soll und Haben.** Ein lediger Ehemann.

Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Berlin N., Blumenstraße 16. Große Extra-Vorstellung: **Die Millionenbraut.** Lebensbild mit Gesang in 5 Akten. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorzugskart. gültig. Sonntag: Dieselbe Vorstellung

Voigt-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute, Sonnabend: Keine Vorstellung. Sonntag, 26. März, nachm. 3 Uhr: **Mein Herzensfreig.** Abends 7 Uhr: Die freundlichen Brüder.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: **Hippolyte's Abenteuer.**

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum letzten Male: **Kuhlekes Varieté-Theater** Anfang wochentags 8 Uhr Sonntags 7 Uhr.

Theater & Weddings Neuer Spielplan. Musikkapelle: Dir. Max Neumann, Wien. Nachmittags von 5-8 Uhr wird jedem Besucher eine Probetasse Blockers Kakao gratis verabreicht.

LICHTSPIELE. MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosporus am Moritzplatz Heute: **Das neue Programm** u. a.: Meyer mit dem Hängeboden. Anfang 6 Uhr. Kasseneröffnung 4 Uhr. Von 11-2 Uhr: **TANZ.**

Radfahrer-Verein „Wanderlust“ Seefeld und Falkenhagen. Mitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ feiert am Sonntag, 26. März im Lokale des Herrn Nicolai in Seefeld nach 3-jähriger Pause sein erstes Vergnügen u. ladet die umliegenden Bundesvereine hierzu freundlichst ein. Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Neu eröffnet! Restaurant „gemütl. Schwaben“ Zanderstr. 6, am Stollfußerdamm. Orig. schwäbische Küche. Südd. Weine. Treffpunkt aller Württemberger. Ladet ein **Andreas Markert.**

Partei-Angelegenheiten.

Hohen-Schönhausen. Am Sonntag, den 26. d. M., morgens 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung vom Lokale des Genossen Rehrer, Berliner Str. 98, aus. - Nachmittags 1 1/2 Uhr im selben Lokale: Öffentliche Versammlung. Doleibst Vortrag des Genossen Joh. Rein: „Was fordern und vertreten Sozialdemokraten im Gemeinderat?“ Diese Versammlung macht sich nötig für die am Montag, den 27. d. M., von 5-6 1/2 Uhr stattfindende Er s a g t w a h l zum Gemeinderat. (Wahllokal Rob. Schulse, Hauptstr. 9.) Berliner Parteigenossen, welche mit hiesigen Gemeindevätern zusammen arbeiten, werden ersucht, auf dieselben einzuwirken.

Mühlensied (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“ (Inhaber H. Vörsch): Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Reichspolitisch und Kommunalpolitisch. Referent: Gemeindevorsteher Genosse K u b i g - P a n l o w. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Abmarsch der Nieder-Schönhauser Genossen Punkt 12 Uhr von Schöpfsee-Rordend. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Sachseingänger.

Nun ist die Zeit wieder gekommen, daß sie von Osten gen Westen strömen, wo Erdarbeiten und Landwirtschaft kräftige Hände gebrauchen. Sachseingänger sind es, die ihre Arbeitskraft im Westen besser gewertet wissen, als in den Gefilden Ostpreußens, wo die Agrarier andauernd in allen Tonarten vom Staate Abhilfe der „Leutenot“ fordern. Aus Schlesien und Ostpreußen, aus Posen und Westpreußen bringt fast jeder Verlonenzug Scharen von ihnen. Das Zentralbahnhofsloze Berlin ist der „Umladeplatz“ für diese Menschenware.

Abgerissene, arbeitskrumme Gestalten sind es. In allen Lebensaltern kommen sie. Männer und Frauen. Ihnen allen haftet etwas Scheues, Geducktes an; eine stadtfremde Unbeholfenheit hält jede ihrer edigen Bewegungen in bangem Vann. Die Männer mit den wasserhellen Blauaugen und den großen, harten Händen trotten schwerfälligen Ganges in hohen Schaffstiefeln einher. Die Frauen und Mädchen tragen das für den slavischen Osten charakteristische weiße oder bunte Kopftuch. Unzertrennlich von jedem ist irgend ein Gepäckstück: Auf dem Rücken schleppt die eine einen schweren Kasten: Wäsche, Kleidungsstücke, Bettzeug oder irgend eine andere Habseligkeit. Risten mit großen, spitzen Eisenkrampen tragen die Männer unter dem Arm. Oder zwei von ihnen ziehen an einem buntemalten, truhnenartigen Kasten. Auch die Kinder fehlen mitunter nicht. Die ganz Kleinen schleppt die Mutter in einem Bündel auf dem Rücken; die größeren werden an der Hand durch die Straßen der lauten Stadt gezerrt.

Einzelnen kommen sie gezogen oder in karawanenartigen Gruppen. Der Straßenlärm hat sichtbarlich ihnen Augen und Ohren betäubt. Schwerfällig winden sie sich durch das Menschengewühl, um sich, von einem Agenten geführt, von neuem auf einem Bahnhof so sammeln, von dem die Weiterfahrt vor sich gehen soll. Dort fliegen die Blicke der Neugierigen um sie her. Sie aber stehen, von einer bangen Scheu umfungen und starren in das wogende Weltstadtgetriebe. Nur selten wechseln sie ein paar Worte. Sie fühlen sich unfrei, beengt, fremd. Das Begehren nach besserem Verdienst und menschenwürdigerer Behandlung hat sie von der heimatischen Scholle getrieben. Nun gehen sie dem Unbekannten entgegen. Die Großstadt ist ihnen nur Station, Aufenthaltsort, Umstiegsstelle. Eine Woge hat sie ergriffen, sie vom Osten nach dem Westen getragen. Wenn diese Welle nach beendeter Arbeit im Herbst wieder zurückflutet und sie wieder in den Schoß der Heimat spült, dann werden sie sich sicherer, ungebundener fühlen. Denn sie werden nicht nur einiges Geld heimtragen, sondern auch erweiterte Kenntnisse von Menschen und Dingen - und vielleicht auch neue Lebensanschauungen, neue Hoffnungen, neue Ziele!

Ein neuer Vorstoß der Stellenvermittler.

Die gewerbmäßigen Stellenvermittler sind, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, mit den Gebäuden, die nach den Bestimmungen des Stellenvermittlergesetzes von der Polizeibehörde festgesetzt wurden, recht unzufrieden. Sie sind ihnen zu niedrig, so daß sie gewinnbringend wären, ihr Gewerbe aufzugeben, wenn nicht höhere Sätze zugelassen würden. Trotz dieser schmerzlichen Drohung haben die Berliner Polizeibehörde und der preussische Handelsminister die dahin zielenden Eingaben der Stellenvermittler abschlägig beschiedne.

Nun unternehmen die Herren einen neuen Versuch, zu ihrem Ziele zu gelangen. Vor uns liegt eine „Erklärung“, herausgegeben vom „Verein der Gesinde- und Stellenvermittler für Berlin und Vororte“. Diese Erklärung wird den Stellenvermittlern zur Unterfertigung vorgelegt und bei der Abhängigkeit, in der sich der Stellensuchende befindet, wegen diese es natürlich kaum, den Wünschen derselben Widerstand entgegenzusetzen. Eingangs dieser famosen Erklärung stehen folgende Sätze: „Nach Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die seitens der Kgl. Polizeibehörden von Groß-Berlin für die gewerbmäßigen Stellenvermittler zum 1. 10. 1910 festgesetzten Gebührentaxen den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in keiner Weise entsprechen. Dadurch, daß es den Stellenvermittlern durch eine zu niedrig festgesetzte Höchsttaxe unmöglich gemacht worden ist, den zu stellenden Männern und Anforderungen nachzukommen, haben beide Teile gegen ihren Willen zu leiden. Es ist mir auch ein dringendes Bedürfnis, bei Inanspruchnahme eines Stellenvermittlers diesen meinen Anforderungen entsprechend zu entschädigen, daß seine Erfindung gefestigt bleibt und insbesondere, da die gewerbmäßige Stellenvermittlung für mich durchaus nicht zu entbehren ist.“

Sobann muß der arme, mit sanftem Druck zur Unterfertigung gedrängte noch ausdrücklich sein Einverständnis mit den von den Stellenvermittlern geforderten Sätzen bekunden. Und diese Forderungen sind nicht allzu bescheiden: 10 M. für städtisches Gesinde und Hauspersonal jeder Art, 3 M. für Ausschilfe im Haushalt, 12-15 M. für Saisonstellen im Gastwirtsgerwebe, 30 M. für landwirtschaftliche Dienstmädchen, 15 M. für landwirtschaftliches männliches Gesinde, 6-7 M. für ungelesene gewerbliche Arbeiter, 30 und 40 M. für eine Kanne usw. Diese Taxen, so heißt es am Schluß, „erkennen ich als bescheiden und vollauf berechtigt an.“

Das Wandere ist zu durchsichtig, das Mittel allzu plump, als daß es den gewünschten Eindruck hervorrufen könnte. Wir erwarten auf das Bestimmteste, daß den durch Zwang erlangten Unterschriften derjenigen, die hier angeblich selbst um eine höhere Bezahlung ihrer Arbeitskraft nachsuchen, keinerlei Beachtung bemessen wird.

Der Magistrat und der Etat. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Etatsbeschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung zugestimmt. Der Magistrat behält sich aber vor, falls die Luftbarkeitssteuer abgelehnt wird oder nicht zur Erhebung kommt, die erforderlichen Mittel durch einen Nachtragsetat zu fordern.

Der gefährdete Berliner Jahrmarkt.

Der Magistrat will bekanntlich die Weihnachts- und Jahrmärkte, die schon seit Jahren in die entferntesten Außenbezirke der Stadt verbannt sind, ganz abschaffen. Es mag sein, daß Jahrmärkte für die Großstadt nicht mehr zeitgemäß und für die großstädtische Bevölkerung nicht gerade notwendig sind. Aber das ist noch lange kein Grund, die Reste einer früheren Wirtschaftsperiode durch behördliche Verordnung zu beseitigen. Hat man doch gerade im gegenwärtigen Augenblick Gelegenheit zu sehen, daß der Berliner Jahrmarkt immer noch lebhaften Zuspruch findet. Zu Tausenden drängt sich das Publikum namentlich gegen Abend in den Budenreihen. Daß dabei die Händler ein Geschäft machen, sei es auch noch so bescheiden, beweist der Umstand, daß sie immer wiederkehren. Diese kleinsten Geschäftsleute würden schwer geschädigt werden, wenn man ihnen die Erwerbsmöglichkeit nimmt. Sie treten deshalb ganz entschieden für die Beibehaltung der Weihnachts- und Jahrmärkte ein. - Diesem Zweck diene eine vom Zentralverband der freien Händler und Hausierer einberufene Protestversammlung, die am Donnerstag in Kellers Saal tagte und sehr zahlreich besucht war. Der Referent B r e n d e l bezeugte die vom Magistrat angeführten Gründe: Störung des Straßenverkehrs und Beschädigung der gärtnerischen Anlagen durch die Marktbesucher als unzutreffend und verwies auf Charlottenburg, wo der Jahrmarkt gerade in einer sehr verkehrsreichen Gegend abgehalten wird, ohne daß die geringste Störung des Verkehrs vorkomme. Die Aufhebung der Berliner Märkte würde ein schwerer Eingriff in die Existenz von 15-18 000 Personen sein. - Ferner wandte sich der Referent dagegen, daß in einigen Vororten die Bodenmarktplätze an einen Generalpächter vergeben werden, der durch Weiterverpachtung an die Händler zu deren Nachteil erhebliche Gewinne einsteckt. - Noch längerer Diskussion, in der sich auch Stadtverordneter Wolkef Manasse im Sinne der Händler aussprach, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung der Weihnachts- und Jahrmärkte empfiehlt. Sie erhebt scharfen Protest gegen den Versuch, Tausende kleiner Existenzen zu vernichten, sie ist fest entschlossen, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Erhaltung der Existenz ihrer Berufsgenossen zu kämpfen und bittet die Stadtverordnetenversammlung, der Aufhebung der Weihnachts- und Jahrmärkte nicht zuzustimmen.

Eine zweite Resolution beauftragt die Verbandsleitung, Schritte für die Beseitigung des Generalpachtensystems zu tun.

Aus der Gewerbe-Deputation.

Ein Barbier G. aus der Adalbertstraße führte gegen den Vorstand der hiesigen Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung Beschwerde, weil ihm dieser wegen Uebertretung von Innungsbeschlüssen in eine Ordnungsstrafe von 5 M. genommen hatte. G. hatte entgegen einem Innungsbeschluss, wonach die Läden Bodenabends um 9 Uhr zu schließen sind, Kunden weit über diese Zeit hinaus bedient, sich auch nicht ordnungsmäßig an die Bestimmungen über den Sonntagsladenschluss gehalten. Als festgestellt wurde, weiter erachtet, daß auch ein bei ihm befindlicher Lehrling unter dieser Ueberschreitung der Arbeitszeit bis in die späte Nachtzeit und in die späten Sonntagsnachmittagsstunden, zu leiden hatte. Die gegen G. vom Innungsvorstand verhängte Ordnungsstrafe wurde daher, weil mit Recht erfolgt, bestätigt.

Zwei Friseurgehilfen führten Beschwerde über den Arbeitsnachweis der Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung. Ihnen war die Stellenvermittlung verweigert worden, weil sie einen Innungslehrlingsbrief und ein Innungslohntraktbuch nicht aufzuweisen vermochten.

Der Obermeister genannter Innung, Herr Leopold, der gleichzeitig auch Mitglied der Gewerbe-Deputation ist, machte erzieherische Gründe für die Verweigerung dieser Innungslohntraktbuches die Aufnahme der Meldung in die Liste des Radweises zu verweigern. Es müßte für den Radweiser genügend sein der Beweis einer ordnungsmäßig durchgemachten Lehrzeit und die vorherige Beschäftigung bei einem Innungsmeister.

Die bereits früher mitgeteilt, planen die beiden hiesigen Baderinnungen „Germania“ und „Concordia“ die Errichtung einer Zwangsinnung. Die Deputation hatte früher Bedenken, nicht gegen die Errichtung der Zwangsinnung an sich, weil sie darauf einen gesetzlichen Einspruch nicht besitzt, sondern wegen der zweifelhaften Rechtsverhältnisse der Vermögenslage beider Innungen, insbesondere der Innung „Concordia“ an dem Grundstück Androasstraße 64. (Vergleiche den Bericht des „Vorwärts“ in Nr. 264 vom 29. Oktober 1910.) Es wurde zur Kenntnis genommen, daß der Obermeister der Baderinnung „Concordia“ seine seinerzeitige Auffassung, das genannte Haus gehöre nicht der Innung, sondern den Anteilseignern, inzwischen revidiert und seinen entgegengegesetzten Antrag zurückgezogen hatte. Mit dem Beschluß der Deputation, den Antrag der beiden Innungen auf Errichtung einer Zwangsinnung nunmehr dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zur weiteren Veranlassung zu überweisen, fand die Angelegenheit ihre Erledigung. Hervorgehoben muß werden, daß die Deputation auch jetzt noch nicht imstande war, sich ein ganz klares Bild über die Vermögenslage beider Innungen zu machen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Antrag der hiesigen Schuhmacher-Zwangsinnung, der dahin ging, nach § 95 der Gewerbeordnung die verweigerte Zustimmung des Gesellenauschusses zu einem Beschlusse der Innungsversammlung durch die Aufsichtsbeförde, die Gewerbe-Deputation, zu ergänzen. Die Schuhmacherinnung, an deren Spitze der Obermeister Vierbach steht, hat seit langem den Wunsch, den angeblich ungerechten Einfluß, den die Arbeiterschaft dieses Gewerbes auf die Kaffeverwaltung der bestehenden Innungs-Kassen ausüben soll, zu brechen. Man darf behaupten, daß dieser Wunsch unter Führung des Obermeisters nur von einer gewissen Clique ausgeht; die meisten Mitglieder der Schuhmacherinnung denken nicht daran, in den jetzigen Verhältnissen eine Veränderung eintreten zu lassen.

Um zu diesem gewünschten Ziele zu gelangen, faßte die Generalversammlung der Innung den Beschluß, daß sie von dem Recht des § 90 der Gewerbeordnung Gebrauch machen wolle, der den Innungen das Recht gibt, daß ihre Mitglieder die Hälfte der Kassenbeiträge leisten und damit die Hälfte der Mitglieder des Vorstandes und der Generalversammlung der Innungskassenkasse zu stellen haben. Der Zweck dieses Wunsches ist offensichtlich: es soll die Macht der Gesellenchaft in der Kaffe gebrochen werden.

Die Zustimmung zu dieser Statutenänderung hatte der Gesellenauschuss verweigert. Die Juristen des Magistrats vertreten die Auffassung, daß dem Antrage der Schuhmacherinnung beigegeben werden müsse und die verweigerte Zustimmung des Gesellenauschusses zu „ergänzen“ sei.

Dem wurde unsererseits auf das lebhafteste widersprochen und geltend gemacht, daß es sich hier lediglich um eine Änderung des Kassenstatuts der Innungskassenkasse handele, die allein Sache der Generalversammlung der Kaffe selbst, und nicht Aufgabe der Generalversammlung der Innungsversammlung sei. Somit, so führte unser Redner aus, könnte der im Jahre 1906 erfolgte Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe keinen Sinn haben, der den Innungskassenkassen ausdrücklich das Recht des § 95 des Krankenversicherungsgesetzes verleiht, wonach über Abänderungen des Nebenstatuts bei Innungskassenkassen nur die Generalversammlung der Kaffe entscheiden soll. Diese Auffassung wurde schließlich auch von den Magistratsvertretern nicht bestritten, aber, so meinten sie, dies käme zunächst nicht in Frage, sondern es handle sich um die Entscheidung über den § 90 der Gewerbeordnung. Im Prinzip könne der Gesellenauschuss seine Zustimmung zu dieser Änderung nicht verweigern; ob die Generalversammlung der Innungskassenvertreter späterhin die Änderung der Statuten verweigert, könne dahingestellt bleiben. Diese die Wirkung auf die Praxis völlig außer acht lassende juristische Kistelei fand bei der Mehrheit der Deputation Zustimmung. Die verweigerte Zustimmung wurde mit allen gegen zwei Stimmen „ergänzt“. Daß damit aufs neue bewiesen wurde, die Gesellenauschüsse sind nur Dekorationen, wenn sie nicht nach dem Willen der Innungsmeister tanzen, schien keinem der übrigen Mitglieder der Deputation, die dafür stimmten, in dem Sinn zu kommen. Offenlich wird der Gesellenauschuss von dem Recht der weiteren Beschwerde an den Oberpräsidenten Gebrauch machen.

Zu dem Mord in der Boyenstraße ist es wichtig, daß etwa 15 bis 18 Personen sich bei der Kriminalpolizei melden. Es sind das Leute, die gleich nach der Entdeckung des Mordes die Wohnung der Frau Schramm betreten haben. Als der Klavierpieler Lehmann nach Hause kam und seine Geliebte tot auffand, lief er gleich nach dem Hof und nach der Straße, um die Polizei zu holen, und rief: Hilfe, meine Braut ist ermordet! Daraufhin kamen nicht nur Leute aus dem Hause, sondern auch 15 bis 18 Personen, darunter 5 bis 6 Männer von der Straße herein und sahen sich die Leiche an. Einige von ihnen haben wahrscheinlich auch die Leiche berührt, sie vielleicht sogar in eine andere Lage gebracht. Sie haben auch Sachen angerührt, z. B. den Hut der Ermordeten, der, als Lehmann das Zimmer betrat, neben der Kommode, später aber auf dem Bette lag. Alle diese Leute sollten sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei melden, weil doch der eine oder der andere vielleicht etwas mitteilen kann, was zur Aufklärung des Verbrechens dienen könnte. Es kann hier auch die scheinbar geringste Kleinigkeit sehr wichtig sein.

In der Hoffmannschen Mordsache ist eine neue bemerkenswerte Mitteilung zu machen. Sie lautet für den unter dem Verdacht der Täterschaft verhafteten Krankenpfleger Gröhl nicht günstig. Schon während der Sattler Meile noch in Haft war, wurde der Gastwirt ermittelt, von dem aus das bekannte Telefongespräch mit dem Schächtermeister in der Blumenthalstraße geführt wurde. Es ist das der Gastwirt Koloschil aus der Wäldersstr. 126. Hier liegt der Fernsprecher auf einem Flur, der die Gasträume mit der Küche verbindet. Als das Gespräch geführt wurde, befand sich der Wirt in den Gasträumen, seine Frau in der Küche. Die Küchentür am Flur stand auf. Von der Küche aus hörte Frau Koloschil das Gespräch seinem Inhalte nach. Wirtle wurde seinerzeit dem Wirt gegenübergestellt, Koloschil erkannte in ihm aber den Mann, der das Gespräch geführt hatte, nicht wieder. Er sagte insbesondere, daß sein Gast, der den Fernsprecher benutzte, einen Schlapphut getragen habe. Den hat aber Wirtle niemals gesehen. Gestern vormittag hat nun auch der Untersuchungsrichter den Wirt vernommen und ihn Gröhl gegenübergestellt. Koloschil erkannte in ihm den Mann wieder, der das Gespräch geführt hat. Er glaubt sich darin nicht zu irren. An welchem Tage das Gespräch geführt worden ist, weiß er natürlich nicht. Es kann sich aber nur um ein Gespräch handeln.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am gestrigen Freitag auf dem Flugplatz Johannisthal. Der 38-jährige Zimmermann Rag Koch aus Johannisthal, der an dem Dach der Haupttribüne einige Arbeiten ausführte, stürzte infolge eines Fehltritts aus acht Meter Höhe herab und blieb schwerverletzt liegen. A. wurde in Automobil nach dem Unger Kreiskrankenhaus geschafft, wo der Arzt eine Verletzung der Wirbelsäule und innere Verletzungen feststellte.

Betriebsförderung im Straßenbahnverkehr. Infolge eines Schalterdefektes in der Hauptzentrale „Süd-Ufer“ wurden mehrere Speisepunkte der Unterstation „Süd-Ufer“ stromlos, so daß die nach Regel fahrenden Straßenbahnlinien gestern früh während der Zeit von 6.25-6.40 Uhr Aufenthalt hatten. Auch in der Unterstation „Königin-Augusta-Straße“ wurden infolge des Defektes in der Zentrale „Süd-Ufer“ eine ganze Reihe von Speisepunkten stromlos, so daß in der Zeit von 6.25-6.50 morgens eine Betriebsförderung eintrat, die sich auf den Hafenplatz, Dennemühlstraße, Potsdamer Straße, Kurfürstentstraße, Rollendorfplog, Hohenhausenstraße, Wichmannstraße, Zehrbelliner und Liljow-Platz erstreckte.

Einen Zyklus über Gesangsdruck veranstaltet Herr Dr. Guttman auf Veranlassung des Berliner Volkschors. Am 23. März fand der Einführungabend im Gewerblichshause statt, der sich eines guten Besuches erfreute. Großes Interesse erweckte eine grammophonische Darbietung mit einem elektrisch betriebenen modernen Apparat, an der der Referent seine Darlegungen demonstrierte.

Berliner Adressbuch. Der Nachtrag zum Adressbuch 1911 erscheint Mitte April und wird an alle Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten, Anmeldungen für den Nachtrag möglichst umgehend, spätestens bis zum 3. April, der Redaktion des Adressbuches, Zimmerstr. 36/41, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebt man, bis zu diesem Tage Mitteilung zu machen von Geschäftseröffnungen und Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitzeränderungen, die seit Erscheinen des Buches stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden.

Der Männerchor „Sicht-Georgia“ 1879 veranstaltet am Sonntag, den 26. März, in Kellers Neue Philharmonie, Köpcke-Str. 98/97, ein Konzert, bei dem das Berliner Sinfonie-Orchester (Dr. Maximilian Fischer) und andere Kräfte mitwirken. Anfang 6 1/2 Uhr.

Zu der Frauenversammlung am Sonntag bei Ballschneider ist eine kurze, braune Pelzboa abhanden gekommen. Der ehrliche Finder wird um Abgabe bei Gabbert, Brunnenstr. 104, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Im Kampf um die arbeitende Jugend!

Die Stadt Rigdorf beschäftigt einen Lehrer Falk. Her an der Gemeindefschule in der Erbststraße angestellt ist und im Nebenamt auch an der F o r b i l d u n g s s c h u l e in der Erbststraße unterrichtet. In seinen Mußstunden dient dieser Pädagoge einem bürgerlichen Jugendklub, aus dessen Vorständen er sich bedingt. Es muß von vornherein nachdrücklich stimmen, daß ausgezeichnet ein Fortbildungsschullehrer einen derartigen Verein leitet. Nur zu leicht stellt da die Versuchung sich ein, die Agitation für den Jugendklub in die Fortbildungsschule hineinzuziehen.

Man sagt uns, daß Herr Fall, der Jugendklubvorsitzende und Fortbildungsschullehrer, dieser Versuchung tatsächlich nicht zu widerstehen vermocht habe. Vor längerer Zeit soll er in der Fortbildungsschule direkt auf den Jugendklub aufmerksam gemacht haben, jedoch Schüler das als eine Aufzerrung zum Eintritt empfanden. Wenn das zutrifft, so wird die Schulverwaltung der Stadt Rixdorf den Fortbildungsschullehrer Fall die Wiederholung solcher Hinweise zu verbieten haben. Die Empfehlung seines Jugendklubs gehört nicht in die Fortbildungsschule hinein, das muß Herr Fall, dem Jugendklubvorsitzenden, mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Aber auch außerhalb der Schule sollte ein Lehrer die Vorhute über, gerade gegenüber seinen eigenen Schülern jede Agitation zu vermeiden.

Herrn Falls Tätigkeit im Dienste seines Jugendklubs findet ihre folgerichtige Ergänzung darin, daß er die Veranstaltungen der nicht zu seiner Partei haltenden Arbeiterschaft, den Nachwuchs des arbeitenden Volkes aufzuklären, mit Mithtrauen und Besorgnis beobachtet. Kürzlich erzählte er im Fortbildungsschulunterricht einem Schüler Sch., daß er, der Lehrer Fall, öfters durch die „Idealpassage“ gehe, wo das Jugendheim der Rixdorfer Arbeiterschaft untergebracht ist, und daß er hierbei ihn, den Schüler Sch., unter den Besuchern des Heims bemerkt habe. Im Anschluß daran warf er diesem Schüler vor, daß der sich dort besonders laut benommen habe, und zugleich fragte er ihn, wer denn in dem Heim verkehre. Herr Fall wird sicherlich der Meinung gewesen sein, daß das alles noch innerhalb der Grenzen seiner pädagogischen Pädagogentätigkeit liege. Sch. aber empfand die ganze Erörterung als ungehörig, weil sie ihm in seinem Zusammenhang mit dem Zweck des Fortbildungsschulunterrichts zu stehen und über die Befugnisse eines Fortbildungsschullehrers hinauszugehen schien.

Wie sehr die in der Tat höchst unnötige Hineinziehung solcher Dinge geeignet ist, die Schüler zu provozieren und auch sie zu Ungehörigkeiten zu verleiten, darüber wurde Herr Fall so gleich belehrt. Noch während er Sch. in dieser Weise ausfragte, sah er, daß ein in der Nähe stehender Schüler B. die „Arbeiter-Jugend“ aus der Tasche zog. Herr Fall forderte ihm das Blatt ab, der Schüler aber weigerte sich, es herauszugeben. Da machte Sch., gereizt durch das mit ihm angestellte Verhör über das Jugendheim, zu seinem Mitschüler B. die Bemerkung: „Sib doch die „Arbeiter-Jugend“ hin, die jetzt ja nicht weiter an.“ Im nächsten Augenblick berabreichte Lehrer Fall dem Schüler Sch. ein paar schallende Ohrfeigen. Das formelle Recht dazu kann ihm nicht bestritten werden, da ja in den Pflichtfortbildungsschulen den Lehrern die Anwendung aller Zuchtmittel erlaubt ist, die die Volksschule gegen ihre Schüler anwenden darf. Wenn aber Herr Fall annimmt, daß er durch sein Vorgehen den Erfolg der Fortbildungsschule fördert, so sollte die Schulverwaltung der Stadt Rixdorf ihm einmal klar machen, wie sehr er da irrt. Fortbildungsschullehrer, die derartige Dinge in die Schule hineinbringen, sollten aufs nachdrücklichste darauf hingewiesen werden, daß dabei die Schule nicht gewinnt. Nur zu leicht kommt es da zu Zusammenstößen, durch die das Verhältnis der Lehrer zu ihren Schülern wahrlich nicht gebessert wird.

Durch den Austritt mit dem Schüler Sch. hat Herr Fall — das ist das einzig Erfreuliche an der ganzen Sache — seiner Agitation für den von ihm geleiteten Jugendklub einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die richtige Antwort, die seine Schüler ihm geben können, ist die, daß sie um so häufiger das Arbeiter-Jugendheim besuchen und um so eriger die „Arbeiter-Jugend“ lesen und für sie werden. Herr Fall hat als Fortbildungsschullehrer nicht die Macht, ihnen das zu verbieten, und durch seine „Idealpassagen“ Spaziergänge, bei denen er seine Beobachtungen macht, braucht keiner sich schämen zu lassen. Unbeirrt durch solche Fortbildungsschullehrer sollten die jugendlichen Arbeiter nur um so enger auch an die Klassenbewegung der Arbeiterschaft sich anschließen, in deren Organisationen sie einmal den Kampf um die Befreiung der Arbeit mitzukämpfen haben.

Den Nachwuchs der Arbeiterklasse an der frühzeitigen Erkennung der eigenen Klasseninteressen zu hindern, das dürfte den Feinden des arbeitenden Volkes als Hauptzweck der „staatsbürgerlichen Erziehung“ gelten, die jetzt in Preußen den Pflichtfortbildungsschulen in dem soeben an das Abgeordnetenhaus gelangten Gesetzentwurf als eine ihrer Aufgaben zugewiesen wird. Unterliegen kann in diesem Kampf um die Jugend nur die Fortbildungsschule.

Treptow-Baumschulweg.

Eine moralische Ohrfeige für die Wahlrechtsträuber. In der gestrigen Gemeindevertretersitzung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Selbstständigkeit Treptows aufrechtzuerhalten und weitere Verhandlungen bezüglich einer Eingemeindung zu vertragen. Damit sind alle Machinationen der Rixdorfer Wahlrechtsträuber und sonstigen Schieber zu nichte gemacht worden. Die einmütige Haltung der Bürgerschaft unter Führung der Sozialdemokratie hat auch hier zum Erfolge geführt.

Schöneberg.

Strahenreinigungsdepot für Automobile. Seit dem Jahre 1908 ist in Schöneberg die von den städtischen Körperschaften beschlossene Übernahme der Strahenreinigung in eigene Regie energisch gefördert worden. Die Verwaltung hat in Auge gefaßt, statt des Pferdebetriebes überall Automobilbetrieb einzuführen, und es werden dementsprechend Mitte des kommenden Sommers schon zwölf elektrische Waghautomobile in Tätigkeit sein, so daß im kommenden Jahre durch Einstellung zweier weiterer Automobile sämtliche mit Pferden bespannte Waghwagen außer Betrieb gesetzt sein werden. Bis zum Jahre 1912 sollen ferner die mit Pferden bespannten Strahenreinemaschinen, Waghwagen und Sprengwagen sämtlich durch automatische Fahrzeuge ersetzt werden. Zur Unterbringung dieser Fahrzeuge ist auf Antrag der Strahenreinigungsdeputation nunmehr die Errichtung eines Strahenreinigungsdepots in der Maxstraße beschlossen worden, welches zur Aufnahme von zunächst 50, späterhin 70 automobilen Fahrzeugen geeignet ist. Das Depot wird aus einem Vordergebäude bestehen, welches die Dienst-, Betriebs- und Wohnräume für Beamte enthält und an den drei übrigen Seiten durch Wagenhallen umschlossen werden, welche nach dem Beispiel des Berliner Zentral-Strahenreinigungsdepots in Eisenbeton und ohne Zwischenstützen erbaut werden sollen. Das Depot enthält insbesondere umfangreiche Aufstellplätze, Wasch- und Vordächer für die städtischen Arbeiter, u. a. 14 Warmwasser-Brausebäder. Die Autos, abgesehen von den Koffern des Grundbesitzers, konnten gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag von 190 000 M. auf rund 182 000 M. herabgesetzt werden. Die Befürchtungen, daß die Kosten der Strahenreinigung bei Einführung des automobilen Betriebes sich steigern würden, sind bisher nicht eingetreten; im Gegenteil, es sind nennenswerte Winder-sparungen zu verzeichnen gewesen.

Auf tragische Weise ist am Donnerstag das 11-jährige Mädchen Maria Velter, die bei dem Kaufmann Wehe in der Kranenstr. 54 bedienstet war, ums Leben gekommen. Die V. fuhr am Nachmittag in einem Kinderwagen ein ihr anvertrautes vier Monate altes Kind in der Rubenstraße auf dem Fahrdamm spazieren. Als sie einen vor ihr fahrenden Kinderwagen überholen wollte und dabei nach der Mitte der Straße zulief, sah sie nur wenige Schritte von sich eine zweispännige Equipage in voller Fahrt heranrücken. Ein Zusammenstoß schien unvermeidlich, da der Kutscher die Pferde auf die kurze Entfernung hin, trotz größter Anstrengung nicht mehr zum Halten bringen konnte. Fräulein V. warf sich den Tieren entgegen und vermittelte sie mit Aufgebot aller Kräfte nach der linken Seite hinüberdrängen, so daß das Gefährt den Kinderwagen nur leicht streifte. Das tapfere junge Mädchen wurde von dem aufbaumenden Gespann jedoch zu Boden gerissen, so daß die Hufe der Tiere und die Wagenräder über ihren Körper hinweggingen. Mehrere Passanten hoben

das Mädchen, das aus einer Kopfwunde stark blutete, in die Equipage und schafften es nach dem Schöneberger Krankenhaus; hier verstarb es jedoch kurz nach seiner Einlieferung infolge der schweren inneren Verletzungen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Groß-Lichterfelde.

Die am 29. März stattfindende Wahl zur Gemeindevertretung hat bereits eine lebhaftere Bewegung unter der Wählerschaft hervorgerufen. Zuerst ist die Sozialdemokratie auf dem Kampffeld erschienen, und früher als sonst haben die „nationalen Parteien“ mobil gemacht in der nicht unberechtigten Annahme, daß diesmal der Kampf um den freigeordneten Sitz auf dem Rathaus ein weit schärferer werden wird als je vorher. Schon seit einer Woche prangt an den Anschlagtafeln der Wahlausrufer, in dem an das „nationale Empfinden“ und noch an einige Dutzend andere patriotische Tugenden sowie an die „Einigkeit“ des Bürgerturns appelliert wird. Die gesamten bürgerlichen Ortsvereine haben sich in einem Verband zur gemeinsamen Bekämpfung der sozialdemokratischen Kandidatur zusammengeschlossen und sich auf einen einzigen Kandidaten geeinigt. Groß-Lichterfelde ist eine von den wenigen Gemeinden Groß-Berlins, in denen bisher noch kein Vertreter der Sozialdemokratie festen Fuß hat fassen können. Daß die besitzende Klasse in Groß-Lichterfelde, darunter in erster Linie die Eigner der Grundrente, alle Veranlassung haben, dem Einzug der Sozialdemokratie ins Rathaus sich mit aller Macht zu widersetzen, ersieht man in Betracht der besonders ausgeprägten Politik des Eigenbesitzes dieser Gesellschaft durchaus begründet. Wir haben vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß Groß-Lichterfelde von allen Vororten den Grundbesitz an niedrigsten einschätzt. Heute können wir konstatieren, daß in einem einzigen Bezirk die zu niedrige Einschätzung eine Million beträgt. Das ist schon amtlich zugegeben; wieviel mag diese Mindererschätzung erst im ganzen Ort und in Wirklichkeit betragen! Sicher ist, daß die Grundbesitzer jährlich Hunderttausende an Steuern verdienen auf Kosten der Allgemeinheit. Da lohnt es sich allerdings, alle Segel aufzusehen, um auch ferner die Beute in den sicheren Fassen bringen zu können. Das „nationale Empfinden“ hat die herrschende Klasse selbst nicht gehindert, von so niedrigen Jahreseinkommen wie 400 und 600 M., das nicht einmal das Existenzminimum darstellt, Gemeindesteuern zu erheben. Erst im Jahre 1908 hat man von einer Besteuerung des Einkommens unter 600 M. Abstand genommen. — An einem Strang mit den Grundbesitzern zieht der „Berein der Handwerker“, der ebenfalls bestrebt ist, an der kommunalen Futtertaufe nicht zu kurz zu kommen. Er verlangt für seine Mitglieder das Recht auf Gemeindearbeiten, selbstverständlich auch und erst recht für die Gemeindevertreter selbst. Der Tag der Gemeindevahl bietet nun die Gelegenheit, Preche in diesen Wall zu legen, hinter dem bisher ungehört und unkontrolliert die nachteiligsten Interessengruppen betrieben werden konnte. Solange die Sozialdemokratie auf dem Rathaus keinen Einfluß hat, ist an einen sozialen Fortschritt in der Gemeinde nicht zu denken. Einer der Gemeindevorstände hat ja, man möchte fast sagen: mit einer gewissen Befriedigung, die Situation treffend in dem einen Satz skizziert: Für soziale Zwecke haben wir kein Geld übrig! — Aber nicht nur im höchsten Grade unsozial, sondern auch arbeitserfeindlich ist Lichterfelde. Es sei nur an den Versuch erinnert, das Gemeindevahlrecht durch eine andere Einteilung der Wählerklassen noch mehr zu verschlechtern, und an die Tatsache, daß in den Verträgen der Gemeinde mit Privatunternehmern die Streik Klausel aufgenommen wird. Deshalb fordern wir die Arbeiterschaft von Groß-Lichterfelde auf, am Tage der Wahl voll ihre Pflicht zu tun und ausnahmslos unserem Kandidaten ihre Stimme zu geben. Die Wahl ist am Mittwoch, den 29. März, nachmittags von 2 bis 8 Uhr in Wolffs Kasino am Viktoriapark. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, so früh wie möglich zur Wahl zu gehen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß der Wahltag um 8 Uhr geschlossen wird. Bisher war es üblich, alle Wähler, welche um 8 Uhr sich im Wahllokal befanden, noch wählen zu lassen. Es besteht nun die Gefahr, daß je noch der Gestaltung des Wahlergebnisses vom Wahlvorsteher punkt 8 Uhr kein Wähler zur Stimmabgabe mehr zugelassen wird. Diese Regel würde sich einzig und allein gegen die Arbeiterschaft richten. Wir lassen daher die bringende Aufforderung an alle Wähler ergehen, sich danach einzurichten und lieber eine halbe Stunde früher die Arbeitsstelle zu verlassen. Diesmal müssen alle Hindernisse genommen, kein Opfer darf gescheut werden, um der Arbeiterschaft die ihr so nötige und von Rechts wegen zustehende Vertretung im Gemeindeparlament zu erkämpfen.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Die Beratung des Voranschlags wurde in der letzten Sitzung zu Ende geführt. Während der Erhöhung der Hundesteuer in zweiter Lesung zugestimmt wurde, wurde die Vorlage des Gemeindevorstandes über die Einführung einer Schankkonzessionssteuer, nachdem sie von unserem Genossen Richter und dem Bürgerlichen Schu. bekämpft worden war, abgelehnt. Beim Voranschlag des Elektrizitätswerks wies unser Redner auf die schlechte Vergütung der dort beschäftigten Arbeiter hin und ersuchte, nicht am solchen Platz Sparmaßnahmen zu üben. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, die Nachtwächter am 1. April durch Anstellung von fünf Polizeiergeanten zu ersetzen, wurde abgelehnt. Beim Voranschlag der Allgemeinen Verwaltung lagen zwei Anträge vor, und zwar vom Schöffensache und einer von unseren Genossen, welche die Erhöhung der Bezüge der Gemeindebeamten und Lehrer auf die in Schöneberg üblichen Sätze verlangen. Da den Herrschaften die Behandlung derartiger Fragen in der Öffentlichkeit immer unangenehm ist, versuchte Herr Brodem, durch ein paar jesuitische Geschäftsordnungsanträge die Verhandlung der Anträge unmöglich zu machen, was ihm jedoch dank seiner parlamentarischen Geschicklichkeit nicht gelang. Bei der von unseren Genossen beantragten namentlichen Abstimmung wurden beide Anträge abgelehnt. Für dieselben stimmten außer unseren Genossen der Gemeindevertreter Hendrich, Bürgermeister Walger und Schöffe Wache. Die Gehaltsätze bleiben also wie bisher noch unter den gewöhnlich niedrigen Sätzen von Steglitz bestehen. Bei demselben Titel kam Genosse Richter noch einmal auf die von ihm in der vorhergehenden Sitzung gerügte Pummelerei in der Gemeindeverwaltung zurück. Er fragte an, wie weit die Angelegenheit betr. Verlängerung der Sonntagsruhe gediehen sei. Sodann vermehrte er noch immer die Vorlage betr. Errichtung eines Gewerbegerichts. Ueberhaupt wäre es wünschenswert, wenn der Gemeindevorstand den Fragen der allgemeinen Sozialpolitik etwas mehr Verständnis abgewinnen würde. Ferner regte er die Einrichtung von Seefisch-Kochkursen, wie sie Wilmersdorf und Steglitz hat, an. Mit einer Entrüstung, die den, der die Verhältnisse kennt, lächerlich anmutet, wies der Bürgermeister den Vorwurf der Pummelerei zurück; es trat hierbei merklich zutage, wie unangenehm es ist, immer von den verfluchten Sozial an seine Pflichten den Rinderbrennellen gegenüber erinnert zu werden. Bei dieser Gelegenheit glaubte auch der als der alle ehrliche Seemann am Orte bekannte Herr Werben, dem Genossen Richter vorhalten zu müssen, daß er Wählern zum Fenster hinaus halte. Beim Titel „Gymnasium“ beantragte Genosse Richter, daß der den Schülern der höheren Lehranstalten im Grunewald zur Verfügung stehende Spielplatz auch für Volksschul Kinder freigegeben werde. Der Schöffe Wache machte eine befriedigende Zusage, worauf der Antrag zurückgezogen wurde. Beim außerordentlichen Etat beantragte Genosse Hahn, daß bei Vergebung von Gemeindearbeiten nur solche Firmen berücksichtigt werden sollen, die die mit den Arbeiterorganisationen vereinbarten Tariflöhne zahlen. Nach einer vortrefflichen Begründung durch den Antragsteller, in der er ganz besonders auf die Schäden der Akkordarbeit hinwies, fand der Antrag Annahme. Zum Schluß stand die Frage, ob 100 oder 110 Proz. Steuerzuschlag erhoben werden soll, zur Beratung. Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes wurde eine Erhöhung auf 110 Proz. abgelehnt.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Geflogenheit, Dinge von weittragender öffentlicher Bedeutung hinter verschlossenen Türen zu behandeln, hat unsere Gemeindevertretung in eine recht unangenehme Situation gebracht. Am 17. Januar wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Ausbau der höheren Mädchenschule beschlossen. Jetzt sollten in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung die Mittel für diesen Ausbau bewilligt werden. Gefordert wurden vom Bauamt zirka 400 000 M. Der hohen Forderung ist es schließlich zu danken, daß die Öffentlichkeit etwas mehr von diesem Projekt erfuhr. Nach der stattgefundenen Aussprache war der Ausbau als Anbau an die jetzt in der Nähe des Hauptbahnhofes liegende Anstalt gedacht, der 180—250 000 M. kosten sollte. Der gewaltige Unterschied zwischen der damaligen Angabe und der jetzigen Forderung brachte die Vertreter von Zehlendorf-West und Schlachtensee auf den Plan, die forderten, da man es nach diesem Voranschlag nicht mehr mit einem Anbau, sondern mit einem völlig neuen Schulbauprojekt zu tun habe, den früheren Beschluß umzustossen und den Bau der Mädchenschule mit der Lage in ihrem Ortsteil zu beschließen. Den Entgegnungen des Bürgermeisters und seiner Vertrauten, daß heute über den Lageplan nicht mehr gesprochen werden dürfe, weil derselbe endgültig festgelegt sei, traten sie mit dem Argument entgegen, daß in der e i n v o r t e r t e n d i g e n Debatte vom 17. Januar nicht genügende Klarheit geschaffen werden konnte. Das wollten aber die Befürworter nicht gelten lassen. Die schädigende Wirkung dieses Einwandes suchten sie mit der Behauptung aufzuheben, daß in jener Sitzung eine volle halbe Stunde über dieses Projekt gesprochen worden sei. Kopfschütteln erregte das Auftreten des Herrn Bauinspektors Lang, der erst den Herren vom Westen entgegentrat mit der Behauptung, daß in jener Sitzung alles für und wider beraten worden sei, etwas später aber den Antrag Bauhaufen auf Abhebung und Verweisung der Vorlage an eine Kommission unterzückte, weil selbst dem Hochbauausschuß nicht die Unterlagen gegeben worden seien, wodurch dieser sich hätte völlig Klarheit verschaffen können. Diese ganze Behandlung des Projekts zeigt die Leichtfertigkeit mit der die erste Beratung abgetan worden sein muß. Der § 9 der Grundverordnungsordnung wurde dahin geändert, daß in Zukunft nur von der Steuer befreit sind: Der König, die Königin und die Witwen verstorbenen Könige, der Kaiser des Deutschen Reiches und des preussischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung des Reiches oder des preussischen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind. Einer Reihe anderer öffentlicher Organisationen wurde unter bestimmten Voraussetzungen Steuerfreiheit gewährt. Die Veränderung hat sich notwendig gemacht, weil jetzt bei einer Veranlagung des Prinzen Leopold, der im Zehlendorfer Gebiet umfangreiche Ländereien besitzt und kürzlich einen großen Komplex veräußert hat, vom Hofmarschallamt Einspruch erhoben ist. Zugleich weil nach neueren Forschungen das Rittergut Düppel höchstwahrscheinlich Kronfideikommiss ist, was, wenn diese Forschungen sich bewahrheiten, für den Zehlendorfer Steuerfiskus von sehr einschneidender Bedeutung sein wird. Vielleicht handelt es sich bei dieser Angelegenheit auch nur um einen neuen Plan des Hofmarschallamts, nicht extra durch Gesetz vom Steuerzahlen befreiten Prinzen durch eine Hintertür die Steuerfreiheit zu erlangen. Der Landrat des Kreises Teltow hat an die Vertretung die Anfrage gerichtet, ob sie von dem durch das Reichsgewerbesteuergesetz den Gemeinden überlassenen Recht, die bisherige Gemeindezuwachssteuerordnung bis 1915 zu behalten, Gebrauch machen will. Die Vertretung befaßt sich einen solchen Antrag an den Reichsanwalt vor, um erst zu prüfen, ob die Gemeinde nach der gesetzlichen Regelung besser abschneiden wird.

Der „Zehlendorf-West-Terraingesellschaft“ wird auf ihren Antrag ein der Gemeinde gehöriges Terrain am Bahnhofs Zehlendorf-Beerenstraße zur Anlage eines Sammelplatzes kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Veranlagung geschieht auf Kosten der Gemeinde. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß sich die Vertretung durch solche Aktionen zum Vorfalle der Terraingesellschaften herabwürdigt.

Nieder-Schönhausen.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern morgen in der Brandenburger Straße. Der 22-jährige Bäckergeselle Franz Jauerzig, der Badwaren bei Kunden in der Buchholzer Straße abliefern sollte, hängte sich, als er auf seinem Dreirade die Koffer-Wilhelmstraße passierte, an einen Straßenbahnwagen an, um schneller und leichter vorwärts zu kommen. Als der Radfahrer plötzlich hinter dem Bahnwagen hervorbrach, um in die Blankenburger Straße einzufahren, kam ihm in ziemlich schnellem Tempo ein beladener Möbelwagen entgegen, dem J. nicht mehr ausweichen konnte, weil in demselben Augenblick in der gleichen Richtung mit dem Fuhrwerk ein zweiter Straßenbahnzug herannahte. Bei dem Zusammenstoß wurde der Bäckergeselle von dem Fahrrad heruntergeschleudert und geriet unter den Möbelwagen, dessen Vorderräder über ihn hinweggingen. Der Verunglückte erlitt außer schweren inneren Verletzungen, Bruch des linken Oberarmes, mehrere Kopfwunden und erhebliche Kontusionen an den Händen. Er wurde nach der Anfallstation in der Badstraße geschafft und von dort nach Anlage von Rotbändern nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Ober-Schöneberg.

Aus der Gemeindevertretung. Die am Dienstag stattgefundene Sitzung beschäftigte sich mit der Beratung des Etats. Eine Petition der Kommunalbeamten betreffs Aufbesserung ihres Gehaltes um 250 M. wurde von unseren Genossen als Antrag angenommen. Genosse Grunow führte begründend aus, daß, nachdem die Kommunalbeamten in Folge der Aufbesserung der Staatsbeamten und Lehrer um zirka 500 M. mit ihren Dienstbezügen hinter denen dieser Beamten zurückbleiben, die Petition wohl gerechtfertigt erscheine. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. — Der Antrag unserer Genossen auf K e n d e r u n g d e s A m t s b e z i r k e s in der Weise, daß das keine forstfiskalische Terrain auszuscheiden sei, führte zu längerer Aussprache, in der unsere Genossen vergebens das Widerstimmige des jetzigen Zustandes darlegten, welcher der Gemeindevertretung nicht das geringste Verfügungsrecht über Amtsangelegenheiten gibt; es erfolgte Ablehnung des Antrages. — Beim Schultat kam es anfänglich der Bewilligung von 1000 M., welche bestimmungsgemäß auch zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend dienen sollen, zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und bürgerlichen Vertretern. Genosse R u i h legte eingehend dar, daß dieses Erwachen der liebevollen Fürsorge wohl nur den Intentionen einer höheren Stelle zu danken sei, welche dadurch den Bestrebungen der Arbeiterschaft für die Weiterbildung der Jugend das Wasser abgraben möchte; ein Vorkommnis in der Fortbildungsschule, wo zwei junge Leute, welche sich weigerten, einem von der Schule protegierten Verein beizutreten, aus ihren Arbeitsstätten entlassen wurden, sei wahrlich geeignet, den schärfsten Protest gegen solche Rückung vaterländischer und patriotischer Bestimmung herauszufordern. Unsere Genossen stimmten gegen diese Petition; die Angelegenheit aus der Fortbildungsschule wurde dem Kurator überwiegen. — Die Anregungen unserer Vertreter betreffs J a h n p f l e g e in der Schule und Anstellung eines Schularztes im Hauptamt wurden der Schuldeputation überwiegen; der weitere Antrag, den Turnvereinen die unentgeltliche Benutzung der Turnhallen zu gestatten, wurde, wie üblich, abgelehnt (auch ein Beweis der oben erwähnten Fürsorge). — Eine Petition der Standinhaber des W o c h e n m a r k t e s um Verlängerung der Verkaufszeit im Sommer wurde gegen die Stimme unserer Genossen abschlägig beschieden. — Der vom Genossen R u i h begründete Antrag auf Gewährung eines achtstägigen Urlaubs für die Arbeiter des Kanalarbeiterwerkes wurde an die Baukommission überwiesen. — Der Antrag unserer Vertreter auf Streichung der Beihilfen für die Rixdengemeinden in Höhe von 4000 M. fand die Unterstützung dreier bürgerlicher Vertreter insofern, als sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthielten. — Die Subventionierung des vaterländischen Frauenvereins in Höhe von 300 M. zur Unterhaltung eines Kinderhortes lehnten unsere Vertreter ab. Genosse

Orunow legte dar, daß es zweckmäßiger sei, solche und ähnliche Einrichtungen der Privatwirtschaft zu entziehen und in Gemeindegewalt zu nehmen. Den Schluß der Beratungen bildete die Festsetzung der Steuern für 1911. Die Erhöhung des Einkommensteuereinzugs von 125 auf 135 Prozent gab Anlaß zu den verschiedensten Vorschlägen zur Abwendung dieses Übels. Genosse **Orunow** betonte, daß die schlechte Finanzlage der Gemeinden aus der völlig unzulänglichen ProgreSSION in der Besteuerung der großen Einkommen resultiere; eine Änderung dieses Zustandes von Staats oder Reichs wegen würde die Gemeinden der Notwendigkeit überheben, fortwährend auch die ärmere Bevölkerung heranzuziehen. Wenn die sozialdemokratischen Vertreter nach Würdigung der Verhältnisse einer solchen Erhöhung die Zustimmung geben, so geschieht dies in der Erkenntnis, daß bei Ablehnung wichtige Allgemeininteressen leiden würden. Der Zuschlag von 135 Proz. wurde angenommen. Die **Gewerbesteuer** wurde für die Klassen 1 und 2 auf 270 Proz. Zuschlag erhöht, dagegen für Klasse 3 von 250 auf 202 Proz. herabgesetzt. Die Ablehnung der **Bier- und Lustbarkeitssteuer** wurde durch den Genossen **Imberg** eingehend begründet; bei der Abstimmung fand die Biersteuer nur eine Stimme Majorität. Zu dieser Angelegenheit lag auch eine Petition der **Gaistwirts** vor. Die **Gundesteuer** wurde insofern geändert, als die Steuer für jeden zweiten Hund eines Besitzers auf 30 M. erhöht wurde.

Ueberfahren und sofort getötet wurde am Donnerstagnachmittag in der Edisonstraße von der nach **Karlshorst** fahrenden Straßenbahn ein vierjähriger Knabe; er geriet mit Kopf und Hals unter den Schuttrahmen des Wagens. Die Schuldfrage konnte bisher nicht festgestellt werden. Jedoch ist schon vielfach beschwerde geführt worden über das unheimlich schnelle Fahren der Wagen. Als ein Wunder muß es bezeichnet werden, daß durch die ohne besondere Aufsicht erfolgenden Gütertransporte durch die Ortstraßen nicht längst ein solches Unglück passiert ist; es wäre eine wirklich dankbare Aufgabe der Polizei, hier auf Abhilfe zu dringen.

Schmargendorf.

In einer interessanten öffentlichen Versammlung am Dienstag referierte Genosse **Wermuth** über das Thema: **Schule und Kirche**. In der anregenden Diskussion meinte Herr **Lehmann**, die Sozialdemokratie sei in bezug auf die Bekämpfung der heutigen Kirche sehr inkompetent, indem sie in Kreisen mit überwiegend christlicher Bevölkerung wegen der Erringung eines Mandats nicht so kämpfe, wie es eigentlich ihr Programm fordere. Dieser Auffassung trat der Referent entgegen. Die Sozialdemokratie verlange in ihrem Programm die Trennung von Kirche und Staat, das bedeute aber noch nicht, daß sie ihre Anhänger zum Austritt aus der Kirche zwingen oder gar diese Frage zum Hauptkampfmittel in ihrer politischen Agitation stemmen wolle. Schon die von der Sozialdemokratie geleistete Aufklärungsarbeit bewirke auch in christlichen Gegenden, daß der noch im Panne der Kirche stehenden Bevölkerung über die im Grunde höchst unchristliche, ja volksfeindliche Stellung der Kirche die Augen geöffnet würden.

Genosse **Laufe** forderte am Schluß der interessanten Versammlung die Anwesenden zum Austritt aus der Bundeskirche auf. Der Ortsgeistliche hatte in einem bösslichen Schreiben Mitteilung gemacht, daß, da die Sozialdemokratie die Frage zu einer politischen Kampfe und er den Eindruck habe, daß die Einladung seiner Person auf dem Handzettel respektlosen Charakters sei, er von seinem anfänglich geplanten Besuch in der Versammlung Abstand zu nehmen sich entschlossen habe.

Rallberge-Rüdersdorf.

Beinahe erstickt wären gestern die am Staly Nr. 5 wohnhafte Frau und Kind des erst am Dienstag einem Herzschlag erlegenen Schiffelgeners **Robert Hünze**. Die 38jährige Frau war noch einmal bei ihrem in der **Waldschlucht** aufgehängten Gatten gewesen und hatte alsdann ihr Töchterchen schlafen gelegt. Hierauf legte sie sich, die Lampe brennen lassend, gleichfalls nieder. Die Frau muß wohl nicht beachtet haben, daß die Lampe stark blaste. Die gegen Morgen durch die Rauchentwicklung aufgeweckten Nachbarn fanden Mutter und Kind bewußtlos im Bett auf. Nach einiger Zeit gelang es jedoch beide wieder ins Bewußtsein zurückzubringen.

Sichwalde.

Die **Gemeindevertragswahl** findet heute im Gemeindefestsaal, **Grünauer Str. 45**, statt. Die III. Abteilung wählt nachmittags von 5 1/2 bis 7 Uhr, die II. Abteilung von 7 bis 7 1/2 Uhr. Genossen! seid pünktlich zur Stelle und sorgt dafür, daß auch der letzte Wähler für den Kandidaten der Sozialdemokratie eintritt.

Friedrichsfelde.

Die **Statberatungen**, für die anfänglich drei Sitzungen anberaumt waren, wurden in zwei Sitzungen zu Ende geführt. Vor Beginn derselben hatten die Vertreter der Einführung des **orthopädischen Turnunterrichts** ohne Debatte zugestimmt. Der Etat war — wie wir seinerzeit berichteten — einer besonderen Kommission zur Vorberatung überwiegen worden, der auch Genosse **Pinseler** angehörte. Durch die eigenartige Geschäftsführung des Bürgermeisters sah er sich jedoch genötigt, den Beratungen fern zu bleiben. Der Bürgermeister erklärte es nämlich für technisch unmöglich, den Kommissionsmitgliedern vor jeder Sitzung mitzuteilen, welche Etatkapitel zur Beratung kommen sollten, so daß es also nicht möglich war, sich entsprechend vorzubereiten und mit einschlägigem Material zu versehen. Der neue Etat balanciert mit 1 161 847,66 M. gegen 1 112 940,91 M. im Vorjahre. Von genanntem Betrag sind durch Steuern zu bedecken 738 206,20 M., und zwar sollen bringen: an indirekten Steuern, wie Umsatz-, Wertzuwachs-, Hunde- und Biersteuer zusammen 111 500 M., an direkten Steuern ein Zuschlag von 125 Proz. zur Einkommensteuer 250 000 M.; die Grund- und Gebäudesteuer a) für bebauten Grundbesitz 2,7 pro Mille = 143 100 M.; b) für unbebauten Grundbesitz 5 pro Mille = 195 000 M., und die in vier Klassen abgestufte Gewerbesteuer 84 836 M. Hierzu bemerkte der Bürgermeister **Angewitter**, daß man ohne eine Erhöhung des Einkommensteuereinzugs von 120 auf 135 Proz. nicht habe auskommen können. Die scheinbar ungünstige Finanzlage sei darauf zurückzuführen, daß unser Ort in der Entwicklung begriffen und genötigt sei, große Aufwendungen zu machen, deren Nutzen erst später in Erscheinung treten werde. Es komme noch hinzu, daß durch die sehr kostbare Entscheidung des **Oberverwaltungsgerichts** die Rennbahn von der **Luftfahrzeugsteuer** freigestellt sei, wodurch ein bedeutender Einnahmeverlust entstanden ist. Eine erhebliche Mehrbelastung erwache durch die Erhöhung der Beamten- und Lehrgelälter um 11 458 und 17 977,50 M. Die Aufwendungen für **Schulzweck** betragen insgesamt 222 576 M., das sind 111,29 Proz. des Einkommensteuereinzugs. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen wies der Bürgermeister darauf hin, daß man sich entschlossen habe eine Neuorganisation des **Wasserversorgungs** für die Feuerwehr zu treffen, dergestalt, daß derselbe den **Unternehmern** übertragen wird, die die **Wasserversorgung** für die Gemeinde besorgen. Ferner habe man die Einrichtung eines **Grundstückserwerbsfonds** ins Auge gefaßt. Die Gemeinde will dadurch Mittel bereitstellen, um zu geeigneter Zeit Grundstücke zu günstigen Bedingungen erwerben zu können, die man später zu öffentlichen Zwecken haben muß, dann aber sicher weit höher bezahlen müßte. Es sind auch wiederum Mittel zur Bekämpfung der **Tuberkulose** und der **Kinderherblichkeit** bereitgestellt. Schließlich äußerte er die von unseren Genossen eingereichten Anträge auf Einführung von **Arbeitslosenunterstützung** und eines **Arbeitsnachweises**. Beider seien die Anträge zu spät eingereicht, so daß er keine Unterlagen habe beschaffen können. Da aber selbst größere und finanzkräftigere Gemeinden die **Unterstützungsfrage** zurückgestellt haben, sei es fraglich, ob unser Ort schon dazu werde Stellung nehmen können. Anders liege es mit dem **Arbeitsnachweis**. Namentlich für einen Anschluß an **Berlin** sei er zu haben. In der Debatte ergriff zunächst Herr **Schäfer** das Wort.

Er halte es für **fastlich unflug**, den **Einkommensteuereinzug** um 5 Proz. zu erhöhen. Man solle es beim alten Sach lassen, dafür aber den **unbebauten Grundbesitz** härter heranziehen, und zwar anstatt mit 5, mit 5,4 pro Mille. Genosse **Pinseler** schloß sich dem Antrag des **Vorredners** an, indem er noch auf die **Bekämpfung** des **unbebauten Grundbesitzes** hinwies, den man mit 5 pro Mille belasten wolle, gegen 2,7 pro Mille für bebauten. Das Verhältnis sei fast durchweg 1:2, so daß also 5,4 pro Mille eingefordert werden müsse. Ferner kritisierte er die **örtlichen Schulverhältnisse**. Ein **Klassenfrequenz** von 60 und mehr Schülern sei zu hoch. Vor allem aber sei zu bedauern, daß die im **Vorjahre** eingestellten 120 M. für **Verabreichung warmer Milch** gestrichen seien; er müsse verlangen, diese Summe wieder zu bewilligen, oder besser noch, zu erhöhen. Wenn aus dem **Fonds** zur **Bekämpfung der Kinderherblichkeit**, der 1000 M. betrage, nur 74 M. verwendet wurden, so liege der **Schluß** nahe, daß die **Verwaltung** nicht ihre **Schuldigkeit** getan habe, um die **ausgeworfenen Mittel** auch ihrem **Zweck** zuzuführen. Andererseits müsse er aber auch das **Vorgehen** des **Bürgermeisters** mißbilligen, der über die **Köpfe** der **Armenkommission** hinweg aus dem ihr **unterstellten Fonds** zur **Bekämpfung der Tuberkulose** alljährlich 300 M. dem **vaterländischen Frauenverein** zur Verfügung gestellt habe. **Beigeordneter** **Cafébaum** entgegnete: eine **Klassenfrequenz** von 60, die übrigens nur **ausnahmsweise** vorkomme, sei beim besten Willen nicht immer zu vermeiden und es werde durch **Teilung** der **Klassen** sobald als möglich für **Abhilfe** gesorgt. Bei der **Verabreichung warmer Milch** sei man auf **große Schwierigkeiten** gestoßen. Vor allem seien **bedeutend größere Summen** nötig, wenn man die **Sache** weiterführen wolle. Die **Schuldeputation** glaube deshalb diese **Einrichtung** fallen lassen zu sollen und dafür **Mittel** für **Schülerwanderungen** einzustellen. Genosse **Pinseler** fertigte die **unzulängliche Methode**, **Unterernährung** durch **Wanderungen** beseitigen zu wollen, mit **gebührendem Spott** ab. — Schließlich gelangte dann der **Antrag Schäfer**, **monatlich** nur 120 Proz. **Einkommensteuereinzug**, **von unbebauten Grundbesitz** aber 5,4 pro Mille erhoben werden sollen, mit 11 gegen 10 Stimmen zur **Annahme**. Dies hinderte jedoch die **Gemeindevertretung** nicht, am nächsten **Abend** bereits den **Beisatz** wieder **umzustehen** und die **Grund- und Gebäudesteuer** auf 2,8 für bebauten und 5,2 pro Tausend für **unbebauten Grundbesitz** herabzusetzen. Die **Sache** war aber auch von Herrn von **Trostow** — der den **bedeutendsten Grundbesitz** am Orte sein eigen nennt — zu **schon eingedellt**. Die **ursprünglich** beabsichtigte **Verwendung** von 15 000 M. eines **Sparguthabens** zur **Schuldenberzinsung** und **Auffüllung** des **Dispositionsfonds** war vom **Konrat** nicht **genehmigt** worden. **Kun** schlug der **genannte Vertreter** vor, zwei **Sparguthaben** in Höhe von 61 567 M. zur **Tilgung** älterer **Anleihen** zu verwenden und die **dadurch** gesparten **Zinsbeiträge** und **Tilgungsquoten**, die mit 11 630 M. im **Etat** bereitgestellt waren, zur **oben** angegebene **Steuerherabsetzung** zu benutzen. Gegen diesen **Antrag** stimmte nur Genosse **Dehert**. Bei dem **Kapitel Schulverwaltung** stellte derselbe den **Antrag**, an Stelle der **gestrichenen 120 M.** für **Verabreichung warmer Milch** 200 M. für **jede** der **drei Schulen** einzufügen und fand dafür **erfreulicherweise** eine **Mejhrheit**. Zum **Schluß** fand noch eine **geheime Sitzung** statt.

Das vor nicht langer Zeit **getragene Verfahren** des **Bürgermeisters** **Angewitter**, den **Beginn** der **Sitzung** durch **vorangehende** **Kommissionsitzungen** zu **verzögern**, scheint **fortgesetzt** werden zu sollen. Da die **Berichterstattung** der **Presse** keine **Reizung** haben, wegen einer **solchen Rücksichtslosigkeit** ihre **fortbare Zeit** zu **vertrödeln**, werden sie es bei einer **Wiederholung** **vorziehen**, nach **Hause** zu gehen.

Mahlisdorf an der Dübahn.

Die **Gemeindevertretung** beschloß sich in ihrer **letzten Sitzung** mit dem **Etatvoranschlag** für 1911/12. Beim **Titel „Allgemeine Verwaltung“** wurden entsprechend dem **Vorschlage** der **Vorbereitungskommission** verschiedene **Ausgabepositionen** gestrichen bezw. gekürzt und die **hieraus** sich ergebende **Summe** von 2040 M. zur **Verfügung** der **Gemeindevertretung** gestellt. **Titel „Grundbesitz und Gebäudeverwaltung“** erfuhr in **Einnahme** eine **Erhöhung** um 750 M. Auch bei **Titel „Verkehrswesen“** wurden in **Ausgabe** insgesamt 500 M. abgesetzt. Der **Beitrag** zur **Deckung** der **Luftkosten** für die **Polizeiverwaltung** an den **Amisvorsitzer** erhöhte sich von 2400 auf 3500 M. Hierbei wurde **erneut** der **Bunsch** nach **einem** **eigenen** **Anteilsbeitrag** von den **Vertretern** der **verschiedenen** **Nichtungen** **geäußert**. — **Zu** recht **lebhaften** **Erörterungen** kam es bei **Beratung** des **Titels „Schulverwaltung“**. Die **Ursache** hierfür war in dem **eigenartigen** **Verhalten** des **Schulvorstandes** bei **Vergabung** der **Turnhalle** und **Schulaula** gegeben. Während dem hier **domizilierenden** **„Deutschen Turnverein“** die **Turnhalle** zur **Verfügung** steht, wird deren **Benutzung** dem **hiesigen** **Arbeiterturnverein „Eintracht“** **grundsätzlich** **verweigert** mit dem **Hinweis** auf eine **Verfügung** der **Regierung** vom 22. März 1904, wonach die **Vergabe** **derartiger** **Näunne** an **Bereine** mit **sozialdemokratischer** **Tendenz** **unzulässig** sei usw. Auch die **Schulaula**, die **verschiedentlich** **hierorts** **domizilierenden** **Bereine** zu **Vortragsabenden**, **Konzerten** usw. **überlassen** worden ist, wurde dem **Bühnverein**, der **dieselbe** für **einen** **Vortragsabend** haben wollte, **ohne** **Angabe** von **Gründen** **verweigert**. Dieses **Verhalten** des **Schulvorstandes** wurde von **unseren** **Vertretern** einer **scharfen** **Kritik** **unterzogen**. Dieser **schlossen** sich auch **einige** **Mitglieder** der **bürgerlichen** **Parteien** an. **Unsere** **Vertreter** gaben **schließlich** die **Erklärung** ab, so lange **Gemeinde** **dem** **Schulvorstand** nicht zur **Verfügung** zu stellen, bis **derselbe** sich zu **gleichmäßiger** **Behandlung** aller **Einwohner** der **Gemeinde** **bequemt**. Die **Abstimmung** ergab **sofort** die **Ablehnung** des **gesamten** **Schuletats** mit 10 gegen 5 Stimmen. — **Beim** **Titel „Gesundheits- und Wohlfahrtspflege“** brachten **unsere** **Vertreter** den im **vorigen** **Jahre** **bereits** **gestellten** **Antrag** auf **Anstellung** einer **Gemeindekrankpflegerin** **erneut** ein. Die **Gemeindevertretung** **lehnte** **den** **selben** **jedoch** **auch** **diesmal** **wieder** mit 8 gegen 7 Stimmen ab. **Schließlich** gelangte der **Gesamtetat**, **welcher** in **Einnahme** und **Ausgabe** mit 124 000 M. **abschließt**, mit 10 gegen 5 Stimmen zur **Annahme**. In der **hierauf** **folgenden** **geheimen** **Sitzung** wurde über **einige** **Änderungen** des **Bebauungsplanes** **Beschluß** gefaßt. **Abgelehnt** wurde **ferner** die **Errichtung** einer **gewerblichen** **Fortbildungsschule**.

Neuenhagen (Dübahn).

Die **letzte** **Mitgliederversammlung** des **Wahlvereins** beschloß, am 1. Mai, **dormittags** 10 Uhr, im **Lokal** von **Wortmann-Neuenhagen** eine **Versammlung** **halten** zu **lassen**. Die **allgemeine** **Feier** für **den** **ganzen** **Bezirk** wird **abends** 7 Uhr in **Neuenhagen** im **„Alten** **Deffauer“** **abgehalten**. Der **Lokalvorsitz** in **Neuenhagen** **sonst** wie **auch** in **Frederdorf** soll **durch** eine **Handzettelverbreitung** **verschärft** werden. Als **zweiter** **Bezirksleiter** wurde **Genosse** **Rüller-Frederdorf** **gewählt**.

Toupets, Locken, Zöpfe
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kaska, Rixdorf, Erkstr. 3.

Damentaschen Schulmappen
Einzelverkauf
direkt in der Werkstatt.
E. Dietrich
Warschauer Str. 80, an der Frankf. Allee.

Charlottenburg
F. Kunsmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren
Ausnahme-Preise
Sonntag und Sonntag.
Schmiedehaken u. Schalter . . . 65 Pf.
Baus, Kückenst. Kleben . . . 60 Pf.
Kamm und Schuß . . . 70 Pf.
Kotestrich . . . 75 Pf.
Kupfer-Kamm u. Schuß . . . 70 Pf.
Kotestrich . . . 75 Pf.
Schmiedehakenstich . . . 30 Pf.
5 Pf. gemischte Bursch . . . 3 u. 4 Pf.
Zec-Gewerlehnhaut pro Pfund 1,05 Pf.

Gühower Str. 5a
am Rathaus

875 Paletots
aus englischen Stoffen
enorm billig
3 Serien

Serie I 8⁵⁰ M.
Paletots aus gediegen. Stoffen m. farbigem Tuchkragen u. Rückengarnit.

Serie II 13⁵⁰ M.
Paletots aus vorzüg. haltbaren Stoffen, gestreift und gemustert, beste Verarbeitung.

Serie III 21⁰⁰ M.
Paletots aus prima englisch. Stoffen mit einfarbigem u. kariertem angewebten Futter. Elegante Fassons.

Echt engl. Ulster von 27 M. an.
Backfisch - Paletots 7⁰⁰ 8⁵⁰ 10⁰⁰ 12⁰⁰ 13⁵⁰ Paletot aus Serie III

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr. Ecke Lindenstr.
1 Häuser vom Dönhofsplatz. 17 Schauenster

Sonntags geöffnet.



Möbel **Möbel**
Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfehlend.
Wih. Lambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste

Blitz-Briketts **Bekannt als beste und billigste Herren-Hüte**
von staunenerregender Hitzekraft, 100 Stück ab Lager meiner Filialen 76 Pf., frei Haus 90 Pf. für 10 Pf. 13 Stück.
Radloff, Charlottenburg, Berliner Str. 51. Gegründet 1875.

Schuhwarenhaus
Aug. Theodor Werner
Aeltestes Schuhgeschäft am Platze!

Schöneberg | Steglitz
Haupt-Str. 160 | Albrecht-Str. 2
SPEZIALITÄT:
Kinderstiefel in allen Preislagen
Damen- u. Herrenstiefel 8⁵⁰, 10⁵⁰, 12⁵⁰, 14⁵⁰
Ein Schlager!
der neue Damen-Halbschuh in braun und schwarz 6⁵⁰

Berlin SO.

Möbel-Fabrik

Georg Tennigkeit

Oranienstr. 172-73
(am Oranienplatz)



Trunk
N. 52.-



Schrank
N. 62.-



Vertiko
N. 62.-



Tisch
N. 35.-



Sofa
N. 62.-



Bettstelle mit
Matratze N. 60.-



Stuhl
N. 8.50

Große Auswahl in Wohnungseinrichtungen
Als Beispiel meiner Leistungsfähigkeit diese Einrichtung in apartem Muster mit 2 Bettstellen (Matratzen) 4 Stühlen, 1 kompletten farbigen Küche, nur 476 M.
Ganz besonders günstiges Angebot!
Büfette, Bücherschränke, Schreibtische, Klubsessel u. sonstige einzelne Klein-Möbelstücke zu ausnahmsweise billigen Preisen.

Bitte verlangen Sie Katalog gratis und franko.

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Vornehme tadellose Maßarbeit

aus nur guten ausgeprobten Stoffen und Zutaten liefern zu mäßigen Preisen unter Garantie des Sitzes

Leske & Lehrer

Herren- und Knabenbekleidung

fertig und nach Maß

Kottbuser Damm 78

Anzug nach Maß von Mark **38.-**

Paletot nach Maß von Mark **36.-**

Hose nach Maß von Mark **8.50**

Ulster nach Maß von Mark **38.-**

Um eine tadellos gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir, des großen Andranges wegen, uns Osterbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneuheiten des In- und Auslandes sind unerreicht dastehend. Sämtl. Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt.

Der reich illustrierte **Pracht-Katalog** mit Angabe der neuesten Mode ist erschienen. — Die Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

A. Meyer

An der Samariterstraße

33 Frankfurter Allee 33

An der Samariterstraße

empfeht

Kinderhüte

Damenhüte

Trauerhüte

von den einfachsten bis zu den elegantesten.

Hüte

in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der
Dresdener Str.
Fahrgeld wird vergütet.



Für das Frühjahr:

Jackett-Anzüge:

24⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰ 38⁵⁰ 42⁵⁰ M.

Moderne Ulster:

25⁵⁰ 30⁵⁰ 34⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁵⁰ M.

Mod. Paletots:

24⁵⁰ 27⁵⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ M.

Verlangen Sie bitte den neuen Katalog für Massanfertigung porto- und kostenfrei!

M. Schulmeister,

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion,
Berlin, Dresdenerstr. 4, Kottbuser Tor.



Erstklassige

Herren-Garderobe

nur nach Maß
garantiert tadellos Sitz
liefert
auf Teilzahlung zu Kassapreisen
wöchentlich von 1 M. an

Martin Katz

Schneidermeister
Berlin S., Dresdener Str. 76
nahe Thalia-Theater
und
Schöneberg, Hauptstr. 158
nahe dem alten Botan. Garten



Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens.

Enorme Auswahl von ganz reizenden Mädchen-Kleidern in Baby- bis Puppengröße sowie sehr geschmackvollen Knaben-Anzügen vom einfachsten bis zum elegantesten Genre. Hervorragend reichhaltiges Lager in eleganten Mädchen-Jacketts und Knaben-Paletots, Entzückende Hüthen und Mützen für Knaben und Mädchen. Eigene Anfertigung legt uns in den Stand, ein reelles, solides Fabrikat zu sehr billigen Preisen zu liefern.

C. & A. Wendt,

Berlin NO., 118. Große Frankfurter Str. 118.

Wäsche, Trikotagen Schneiderei-Artikel

Neu aufgenommen: **Bettfedern.**

Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25
Ecke Samariterstraße.